

Nr. 2/2005

April - Juni 2005

CUBA LIBRE

€ 3,10



Thema:

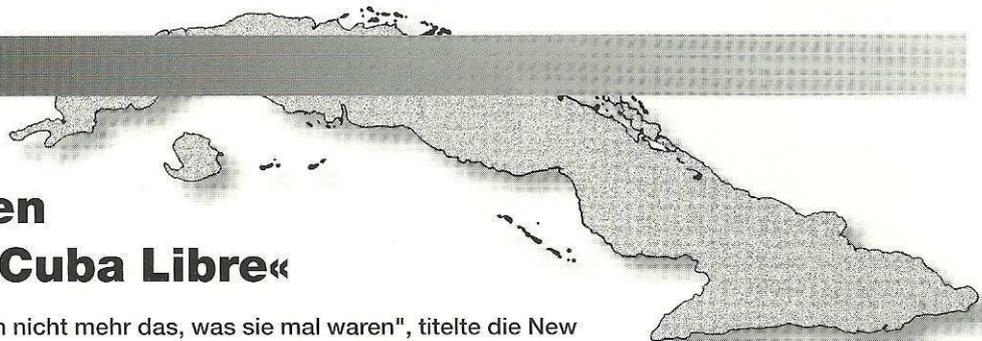
Venezuela

außerdem:

**Berichte aus vielen FG-Gruppen,
Solidaritätsprojekte**

**Pastors for Peace –
Freundschaftskarawane USA-Cuba 2005**

VENEZUELA ★ ★ ★ ★ ★ AVANZA



Liebe Leserinnen und Leser der »Cuba Libre«

"Die brasilianischen Girls sind auch nicht mehr das, was sie mal waren", titelte die New York Times ihr Resümee des Weltsozialforums 2005 in Porto Alegre und blieb mit dieser ostentativ lässigen Schlagzeile gezielt unter ihrem eigenen Niveau. Was sich auf dem WSF politisch tue, sei kaum mehr der Erwähnung wert, war wohl die Botschaft, die rüberkommen sollte.

Freuen wir uns! Der Gott, an den die Amis glauben, erhalte ihnen ihre aufgeblasene Arroganz. Sie macht sie unvorsichtig. Es gab vor einigen Jahren, als das Forum noch jung war, Bestrebungen gewisser Gruppen, Fidel Castro als Redner einzuladen. Da man aber seinerzeit danach trachtete, auf möglichst breiter Basis und fernab jeder ideologischen Ecke zu stehen, wurde der Vorstoß mehrheitlich verworfen. Ehe man Farbe bekannnte, was man wollte, beschränkte man sich lieber darauf zu artikulieren, was man alles NICHT wollte.

Am Ende des diesjährigen Forums nun redete Hugo Chavez und er redete kämpferischer, als es Fidel, dessen physisches Temperament mittlerweile doch etwas dem Alter Tribut zollen muss, vermocht hätte.

Während man sich also in den USA süffisant über die Qualität kaffeebrauner "chicas" ausließ, führte Chavez den Diskurs über das neue "Bewusstsein des Südens". Natürlich bediente er dabei ein wenig unser beliebtes Klischee vom "Populisten", etwa, als er in Anlehnung an die "Superman" Comics behauptete, Venezuela besitze statt des mythischen "grünen Kryptonits" ein rotes, um den aktuellen Supermann der Welt seiner Stärke zu berauben. Aber andererseits sparte er auch nicht mit glasharten Fakten: Der Widerstand gegen das US-Wirtschaftsprojekt ALCA - eine gesamtamerikanische Freihandelszone nach dem bewährten Motto "ihr gebt, wir nehmen" - wächst in dramatischer Weise. Das große Argentinien ist weg gebrochen und Nestor Kirchner dokumentierte durch seine Teilnahme am Forum unmissverständlich seine Solidarität. Uruguay ist durch den Wahlsieg der "Frente Amplio" mit Tabaré Vázquez an der Spitze ebenfalls auf diese Linie eingeschwenkt. Und Ignacio "Lula" da Silva, der ehemalige Gewerkschaftsführer und jetzige Staatschef des Gastgeberlandes, ist zwar ein Wackelkandidat, aber er hat sich mit Versprechungen zu einer umfassenden Sozialagenda weit aus dem Fenster gelehnt und ist vielleicht nicht scharf darauf, der Wut einer enttäuschten Volksbewegung anheim zu fallen. Spätestens dann, wenn sich das riesige Brasilien verweigern sollte, könnten die Vereinigten Staaten ALCA vergessen, denn damit wären - landmassenmäßig gesehen - 3/4 des südamerikanischen Subkontinents für das Abkommen verloren.

Selbstredend bezog Hugo Chavez Brasiliens Lula ausdrücklich in seine Vision der Errichtung "dieses neuen Amerikas" mit ein und setzte ihn dadurch kalkuliert unter Druck.

Dass "2005 angebrochen und ALCA immer noch nicht in Kraft ist", bewertete er als großen Erfolg. Weiter führte er aus, es sei nunmehr erforderlich, vom antihegemonialen Denken hin zu konkreten Vorschlägen und darüber hinaus zur Aktion zu kommen. Bei diesem Prozess dürfe sich das Militär nie gegen das eigene Volk wenden, mahnte er, denn es unterstehe nicht nur der politischen Autorität, sondern ebenso der sozialen.

"Der einzige Weg, auf dem wir die Macht des Imperialismus und der Oligarchien in diesen Ländern brechen können, ist der Weg der Revolution!", rief er unter donnerndem Applaus der 20.000 Teilnehmer der Abschlussveranstaltung.

Chavez warnte ausdrücklich davor, in die Falle zu tappen, die darin besteht, Kräfte der Linken auseinander zu dividieren.

"Wir müssen uns stets klar darüber sein, wer der Feind ist", sagte er.

Kompromissloser hätte es Fidel auch nicht auf den Punkt bringen können.

Ulli Fausten für die Redaktion der "Cuba Libre"

Wichtig - Wichtig

Bei Umzug: Neue Adresse ggfs. Bankverbindung in der Geschäftsstelle mitteilen!

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Impressum:

Herausgeber: Vorstand der Freundschaftsgesellschaft BRD-KUBA e. V., Zulpicher Straße 7, 50674 Köln
Tel.: 0221 / 24 05 120, Fax: 0221/606 00 80, E-MAIL: info@fgbrdkuba.de - www.fgbrdkuba.de
Konto: Bank für Gemeinwirtschaft Bonn, BLZ 380 101 11, Kto.-Nr.: 120 299 990 0
Spendenkonto: Postgiro Köln, BLZ 370 100 50, Kto.-Nr.: 30 79 84 - 507
Redaktion: Uli Fausten, Oliver Hübner, Peter Nowak, Bernhard Ostermeier, Marianne Schweinesbein, Manfred Sill. **V.i.S.d.P.:** Marianne Schweinesbein
Titelfoto: Plärer-Grafik, Fotos: venezuela avanza
Druck: CITY-DRUCK, Eberhardshofstr. 17, 90429 Nürnberg.
MacPublishing: Plärer Technik, Singerstr. 26, 90443 Nürnberg.
CUBA LIBRE erscheint vier Mal im Jahr. Jahresabo: Inland: 10,50 €; Ausland: 16,00 €; Einzelheft: 3,10 € + Porto. Kündigung des Abonnements bis 6 Wochen vor Ende des Bezugszeitraumes. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 1.6.05.
ISBN: 0178-2460

inhalt

titel: venezuela

"Nein" gegen Amtsenthebung bekommt 58,25%	3
Mit oder ohne Chavez	4
Revolutionsblockaden	5
Programme aus dem Kiez	6
USA finanzieren "demokratische Bestrebungen"	6
Einseitig und manipuliert	8
Klassenkampf in den Medien.....	10
Chávez-Tour mit konkreten Ergebnissen	10
Bremsklotz Inflation	11
Interview Dr. Carolus Wimmer	12
Mindestgehalt um 25% erhöht	15
Landreform erhält Schub	15
Chávez stoppt Strafrechtsreform	16
Chávez: USA planen Mord	17
Gesichtsverlust für Opposition	18
Vermittlung auch durch Cuba	18
Vereinbarung Venezuela - Cuba.....	18
Vamos a Caracas!.....	20
Weltsozialforum ruft zu Weltfestspielen auf	20
Europäisches Treffen in Prag	21
Zwei Wochen Venezuela	21
Politische Entwicklung seit 1998 - Kaleidoskop	22
Hände weg von Venezuela!	24

o-ton

Hugo Chávez in Porto Alegre.....	25
----------------------------------	----

solidarität

Manifest von Porto Alegre	29
Ein internationales Komitee für Mumia	30
"No están solos!" - "Ihr seid nicht allein!"	31
Cuba heißt zuhause sein	33

aus der fg

Ich hoffe, mein Handeln wird Nachahmer finden	34
FG Esslingen, Ches Geburtstagsfeier	35
FG Berlin, Brillen für Cuba	35
FG Velbert, Bolivarianos contra Uncle Sam	35
FG Köln, Solidaritätskonzert für Cuban Five	36
FG Köln, Kölle alaaf!.....	36
FG Essen, Erklärung zur US-Politik	36
FG Regionalgruppen, Liste	37
Spendenbarometer	38
Catedra Humboldt in Havanna	39
30. BDK mit Barbara y VaiVen Cubano	40
Auf nach Cuba!.....	41
FG Materialien	41
Warum "Hände weg von Cuba!?"	42

neues von den miami five

Omar Cabezas, Nicaragua, für Entlassung	42
Angela Davis unterstützt Freilassung	43
"Mission gegen den Terror" Filmprojekt	43

aktuell: cuba - usa

Pastors for Peace - Karawane 2005	43
---	----

Nachruf Gladys Marín	45
----------------------------	----

Seebeben, kommentiert von Attack	46
--	----

100 fragen zu cuba	48
--------------------------	----

cuba kurz.....	49
----------------	----

thema: venezuela

Chávez bleibt Präsident Venezuelas

"Nein" gegen Amtsenthebung bekommt 58,25 Prozent

von Dario Azzellini

Gegen 4:00 Uhr, 10:00 Uhr in Deutschland, verkündete der Präsident des Nationalen Wahlrates (CNE) in Venezuela, Francisco Carrasquero, das erste Ergebnis des Referendums über die Amtsenthebung des Präsidenten Hugo Chávez. Demnach votierten bei 94,49 Prozent der ausgezählten Stimmen 58,25 Prozent (4.991.483 Stimmen) gegen seine Amtsenthebung und 41,74 Prozent (3.576.517) dafür. Damit führt Chávez sein Mandat bis Januar 2007 zu Ende.

Das Ergebnis könnte sich in den nächsten Stunden noch weiter zu Gunsten Chávez verschieben, da die noch fehlenden Ergebnisse die bevölkerungsreichen Armenviertel betreffen, in denen Chávez die größte Unterstützung genießt. Die Politik des vom transnationalen Kapital und den Regierungen der Industriestaaten, vor allem den USA, angefeindeten Präsidenten hat erstmals den Armen Venezuelas einen breiten Zugang zu Bildung, Gesundheit und Rechten ermöglicht.

Die Auszählung hatte sich verzögert nachdem die Stimmabgabe aufgrund des großen Andrangs und einiger technischer Probleme nicht wie vorgesehen um 16:00 Uhr Ortszeit abgeschlossen werden konnte. Die Öffnungszeit der Wahllokale wurde zunächst auf 20:00 Uhr und schließlich sogar bis Mitternacht verlängert. In vielen Armenstadtteilen standen allerdings auch nach 24:00 Uhr noch hunderte Personen Schlange, um ihre Stimme abzugeben. Die Wahlloka-

le hatten die Anweisung, nicht zu schließen, so lange noch Personen in der Schlange stehen, um am Referendum teilzunehmen.

Die Wahlbeteiligung lag mit über 60 Prozent vergleichsweise hoch. Im Dezember 1999, als Chávez erstmals zum Präsidenten gewählt wurde, hatte sie knapp 45 Prozent betragen.

Die Opposition schwieg in den ersten Stunden nach Bekanntgabe des Ergebnisses beharrlich. Sie hatte sich bis zuletzt siegessicher gegeben, obwohl nahezu alle Umfragen einen klaren Sieg Chávez prognostizierten.

Die beiden offen oppositionellen Mitglieder des CNE, Sobella Mejias und Ezequiel Zamora, verkündeten sogleich das Ergebnis sei noch nicht als zuverlässig anzusehen, da es von niemandem bestätigt worden sei, während zur gleichen Zeit sowohl der Ex-US-Präsident Jimmy Carter, im Namen des die Wahl beobachtenden Carter-Zentrum, und zahlreiche weitere internationale Wahlbeobachter die

Ergebnisse bestätigten. Nur der rechte kolumbianische Ex-Präsident Cesar Gaviria zeigte sich als Vertreter der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), unzufrieden. Allerdings nicht mit dem Verlauf, sondern mit dem Ergebnis.

★ Mit dem Ergebnis unzufrieden zeigte sich auch die Opposition. Auf einer Pressekonferenz des Oppositionsbündnisses "Demokratische Koordination" erklärte der sozialdemokratische Abgeordnete Henry Ramos Allup die Opposition würde die Ergebnisse nicht anerkennen, die Ergebnisse des CNE seien Teil eines groß angelegten Wahlbetruges. Untersuchungen des oppositionelle Unternehmens "Sumate" hätten ergeben, das 59,4 Prozent für die Absetzung Chávez gestimmt hätten. Ein solches Vorgehen war von vielen Beobachtern erwartet worden, während die Regierung bereits im Vorfeld immer wieder erklärte das Ergebnis anzuerkennen, konnte sich die Opposition zu keiner solchen Aussage durchringen.

Insgesamt verlief der Wahltag relativ ruhig, auch wenn bei Zwischenfällen drei Personen starben und fünf verletzt wurden. Eine junge Frau wurde von einem Schuss getroffen, der sich versehentlich aus der Waffe eines Militärs löste, eine Person starb als Unbekannte in einem Armenstadtteile das Feuer auf die Schlange vor einem Wahllokal eröffneten und eine weitere Person



Hugo Chavez

Foto: Venezuela avanza

wurde gezielt getötet. In einigen Bundesstaaten wurden Personen mit gefälschten CNE-Ausweisen oder dem Besitz mehrerer Personalausweise fest genommen.

Am Nachmittag des Wahltages präsentierte der CNE auf einer Pressekonferenz auch eine CD auf der eine mit der Stimme des CNE-Präsidenten Carrasquero montierte Ankündigung zu hören war in der dieser erklärte: "Das CNE-Komitee stellte fest, das das Ja 11.431.086 Stimmen bekommen hat und Präsident Hugo Chávez damit des Amtes enthoben wurde".

In des Straßen Venezuelas feiern indes Hunderttausende des Sieg des Präsidenten Hugo Chávez. Diverse Basisorganisationen richteten sich sogleich gegen den "Dialog", der nun nach den Vorstellungen des Carter-Zentrums und der OAS zwischen Opposition und Regierung stattfinden sollte und forderten die Vertiefung des Transformationsprozesses im Land.

Präsident Chávez selbst erklärte in einer ersten Ansprache "Von heute an bis Dezember 2006 beginnt eine neue Etappe der bolivarianischen Revolution, um den sozialen Missionen Kontinuität zu verleihen, wie auch dem Kampf gegen Ungerechtigkeit, Marginalisierung und Armut. (...) Wir werden dieses neue ökonomische und politische Modell konsolidieren, das darauf ausgerichtet die Bedürfnisse aller Venezolaner zu befriedigen".

Mit oder ohne Chavez

Ein Film lässt Venezuela von unten zu Wort kommen

Der haushohe Sieg des venezolanischen Präsidenten bei dem von der rechten Opposition erzwungenen Referendum am 15. August wird in vielen Medien mit Demagogie und Populismus des Amtsinhabers erklärt.

Wer sich mit solchen einfachen Erklärungen nicht zufrieden geben will, kann sich in einem knapp einstündigen Film gründlicher informieren. Denn die Filmemacher Dario Azzellini und Oliver Ressler lassen anders als die meisten hiesigen Zeitungskommentatoren Aktivistinnen und Aktivisten der sozialen Bewegungen Venezuelas zu Wort kommen.

ArbeiterInnen, die ihre Fabriken besetzt haben, um gegen die Obstruktionspolitik der Unternehmer vorzugehen, Angehörige indigener Ethnien, die erstmals einklagbare Rechte genießen, Bauern, die Land kollektiv bearbeiten, MitarbeiterInnen linker und alternativer Medien. Sie alle berichten, wie sich nach dem Amtsantritt die Rahmenbedingungen für ihre Arbeit verbesserten. Alle beziehen sich, auf die Inhalte der neuen Verfassung, welche die Mitarbeit breiter Bevölkerungskreise zur Maxime erhoben hat.

Davon profitieren eindeutig die Menschen, die sich an ihren Arbeitsplätzen oder an ihren Wohnorten zusammengeschlossen haben. Wie beispielsweise die Bewohner-

Innen des Stadtteils 23 de Enero mitten in Venezuelas Hauptstadt Caracas. Schon seit Jahrzehnten ist dieses Barrio als Hochburg der Linken bekannt.

Normalerweise kein Ort für JournalistInnen. Doch das Filmemacherduo fühlt sich gerade dort in seinem Element. AktivistInnen der Stadtteilorganisation 'Coordinadora Simon Bolivar' kommen ebenso zu Wort wie Angehörige der Revolutionären Bewegung Tupac Amaru, die die Wiederaufnahme des



Venepal besetzt

Foto: Venezuela avanza

bewaffneten Kampfes zu einem späteren Zeitpunkt nicht ausschließen wollten.

Auch nachdenkliche Angehörige des Jahrzehnte herrschenden Machtkartells in Venezuela kommen in dem Film zu Wort. Sie haben sich in dem Bündnis "Mittelstand positiv" zusammengeschlossen und werben für ein strategisches Bündnis zwischen dem Mittelstand und den Armen, die sich mehrheitlich von Chavez vertreten fühlen. Es ist wahrscheinlich, dass der moderate Flügel des Mittelstandes nach der erneuten Niederlage der rechten Opposition wachsen wird. Auch damit wird die Position von Chavez gestärkt. Der Präsident ist in dem Film der große Abwesende. Nur ganz kurz sind einige Chavez-Plakate zu sehen. Doch trotzdem dreht sich in dem Film viel um ihn. "Chavez hat uns die Augen geöffnet. Er hat uns Mut gegeben". Diese Erklärungen hört man immer wieder von den Interviewten. Aber vereinzelt hört man auch schon selbstbewusstere Statements. "Wir setzen die Revolution fort - mit oder ohne Chavez."

Peter Nowak

Die Bürokratie des Staatsapparats sorgt für Spannungen zwischen linken Basisorganisationen und Regierungsstellen.

Revolutionsblockaden

H. Neuber, jW 10./11. Nov. 04

Politisch gesehen ticken die Uhren in Venezuela anders, soviel war schon vor dieser Solidaritätsreise klar. Dass sich aber ausgerechnet die Basisgruppen in den Stadtteilen von Caracas über die Unzuverlässigkeit der Regierung beschweren, konnte man zunächst kaum glauben. Die Differenzen zwischen beiden Seiten sind inzwischen so gewachsen, dass sie zu Diskussionen innerhalb der 'chavistischen Basisgruppen über das Verhältnis zu staatlichen Institutionen geführt haben.

»Wenn wir das Gesundheitsprogramm Barrio Adentro über das zuständige Ministerium hätten laufen lassen«, sagte am Dienstag Manolio von einer der sogenannten Wahlkampfgruppen in einem Armenviertel von Caracas, »dann würden wir wahrscheinlich heute noch auf die erste Gesundheitsstation warten.«

Nicht ohne Grund würden alle Sozialprogramme der Bolivarianischen Revolution auf Anweisung von Präsident Hugo Chávez in sogenannten Missionen dezentral und unabhängig von den Ministerien organisiert, fügt der Aktivist an. Über diese Missionen zur Bildungs- und Gesundheitsarbeit bekommen die Basisgruppen Gelder und Material zur Verfügung gestellt, um den Aufbau von sozialer Infrastruktur in den Armenvierteln selbst zu organisieren - und das durchaus erfolgreich.

Die Probleme der venezolanischen Staatsbürokratie bleiben auch während dieser jW-Leserreise nicht verborgen. So war nach einem Besuch des nationalen Simón-Bolívar-Museums am Dienstag ein Gespräch mit dem Bildungsminister geplant. Auch wenn ausgerechnet Regierungsstellen vorher auf diesem Termin bestanden hatten, wurde das Treffen mit nur wenigen Minuten Vorlauf abgesagt - »aus Sicherheitsgründen«. Der Vizeminister war ebenfalls plötzlich nicht mehr zu sprechen, »weil seine Gattin nicht anwesend ist«. Über die führende Rolle der Frau in der Bolivarianischen Revolution hatten die Teilnehmer zwar schon einiges gehört, dass sie indes so ausgeprägt ist, hätte doch niemand gedacht.

Probleme wie diese sind in Venezuela alltäglich. Sie sind sowohl politisch als auch strukturell bedingt. Auch sechs Jahre nach Amtsantritt befindet sich die Regierung Chávez in dem Dilemma, dass ein großer Teil der mittleren Beamtenebene der Opposition angehört und Regierungsvorhaben blockiert. Doch selbst ohne den politischen Widerstand der Rechten hemmt die enorme staatliche Bürokratie die politische Entwicklung. Schließlich hatten Funktionäre des Erdölstaates über Jahrzehnte hinweg ihre Angehörigen im lukrativen Regierungsapparat untergebracht. Daher stehen Basisaktivisten trotz aller revolutionärer Rhetorik von



Venezuela von oben

Foto: Gobiernoenlinea

Regierungsebene den alteingesessenen Staatsdienern immer kritischer gegenüber.

Ein Beispiel dafür liefert an diesem Tag auch das Außenministerium. Für die Reisegruppe wurden eigens zwei Mitarbeiterinnen abgestellt. Deren Beitrag zum Tagesprogramm bestand aus den kurzfristigen Absagen beider Termine. »Und das ist eben der Grund«, sagt der venezolanische Organisator der Reise, »warum die Regierung trotz ihrer politischen Ausrichtung bei der Basis in den Stadtteilen einen so schlechten Ruf hat.«

Erbe der »Demokratie«

Venezuela im Umbruch: Das Leben in vielen Armenvierteln von Caracas wird von Drogenkriminalität und Jugendbanden bestimmt. Ihr Gewaltmonopol ist schwer zu brechen.

Schon einige Häuserblöcke entfernt hört man die Schüsse durch die Straßen hallen. Doch erst von nahem ist zu erkennen, wer hier feuert. Gegenüber der Casa de la Cultura, dem Kulturhaus, sitzt eine Gruppe Jungen auf dem Bordstein, kaum einer älter als zehn Jahre. Einige haben sich aufgefaltete Pappkartons um Brust und Rücken gehängt. »Sie imitieren kugelsichere Westen«, erklärt Yameida, eine Aktivistin des chavistischen Nachbarschaftskomitees. Doch die vermeintliche Schutzbekleidung ist nur Requisit für den nachmittäglichen Krieg auf der Straße.

Der Stolz der jungen Freizeitkämpfer sind gut zehn Zentimeter lange Stahlrohre mit angeschweißtem Griff. Geladen werden die handgemachten Pistolen mit Schwarzpulver und Kies. Im Minutenabstand hallen ihre dumpfen Schüsse durch die staubige Straße Punto Salinas im gleichnamigen Stadtteil. In vielen umliegenden Fassaden sind die Einschüsse der Kiesgeschosse zu sehen. Trotzdem wagt kein Bewohner, den Kindern Einhalt zu gebieten. Sie sind die heimlichen Herrscher von Punto Salinas, einem zentralen Drogenumschlagplatz von Caracas.

»Wenn diese Kinder älter sind, tauschen sie die handgemachten Pistolen gegen echte Waffen ein«, sagt Candelario Reina, ein bekannter Dramaturg und Basisaktivist. Jeder Häuserblock in Punto Salinas ist in der

Hand einer Jugendbande, die den Kokain- und Crackverkauf kontrolliert. Die Kriege unter diesen Banden fordern allein in Caracas jedes Wochenende Dutzende Tote, mitunter bis zu 70. Die Polizei schreitet gegen die Gewalt kaum ein. Sie ist Teil des Systems. »Der erste Schritt für eine Drogenbande ist es, die Polizei auf ihre Seite zu bringen«, erklärt Reina. Die notwendige kriminelle Energie dafür ist im »Sicherheitsapparat« vorhanden, seit die Folterer aus Polizei und Armee nach dem Ende der Diktatur von Pérez Jiménez im Jahr 1958 fast komplett in den Dienst der »Demokratie« übernommen wurden. »Seither ist sie vor allem in den Städten zu einer Art privatem Wachdienst verkommen«, sagt Candelario Reina. Hier gilt das Motto: Wer zahlt, wird beschützt - oder in Ruhe gelassen.

Seit Amtsantritt der Regierung von Hugo Chávez 1999 versuchen Basisgruppen wie auch Regierung, dieses Machtmonopol und die Anziehungskraft des Bandenwesens auf Jugendliche zu brechen. Yameida und andere Aktivisten der chavistischen Nachbarschaftskomitees haben mit Workshops im Kulturheim ein alternatives Freizeitangebot geschaffen. Musik- oder Fotokurse sollen die Jugendlichen in Punto Salinas von der Straße holen. Die Kulturfonds der Regierung unter Präsident Chávez schaffen zum ersten Mal Sicherheit und Kontinuität für diese Sozialarbeit in den Bandenvierteln. Zugleich versucht die Chávez-Regierung, ein neues Polizeigesetz im Parlament zu verabschieden, das den Grundstein für eine neue Nationalpolizei legen soll. Noch existieren in Venezuela unzählige lokale Polizeieinheiten, die in Kriminalität und Korruption verwickelt sind. Weil jeder Bürgermeister »seine« Polizei bilden kann, degenerierte der Sicherheitsapparat in den vergangenen Jahrzehnten zu einem Garant für die Macht einiger weniger Politiker. Die Ironie der Geschichte ist, dass ausgerechnet die alten Parteien COPEI und AD das neue Polizeigesetz verhindern. Hugo Chávez wolle mit der Errichtung einer Nationalpolizei nur die eigene Macht sichern, so ihr Einwand.

»Einige von uns hatten schon in den 70er Jahren die Theorie, dass die Drogenkriminalität von den damaligen Regierungen gefördert wurde, um politische Arbeit in den Armenvierteln zu verhindern«, meint Candelario Reina. Die Blockaden der rechten Opposition gegen ein neues Polizeigesetz bestärken solche Ansichten an der chavistischen Basis. Bei dem Rückweg aus Punto Salinas weist Yameida daher mit einer Handbewegung über die Dächer des Viertels: »Das ist es«, meint sie, »was uns die 40 Jahre sogenannter Demokratie hinterlassen haben.«

Mediengesetz gewährt Basisradios Senderechte und staatliche Unterstützung. Programme aus dem Kiez

Dario Azzellini

»Radio Libre Negro Primero« sendet aus einem Armenstadtteil von Caracas. Täglich zwölf Stunden kann der Sender im halben Stadtgebiet empfangen werden, am Wochenende sendet er sogar rund um die Uhr. In den Programmen geht es um die Probleme in den jeweiligen Stadtteilen, es werden Informationen zu Politik und zu sozialen Programmen gegeben. 14 Vollzeitaktivisten tragen den Sender - für umgerechnet 75 Euro im Monat. Das reicht gerade einmal, um die Fahrtkosten zu decken. Trotz der knappen Mittel beteiligen sich über 100 weitere Unterstützer an der Gestaltung des Programms.

Das Radio Libre Negro Primero entstand im Jahr 2000 und ist Teil von ANMCLA, der landesweiten Organisation der Alternativ- und Basismedien. Diese hatte im Jahr 2000 gemeinsam mit der Regierung das neue Radiogesetz ausgearbeitet. Seitdem entstanden zahlreiche neue Basissender, rund 450 sind es heute in ganz Venezuela.

»Wir sind kein Regierungssender«, stellt Carlos Lugo, Direktor von Radio Libre Negro Primero, gleich zur Beginn des Gesprächs klar. Die Mitarbeiter glaubten an eine gesellschaftliche Transformation auf der Grundlage der neuen Verfassung, »aber wir arbeiten für die Gemeinde, für die Basis«. Die Basis ist das Armenviertel Punto Salinas. 15stöckige Häuserblöcke mit je 150 Familien ragen hier in die Höhe, dazwischen stehen unverputzte Ziegelsteinhäuschen mit Wellblechdächern.



Medienkrieg

Foto: Venezuela avanza

Im gesamten Land wurden nach der Verabschiedung des Gesetzes 150 Radios legalisiert und erhalten staatliche Unterstützung. Diese Hilfe fällt zwar nicht besonders üppig aus, bietet aber eine gewisse Arbeitsgrundlage. »Früher sendeten viele Stationen illegal und mussten von der Basis finanziert werden«, erklärt Lugo. Da die Nachbarschaft aber arm ist, seien viele Radios in ihrer Existenz bedroht gewesen. »Allerdings«, fährt Lugo fort, »warten auch heute noch über 300 Radios auf eine Lizenz«. Das hänge damit zusammen, dass die staatliche Regulierungsbehörde CONATEL korrupt sei. »Die großen kommerziellen Sender bezahlen dafür, dass die Gemeinderadios keine Genehmigung bekommen«, so Lugo.

90 Prozent der Frequenzen in Venezuela werden nach wie vor von kommerziellen

Sendern belegt, nahezu alle gehören großen Medienkonzernen. Oft überlagern sie die Frequenzen der Gemeindesender, ohne das CONATEL etwas dagegen unternimmt. Die kommerziellen Sender fürchten die Gemeinderadios wegen deren sozialen und politischen Arbeit. Die Reichweite der Radios ist zwar nicht groß, aber viele Menschen hören die Programme. »Wir haben vor Kurzem eine einstündige Sendung über Probleme älterer Leute gemacht und spontan zu einer Kundgebung am nächsten Tag mobilisiert. Es kamen 500 Leute«, berichtet Carlos Lugo. Die landesweite Organisation der Alternativ- und Basismedien will nun den Druck auf die Regulierungsbehörde vergrößern, um die Legalisierung aller Basisradios zu erreichen.

Darüber hinaus hat ANMCLA große Pläne. Es soll eine technologische Plattform geschaffen werden, die alle Basisradios miteinander verbindet und den Austausch von Sendungen sowie deren zeitgleiche Ausstrahlung ermöglicht. Der Antrag auf Finanzierung des Projektes durch den Staat wurde bereits genehmigt, ebenso das Projekt der von den Radios und anderen Alternativmedien gebildeten alternativen Nachrichtenagentur ANA. Das dritte große Vorhaben betrifft den Aufbau eines Schulungszentrums für Aktivisten lokaler und alternativer Medien. Dafür wurde ANMCLA zwar bereits ein Gebäude zugesprochen, doch die Finanzierung der konkreten Arbeit ist noch ungewiss. Carlos Lugo ist allerdings zuversichtlich: »Die Zukunft gehört der Basis«, sagt er, »und wir sind ihr Medium.«

Weitere US-Einflussnahmen in Venezuela:
Finanzierung und Unterstützung aus dem Norden für die Opposition

USA finanzieren »demokratische Bestrebungen« nach Intervention und Putsch

Dario Azzellini 08.11.2004

Die Strategie der Opposition, die sich in Venezuela selbst wenig Hoffnungen auf eine breite Unterstützung machen kann, zielt darauf Entscheidungen der Regierung als Willkür einer Diktatur zu präsentieren und durch Rücktritte, die Behinderung verwaltungstechnischer Vorgänge und das Anstacheln von gewalttätigen Zusammenstößen auf den Straßen, ein Bild weitgehender Instabilität und Unregierbarkeit zu präsentieren, um so den internationalen Druck auf Venezuela zu erhöhen. Die führenden Sektoren der Opposition hoffen dadurch einen erneuten Militärputsch oder eine US-Intervention hervorzurufen. Dafür demonstrierten sie auch vor der US-Botschaft in Caracas mit Schildern wie "1. Hussein; 2. Aristide; 3. Chávez".

Beides scheint allerdings im Augenblick recht unwahrscheinlich. Vor allem die Option der US-Militärintervention. Bei aller Polemik und Propaganda dürfte sich auch Washington über die immense Unterstützung der tiefgreifenden politischen und sozialen Transformationen unter Chávez bewusst sein. Doch dass die US-Regierung eine bedeutende Rolle im Drehbuch der Destabilisierung Venezuelas einnimmt, ist nicht zu übersehen. Jenseits der direkten Verwicklung

in den Putsch vom April 2002, finanziert die US-Regierung über das National Endowment for Democracy (NED [1]) verschiedene Oppositionsorganisationen [2], darunter auch das Privatunternehmen Sumate, das im Zusammenspiel mit Unternehmern, durch das Verteilen von Kärtchen an den Unterschriftensammelstellen der Opposition, Arbeiter und Angestellte verschiedener Unternehmen unter Druck setzte, um gegen Chávez zu unterschreiben.

Weitere Finanziers des Drehbuchs sind in der EU zu finden, so z.B. in der spanischen Regierung oder in der deutschen christdemokratischen Konrad-Adenauer-Stiftung, die die neu gegründete Partei "Primero Justicia" (PJ [3], "Zuerst Gerechtigkeit") finanziell unterstützt. PJ war am Putsch beteiligt, PJ-Vertreter "verhafteten" Minister der Chávez-Regierung und zuletzt taten sie sich in der Koordinierung des Angriffes und der Zerstörung eines Gebäudes der "Bewegung V. Republik" (MVR), der Chávez-Partei hervor, das während einer "friedlichen" Demonstration der Opposition am 27. Februar 2004 angezündet wurde. Auch ein weiteres Gebäude regierungsnaher Kräfte fiel der "friedlichen Demonstration" zum Opfer, aus der her-

aus auch das Feuer auf die Nationalgarde eröffnet wurde.

Massive finanzielle Unterstützung erhalten verschiedenste der oppositionellen Organisationen von US-Regierungsinstitutionen. So erreichte die venezolanisch-US-amerikanische Anwältin Eva Gollinger kürzlich die Freigabe einiger Unterlagen des US State Department, die belegen, dass die US-amerikanische Behörde für internationale Entwicklung USAID [4] seit geraumer Zeit fünf Millionen Dollar jährlich an Oppositionsgruppen in Venezuela verteilt. An der Spitze steht Sumate, die während der Unterschriftensammlung gegen Chávez Druckmechanismen auf Arbeitnehmer entwickelten, Falschmeldungen verbreiteten und sich bis heute weigern, das Ergebnis der Volksabstimmung anzuerkennen. Corina Machado, Angehörige der Leitung von Sumate, unterschrieb das Dekret zur Unterstützung von Diktator Carmona nach dem Putsch im April 2002. Eine bedenkliche Vorstellung von Demokratie, die 2003 auch durch das National Endowment for Democracy (NED) Finanzmittel von der US-Regierung erhielt. Das NED verteilte bisher eine Million Dollar jährlich an venezolanische Oppositionsorganisationen.

Die vom State Department auf Anfrage öffentlich gemachten Unterlagen enthalten allerdings auch zahlreiche geschwärzte Stellen, die Namen von Organisationen und Personen betreffen. Dies, obwohl das Gesetz das explizit ausschließt, da nur Angelegenheiten geschwärzt werden dürfen, die unter die ärztliche Schweigepflicht oder persönliche Angaben von Privatpersonen betreffen. Ganz offensichtlich geht es also darum, etwas zu verheimlichen.

Die Arbeit von USAID in Venezuela übernimmt ein Subunternehmen. Development Alternatives, Inc. (DAI [5]) begann nach dem Putsch 2002 unter direkter Anleitung der State Department und der US-Botschaft in Caracas mit der Durchführung, der Koordinierung und dem Monitoring der USAID-finanzierten Projekte in Venezuela. Dafür wurde eigens ein Büro, die Oficina de Iniciativas de Transición (OIT), gegründet.

USAID finanzierte über das DAI auch Clips für das venezolanische Radio und TV, in denen im Dezember 2002 zum Streik aufgerufen wurde. Dabei kam es zu einer Zusammenarbeit mit dem Putschisten und Ex-Präsidenten des Arbeitgeberverbandes Carlos Fernández.

Andere Projekte sind auf arme Stadtteile ausgerichtet, um dort "demokratische Werte" der USA und den Gedanken der Privatisierung zu fördern. 200.000 Dollar flossen nach Petare, einem als chavistische Hochburg bekannten Stadtteil von Caracas. Ein Testballon, um festzustellen, inwiefern sich eine solche Unterstützung untergraben lässt durch gezielte Maßnahmen.

Es ist der "Krieg um die Köpfe", der sich hier abspielt und die USA fördert gezielt eine politische, ideologische und soziale Arbeit, die mit den neoliberalen Parametern einhergeht. Nicht gezählt werden können hier die zahlreichen Finanzmittel, die venezolanische Oppositionsorganisationen über illegale Kanäle bekommen oder die direkt von den diversen US-Geheimdiensten zur Verfügung gestellt werden.

Aufbau einer Contra

Viel deutet daraufhin, dass die venezolanische Opposition, mit Unterstützung aus Kolumbien und wohl auch aus den USA, am Aufbau von paramilitärischen Strukturen in Venezuela arbeitet. Anfang Oktober 2004 äußerten venezolanische Regierungsangehörige öffentlich Besorgnis darüber, dass sie Informationen besäßen, wonach US-Militärangehörige in Kolumbien auch Paramilitärs ausbilden würden. Die US-Behörden dementierten die Meldung nicht. Von den kolumbianischen Paramilitärs (AUC [6]) wiederum führt eine klare Verbindung zur venezolanischen Opposition. Die AUC hatten bereits vor etwa zwei Jahren angekündigt den Aufbau venezolanischer Paramilitärs (AUV) zu unterstützen.

Erst im Mai 2004 wurden etwa 130 kolumbianische Paramilitärs auf dem Gut eines Exilkubaners am Rande von Caracas mit venezolanischen Armeeuniformen verhaftet worden [7]. Mit dabei war auch ihr Anführer, der als José Ernesto Ayala Amado alias "Comandante Lucas" identifiziert wurde und Paramilitärführer des "Bloque norte de Santander" vom kolumbianischen Paramilitärdachverband AUC ist.

Comandante Lucas gab sich redselig und machte ausführliche Angaben über die militärische Planung und die an der Verschwörung Beteiligten. Er sei bereits Mitte April nach Venezuela eingereist und habe seine Instruktionen von dem venezolanischen Unternehmer

Gustavo Zingg Machado (vormals Gustavo Quintero Machado), dem Besitzer des Landgutes Robert Alonso, sowie von einem Militär erhalten.

Gustavo Zingg nahm laut Disip auch an einem Treffen am 23. April im Country Club von Caracas teil, auf dem ein erneuter Umsturzversuch gegen Chávez besprochen wurde. Bei dem Gespräch sei klar gestellt worden, jede Aktion, die nicht mit dem Tode Chávez Ende, sei als Niederlage anzusehen.

Während seiner Verhaftung versuchte "Comandante Lucas" noch mit seinem Mobilfunktelefon Zingg anzurufen, mit dem er an dem Tag bereits 73 Mal gesprochen hatte. Dieser telefonierte wiederum 31 Mal mit dem TV-Showmaster Orlando Urdaneta. Der Paramilitärkommandeur berichtete darüber hinaus über die Verwicklung in den Fall von Regierungsmitgliedern der oppositionellen Region Zulia, Viehzüchterverbänden, die Migrationsbehörden des Bundesstaates Táchira sowie eines Angehörigen der Nationalgarde.

Die kolumbianischen Paramilitärs, so Lucas weiter, seien von venezolanischen Ex-Polizisten im Umgang mit dem leichten Sturmgewehr FAL ausgebildet worden und hätten vorgehabt, in einem Überfall eine größere Anzahl der Gewehre, die von der venezolanischen Armee benutzt werden, zu rauben. Auf einem von der Geheimpolizei Disip am 31. Juli vorgelegten Video erklärt einer der verhafteten Paramilitärs, sie hätten den Auftrag gehabt in den Präsidentenpalast einzudringen und Chávez zu "köpfen". Als venezolanische Soldaten gekleidet, sei das Ziel der Paramilitärs gewesen, bewaffnete Auseinandersetzung innerhalb der Armee zu provozieren, Regierungsziele anzugreifen und Mitglieder radikaler Basisgruppen im Armenstadtteil 23. Januar in Caracas zu ermorden. Während Polizeieinheiten die Armee und Nationalgarde durch Aktionen binden sollten, hätten die Paramilitärs den Präsidentenpalast gestürmt.

Laut Disip seien auch Liliana Hernández, Abgeordnete der von der deutschen Konrad-Adenauer-Stiftung unterstützten [8] Partei Primero Justicia sowie Rafael Marín, Ex-Generalsekretär der SPD-nahen Acción Democrática [9] in den Umsturzversuch involviert. Einige der Gesuchten wurden verhaftet, andere befinden sich auf der Flucht. Die involvierten Politiker hingegen stritten jede Beteiligung ab.

Oberbefehlshaber der gesamten Aktion scheint wiederum der Putschisten und Ex-General der venezolanischen Nationalgarde, Felipe Rodríguez gewesen zu sein [10]. Er wird in Venezuela wegen der Beteiligung an diversen Bombenanschlägen, unter anderem auf die spanische und kolumbianische Botschaft, sowie des Mordes an mindestens drei Soldaten und zwei weiteren Personen verdächtigt. Er gehörte zum Kern der rebellierenden Militärs, die über Monate hinweg einen Platz in Caracas besetzt hielten und zum Sturz Chávez aufriefen.

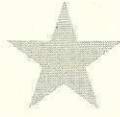
Erst Anfang März konnte Rodríguez, bekannt als "El Cuervo", "der Rabe", gemäß Geheimdienstinformationen nach einem Hubschrauberunfall im kolumbianischen Departement César unverletzt flüchten. Der Hubschrauber gehörte den kolumbianischen Paramilitärs der AUC. "El Cuervo" hatte sich mit ihrem militärischen Anführer Salvatore Mancuso getroffen, um über den Kauf von Waffen und die Ausbildung von AUC-Kämpfern zur Durchführung terroristischer Angriffe in Venezuela zu sprechen. Salvatore Mancuso leugnete jedoch unmittelbar nach den Verhaftungen in Venezuela jede Verbindung seiner Terrororganisation zu den Paramilitärs.

Die Strategie zielt nicht auf einen militärischen Sieg, sondern auf Destabilisierung, so wie in den 80er Jahren die Contra-Aktivitäten gegen die sandinistische Revolution in Nicaragua. Ein militärischer Sieg ist wohl weder möglich noch notwendig, gespielt wird auf Zeit. Eine Zermürbungsstrategie, welche die Transformation der Gesellschaft behindern soll und die Fragestellung für die venezolanische Bevölkerung bei den nächsten Präsidentschaftswahlen 2006 verändern soll. Sie sollen sich nicht zwischen einem neoliberalen kapitalistischen System und einem transformatorischen Projekt entscheiden, sondern zwischen dem Neoliberalismus einerseits und Angst, Krieg und Unsicherheit andererseits.

Venezuela ist allerdings nicht Nicaragua. Venezuela kann auf viel mehr Ressourcen zurückgreifen, die Verteidigung des Projektes wird also wesentlich an der Frage hängen, ob es gelingt, es weiter zu vertiefen. Und bisher ist es in Venezuela auch nicht gelungen, Unterlassen gegen Unterlassen aufzubringen, die Bedingung für "bür-

gerkriegsähnliche Zustände", wie sie so oft heraufbeschworen werden. Die Mittelschicht mag zwar lauthals lamentieren, aber Träger einer bewaffneten Auseinandersetzung ist sie historisch nie gewesen und auch in Venezuela war sie in den vergangenen Jahren nicht bereit den eigenen Kopf hinzuhalten.

Copyright (c) Heise Zeitschriften Verlag



LINKS:

- [1] <http://www.ned.org>
 - [2] <http://www.mediatransparency.org/recipients/ned.htm>
 - [3] <http://www.primerojusticia.org.ve>
 - [4] <http://www.usaid.gov>
 - [5] http://www.dai.com/about_dai/about_fs.htm
 - [6] <http://www.colombialibre.org>
 - [7] <http://www.jungewelt.de/2004/08-09/010.php>
 - [8] <http://www.jungewelt.de/2004/09-08/018.php>
 - [9] <http://www.acciondemocratica.org.ve>
 - [10] <http://www.jungewelt.de/2004/05-13/007.php>
- Telepolis Artikel-URL:
<http://www.telepolis.de/r4/artikel/18/18732/1.html>

Venezolanische Regierung dementiert Bericht der Konrad-Adenauer-Stiftung als Einseitig und manipuliert

In einem Kommuniqué des Außenministeriums werden umfassend die in der Analyse der sozialchristlichen (christdemokratischen) Stiftung enthaltenen Ungenauigkeiten widerlegt, durch die "das offensichtliche Anliegen, das Ansehen der venezolanischen Regierung zu beschädigen" belegt wird, wodurch "der Bericht nur für ahnungslose Personen glaubwürdig ist".

Die Regierung der Bolivarischen Republik Venezuela verbreitet erneut ein Dementi gegenüber der Konrad-Adenauer-Stiftung aufgrund deren Rückfall in eine einseitige Informationspolitik über die Auswirkungen der öffentlichen Politik der Regierung von Präsident Hugo Chávez Frias und wies die Manipulation zurück, mit der versucht wird, das Fortschreiten des revolutionären bolivari-schen Projektes zu leugnen.

In dem Kommuniqué des Außenministeriums wird Punkt für Punkt jedes einzelne der unzutreffenden Urteile dieser sozialchristlichen (christdemokratischen) Stiftung über den Kurs der öffentlichen Politik der Bolivarischen Regierung auseinandergenommen.

Das Dementi-Kommuniqué erinnert daran, dass erst kürzlich der Repräsentant der Konrad-Adenauer-Stiftung, die ihren Hauptsitz in Deutschland hat, aufgrund der Veröffentlichung von halbweisen Berichten in europäischen Zeitungen, in denen "falsche Angaben über die Entwicklung unserer Wirtschaft verbreitet und die Fortschritte auf sozialem Gebiet geleugnet wurden" durch die Nationale Regierung abgemahnt wurde. Diese Veröffentlichungen wurden daraufhin eingestellt.

Allerdings verbreitete die KAS vor kurzem einen anderen Bericht, in dem "erneut halbweise Argumente und ungenaue Statistiken benutzt wurden, die eine Kampagne zur Desinformation der internationalen öffentlichen Meinung belegen".

Es sammeln sich in dem "Bericht", so die Antwort des Außenministeriums, "statistische Manipulationen, falsche Zahlen, Angaben ohne glaubwürdige Quellenangabe und Schlußfolgerungen mit außerordentlicher Einseitigkeit. Es handelt sich also zweifellos um eine erneute mediale Breitseite mit offensichtlich politischer Zielsetzung.

"Es ist die Aufgabe der Nationalen Regierung, solche Kampagnen der transnationalen Organisation zu verfolgen, zurückzuweisen

und zu demaskieren", erklärt das venezolanische Außenministerium.

Es fügt hinzu, dass die KAS ihre "Analyse" auf die Verteidigung des repräsentativen Demokratiemodells aufbaut, "in dem die Allianz aus alten Parteien, privaten Massenmedien und den Spitzen von Unternehmer- und Gewerkschaftsverbänden eine grundlegende Rolle der Vermittlung zwischen Bürgern und Staat spielt".

In diesem Zusammenhang erklärt es, dass "dieses System die sozialen Verwerfungen in ganz Lateinamerika verschärft und mehr Elend und Ungleichheit geschaffen hat."

Es hebt hervor, dass mit dem neuen Modell der partizipativen Demokratie, durch welches das alte und abgewirtschaftete repräsentative Modell abgelöst wird, die Nationale Regierung eine öffentliche Politik und Programme vorantreibt, die auf die Verbesserung der menschlichen Entwicklung gerichtet sind und ihre Anstrengungen auf die gleichberechtigte Verteilung des Reichtums und die Begleichung der vom alten System geerbten enormen sozialen Schuld konzentriert. "Wir verstehen, dass es für viele politische Denkrichtungen, die auf sozialer Unbeweglichkeit fußen, schwierig und nicht notwendig ist, sich an Diskussionen über Armut zu beteiligen", folgert das Kommuniqué.

Mit dem "Bericht" - fügt das Dokument des Außenministeriums hinzu - versucht die KAS zu beleuchten, wohin sich Lateinamerika auf sozioökonomischem Gebiet bewegen sollte, aber von einer ideologischen Perspektive aus, die dem Kontinent nicht nützt. Sie versucht, ein "Modell einer demokratischen Entwicklung" zu verkaufen, das "gradlinig, technokratisch, einheitlich, globalisiert, konsumorientiert, räuberisch, abschließend, unmenschlich, das illusionär, veraltet und undurchführbar" ist. "Die Haltlosigkeit und mangelnde Seriosität werden in dem Moment deutlich, in dem versucht

wird, ein pseudo-wissenschaftliches, pseudo-statistisches und pseudo-mathematisches Modell zu präsentieren, mit dem die Ergebnisse der "Studie" gerechtfertigt werden sollen, um später zugeben zu müssen, dass die Werte des selben aus dritten Berichten stammen, da man unfähig war, die Sammlung der Daten in einer Weise durchzuführen, die die Wahrheit der analysierten Information und die Einheitlichkeit der Kriterien für jede Variable garantieren. Zur Bestätigung der Aussagen, fehlen die Beweise, schließt das Dementi.

Tendenziöse Enthüllungen Um die "tendenziösen Enthüllungen" der KAS zu widerlegen weist das Antwortdokument des Außenministeriums darauf hin, dass wenn, zum Beispiel, vom Grad der politischen Beteiligung der Bürger gesprochen wird, mit Informationen aus dem Jahr 2003 mit Zahlen aus dem Jahr 2002 gearbeitet wird und daraus einen "Rückgang der Wahlbeteiligung" ableitet. "Die Falschheit dieser Schlußfolgerung", so das Dementi, ist leicht zu belegen und man empfiehlt, dass "die Direktoren der KAS zur Kenntnis nehmen, dass es im Jahr 2002 keine Wahlen in unserem Land gab."

Um diese Argumentation zu belegen, wird daran erinnert, dass die letzten Wahlen, die vor dem August 2004 stattfanden, die zur Neulegitimierung aller öffentlichen Ämter durch Volkswahl im Juli 2000 war, die eine Folge der Annahme der Nationalen Verfassung im Dezember 1999 war. "In der 'Analyse' weist die KAS Venezuela eine Wahlbeteiligung von 50,49% zu. Die wirkliche Wahrheit ist, dass sich an dieser Wahl 56,31% der Bevölkerung beteiligten, ein sehr nennenswerter Anteil bei Wahlen dieser Art, wenn man daran denkt, dass in einer großen Zahl von Industrieländern Beteiligungen von nicht mehr als 30% registriert werden", weist das Außenministerium die Behauptungen zurück.

"Ein wichtiger Aspekt, der hervorgehoben

werden muß", setzt sich das Dementi fort, "dass bei dem Referendum über den Präsidenten im August 2004, bei dem der Staatschef mit einer Unterstützung von 59% bestätigt wurde, die Beteiligung an der Abstimmung 70% der wahlberechtigten Bevölkerung betrug.

Sogar, wenn sich die politische Beteiligung nur in der Stimmabgabe ausdrücken würde, wie es die KAS weiszumachen versucht, würden die Zahlen sie widerlegen."

Außerdem, fügt das offizielle Dokument hinzu, zeichnete sich dieses beispiellose Referendum durch einen hohen Grad von Transparenz aus, der von mehr als dreitausend internationalen Wahlbeobachter, die von beiden politischen Lagern eingeladen wurden, vom Nationalen Wahlrat (CNE) und sehr anerkannten Institutionen wie der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) und dem Carter-Zentrum anerkannt wurde. "In Venezuela", wird die Argumentation des Außenministeriums fortgesetzt, "hat sich die politische Beteiligung bei den letzten Wahlen und Abstimmungen deutlich erhöht, was sich in einem Rückgang der leeren Stimmzettel von 5,25% bei der Wahl 2000 auf 0,26% beim Referendum ebenso zeigt wie am Rückgang der Stimmenthaltung von 43,69% im Jahr 2000 auf 30,08% im Jahr 2004. Schon die Tatsache der Durchführung dieses Ereignisses wie auch die demokratische und staatsbürgerliche Haltung der Bevölkerung haben die ‚Analyse‘ der KAS hinweggefegt, die schon aus sich selbst widersprüchlich und der durch das venezolanische Volk im vergangenen August demonstrierten Realität entgegengesetzt ist."

In Bezug auf die Pressefreiheit und Gewalt gegen Journalisten nennt die KAS die höchsten (negativen) Werte für Venezuela. Aber man muß hervorheben, dass sie hierfür die Statistiken der Organisation "Freedom House", einer bekanntermaßen mit den höchsten imperialistischen Interessen der nordamerikanischen Regierung verflochtenen Einrichtung, benutzt. Sie verletzt damit schon von Anfang an die Objektivität jeder diesbezüglichen Informationen, so das Außenministerium.

"In Venezuela herrscht die größte Pressefreiheit. Nach Jahren des informativen Ungleichgewichts und der Kriegspropaganda durch die privaten Medien wurde nicht ein einziger Kanal geschlossen, es gibt keine Zensur und keine eingesperrten Journalisten, selbst wenn das Amt des Staatschefs und seine Familie nicht respektiert werden, Spaltung befördert werden, für Rassismus gewonnen wird, sich mit den übelsten Elementen verbunden und für den kriminellen Untergrund geworben wird. Diese Dinge werden von der KAS in dem angeblichen "Bericht" ignoriert. Wir fragen die Stiftung, ob dieses spalterische Informationsklima dieser Organisation akzeptabel erscheint. Das ist einer merkwürdige Form der Analyse", führt das offizielle Dementi aus.

Die Regierung kritisiert die KAS für ihr Schweigen über "die Haltung der Eigentümer der Medien, die der Bevölkerung das Recht auf freien Informationszugang während der Tage des Putsches vom April 2002 verweigerten, als der Präsident entführt war und die privaten Kanäle Zeichentrickfilme und Jugendserien ausstrahlten."

Über die "Fähigkeit, eine Politik zu entwickeln, die Wohlstand befördert" zeigen sich in der Analyse der KAS Anomalitäten wie die Einfügung von Werturteilen in der Berechnung der "Rate der Kindersterblichkeit", die einige Länder bevorzugt und Venezuela benachteiligt. Die Antwort der venezolanischen Regierung zitiert den Bericht der Weltgesundheitsorganisation (WHO), die berichtete, dass Venezuela insgesamt 4,7% seines BIP für das Gesundheitswesen ausgibt, während die KAS diesen Wert nur mit 1,4% angibt.

"Die von der KAS genannten Zahlen über Oberschulbildung stimmen nicht mit der zitierten Quelle, dem ‚EFA Global Monitoring Report‘ 2002 der UNESCO überein. Die KAS ignoriert die Anstrengungen im Bereich der Oberschulbildung. Wir öffnen



wieder Hunderte technische Schulen, die aus politischen Gründen geschlossen wurden, ganz zufällig durch eine Regierung, die sich sozialchristlich (christdemokratisch) nannte", beobachtet die Erklärung.

Ebenso widersprüchlich ist die in der Analyse der KAS genannte Angabe über öffentliche Investitionen in das Bildungswesen im Vergleich mit der zitierten Quelle ‚EFA Global Monitoring Report‘ 2002 der UNESCO. "Man kann interpretieren, dass diese Angabe von den Autoren willkürlich eingeführt wurde, denn Venezuela ist das lateinamerikanische Land mit dem größten Wachstum an Ausgaben im Bildungsbereich in den letzten 20 Jahren. Wir erreichen bereits 7% des BIP, wie es die UNESCO anerkennt", stellt die Antwort der Regierung klar.

Mit Blick auf den Bereich der Hochschulbildung heißt es in dem Antwortdokument, Ziel und Durchführung des Bolivarianischen Projektes seien darauf ausgerichtet, Mittel zur Verfügung zu stellen und Stipendien zu vergeben, um allen Venezolanern, die eine intellektuelle Weiterbildung und eine Verbesserung ihrer Berufsausbildung anstreben, den Zugang zu gewähren, im Unterschied zu den Regierungen der Vierten Republik, die mit Wohlwollen der KAS gegenüber einer "sozialchristlichen" Regierung Universitäten schlossen und mit Panzern angriffen.

In der Einschätzung der wirtschaftlichen Freiheit gibt die KAS dem Wert des Pro-Kopf-Einkommens einen definitiven Charakter, ohne sich um die Effizienz der Ausga-

ben, der Verteilung und der Gleichheit des Zugangs zum Kapital zu kümmern. Denn das ist eben einer der vielen Irrwege des Neoliberalismus.

Einseitig und manipuliert Alles in allem kann man zusammenfassen, dass die in dem genannten "Bericht" gesammelten Informationen nicht glaubwürdig sind und dies belegt die Manipulation all dieser Daten durch internationale Quellen in der offenkundigen Absicht, das Ansehen der venezolanischen Regierung zu beschädigen. "Der Bericht wäre nur für uninformierte Personen glaubwürdig". Außerdem zeigt sich eine Schiefelage in Bezug auf die Methodik der Informationsbeschaffung, da sie auf Daten aus anderen Quellen basiert und deren Gültigkeit mit einer angeblichen "internationalen Anerkennung" und "unzweifelhaftem" Wert gerechtfertigt wird, weil die erhobenen Daten einen "generalisierte (subjektiven) Wert zur Übersetzung der öffentlichen Meinung, eines großen Teils der Gesellschaft oder herausragender Teile derselben" besäßen. "Worin besteht diese internationale Anerkennung? Was sind diese unzweifelhaften Teile? Welche

Heiligkeit gewährt ihnen die Gnade der Unfehlbarkeit? Das müßte die KAS erklären, denn die politischen und sozialen Kräfte, die das bolivarianische Projekt vorantreiben, wir wissen es."

Das Dementi-Kommuniqué des venezolanischen Außenministerium drückt schwere Zweifel an den Informationsquellen aus, auf deren Zahlen die Konrad-Adenauer-Stiftung ihre "Analyse" stützt und bringt sie mit dem Putsch vom April 2002 gegen den Präsidenten Chávez in Verbindung.

Es teilt mit, dass das leitende Aufsichtsgremium des FREEDOM HOUSE die National Endowment for Democracy ist, eine Organisation, die Unterstützung durch den Kongress der Vereinigten Staaten erhält und über die "die Nationale Regierung Beweise besitzt, dass sie venezolanische Gruppierungen wie ‚SUMATE‘ und ‚CEDICE‘ finanziert, um den Sturz des Präsidenten Hugo Chávez Frías voranzutreiben."

Über die NGO Internationale Transparenz heißt es, dass "diese transnationale Organisation konservativer Ideologie, die versucht, den Neoliberalismus und den Konsens von Washington der sich entwickelnden Welt über mittelalterliche religiöse Positionen schmackhaft zu machen, ihre verbreiteten Daten von ihrer venezolanischen Filiale namens Transparenza Venezuela bezieht, deren Leitungsgremium von elitären Personen gebildet wird, die Organisationen führen, die in den unteren Klassen noch gut in Erinnerung sind, wie etwa Fedecámaras, Cedice, Conindustria, Provive, Provida, Momento de la Gente, Cámara Venezolana de la Construcción, Massenmedien usw."

Übersetzung: Botschaft der Bolivarianischen Republik Venezuela

Klassenkampf in den Medien

Zur Reaktion hiesiger Medien auf den Sieg von Chavez bei Referendum

Ein Wahlergebnis von mehr als 58 % bei enorm gesteigener Wahlbeteiligung. Ein Traumergebnis, müsste man denken. Schließlich wird ja hierzulande über sinkende Wahlbeteiligung geklagt und die meisten Wahlgänge in den USA und Europa sind eher Kopf an Kopf-Rennen, die am Ende zu einer schwierigen Regierungsbildung führen.

Doch wenn es um das Ergebnis des Referendums Mitte August in Venezuela geht, dann ist die Logik scheinbar auf den Kopf gestellt. Dort hatte Präsident Chavez das von der rechten Opposition initiierte Referendum zu seiner Abwahl mit über 58 % gewonnen. An der Abstimmung beteiligten sich mehr Menschen als je in Venezuela, was kein Wunder ist. Erstmals haben Menschen aus den Armenvierteln rund um Caracas an der Abstimmung teilgenommen. Vorher haben sie sich nie um Wahlen gekümmert. Warum auch? "Die Menschen aus den Vierteln der Reichen machten unter sich aus, wer hier regiert. Wir waren da nicht gefragt". Wie diese Frau dachten viele Menschen aus den ärmeren Schichten in Venezuela. Erst durch die Präsidentschaft Chavez wurde die ärmeren Bevölkerungsteile von Venezuela in die politische Diskussion einbezogen. Räte wurden in den Barrios gebildet. Alphabetisierungs- und Gesundheitskampagne auch mit kubanischen ExpertInnen, haben schon in wenigen Monaten gute Ergebnisse erzielt. Das ist der Grund, warum sich die Armen Venezuelas dieses Mal vor den Wahlurnen Schlange gestanden haben. Sie wussten. Käme die rechte Opposition wieder an die Macht, würde nicht nur die Möglichkeit des Referendums wieder abgeschafft, dass erst in die von Chavez mitinitiierte Verfassung eingebaut wurde. Auch alle Sozialreformen würden wieder gestrichen.

Doch für die hiesige Presse ist das größtenteils kein Thema. "Schule für Populisten" leitartikelte der liberale Tagesspiegel nach

dem von Chavez gewonnenen Referendum. "Man könnte zynisch sagen, dass Chavez der erste große Gewinner der Globalisierung ist. Er hat es geschafft, seine Macht allein mit Hilfe der Armen zu zementieren. Der Rest der Gesellschaft, obere Mittelschichten, Eliten, Unternehmer, interessieren ihn nicht... Chavez will ein neuer Fidel Castro sein, nur demokratisch legitimiert. Wenn die Opposition nicht bald eine glaubhafte Alternative bietet, wird er mehr Anhänger finden. Nicht nur in Kuba."

Obwohl der Tagesspiegel-Kommentator Armin Lehmann das Wort Klassenkampf nicht erwähnt, ist sein Text ein einziges Dokument des Klassenkampfes von oben. Wenn eine Regierung nicht das Wohl und Wehe der Kapitalisten und Mittelschichten im Auge hat, sondern die Verbesserung der Lebensbedingungen der Mehrheit der Bevölkerung, dann ist das schon fast Kommunismus. Obwohl Chavez bestimmt kein Kommunist ist.

Auch die sozialdemokratische Frankfurter Rundschau stieß nach dem Referendum ins gleiche Horn. Chavez habe einen großen Teil der venezolanischen Bevölkerung gegen sich und solle jetzt auf die Opposition zugehen, riet ihm der FR-Lateinamerika-Korrespondent. Chavez solle also eine typisch sozialdemokratische Politik wie Lula in Brasilien machen. D.h. vor der Wahl Sozialreformen versprechen und danach die alten Mächte befriedigen. Das er genau das bisher nicht gemacht hat, wird ihm übel genommen. Das aber ist auch der Grund für seine Popularität in den venezolanischen Barrios.

FR-LeserInnen protestieren gegen die einseitige Anti-Chavez-Berichterstattung in der Zeitung mit Briefen. Der Lateinamerika-Korrespondent verteidigte sich mit einer Geschichtsklitterung. So behauptete er, nicht die Massenbewegung auf den Straßen von Caracas habe den rechten Putschversuch gegen Chavez im April 2002 scheitern las-

sen, sondern es wären regierungsloyale Militärs gewesen, die den Präsidenten wieder an die Macht gebracht hätten. Nur wenige Tage später hat ein freier Fr-Korrespondent in einer Reportage immerhin der historischen Wahrheit wieder den Vorrang gegeben. Eine Massenbewegung nach dem Putsch habe die regierungsloyalen Militärs in den unteren Rängen ermuntert, gegen die rechten Putschisten vorzugehen.

Auch linke Zeitungen sind nicht frei von merkwürdiger Chavez-Kritik. So gibt die Wochenzeitung Jungle World einen Theologen fast eine Seite Raum für solche Weisheiten: "Das Ergebnis des Referendums bedeutet nicht nur einen Sieg für Chavez. Es heißt auch, dass er über 40% Gegner hat. Der Weg des Dialogs ist jetzt wichtig... Ich hoffe, dass die ganze Situation aufrichtet und die Opposition sich differenziert... und es danach die Möglichkeit gibt, Brücken zu bauen und einzelne Koalitionen zu schließen... Ich bezweifle aber... das Chavez dazu in der Lage ist."

Und der Interviewer für die linke Zeitung fragt nicht mal kritisch nach, warum denn ein mit fast 60 % bestätigter Präsident mit einer rechten Opposition verhandeln soll, die noch nicht mal ihre Niederlage eingestanden hat und entgegen aller Tatsachen noch immer vom Wahlbetrug schwadroniert. Warum werden nicht VertreterInnen der BarriobewohnerInnen interviewt, die schon in der Nacht des Referendums forderten, der rechten Opposition keine Zugeständnisse zu machen und die sozialen Veränderungen zugunsten der armen Bevölkerungsmehrheit energisch voranzutreiben?

Doch solche Statements sind für die meisten Kommentatoren hiesiger Medien Kommunismus oder Linkspopulismus. Der soziale Prozess in Venezuela ist ein Klassenkampf, schrieb Raul Zelik in seinen Venezuela-Buch. Die Berichterstattung über Venezuela in den hiesigen Medien ebenfalls.

Peter Nowak

Chávez-Tour mit konkreten Ergebnissen

Abkommen in Rußland und Iran, Menschenrechtspreis in Libyen.

Venezolanische Polizei verhaftete Tatverdächtige nach Mord an Staatsanwalt.

Mit konkreten Ergebnissen ging die Auslandsreise von Venezuelas Präsident Hugo Chávez nach Spanien, Iran, Libyen, Katar und Russland zu Ende. Venezuelas staatlicher Ölkonzern PDVSA und die russische LUKoil unterzeichneten während Chávez' Aufenthalt in Moskau ein Abkommen zur Ölförderung in Venezuela. LUKoil kündigte in diesem Zusammenhang Investitionen von bis zu einer Milliarde US-Dollar in Venezuela an.

Während seiner dritten Rußland-Reise besprach Chávez außerdem russische Investitionen in neue Gasfelder entlang des Ori-

noco-Flusses im Süden Venezuelas. Die Kapazität der Bauxitindustrie in Venezuela soll durch russische Investitionen um eine Million Tonnen pro Jahr gesteigert werden. Außerdem wurden Rüstungsgeschäfte in die Wege geleitet. Das südamerikanische Land hat 40 russische Helikopter für Patrouillenflüge an der Grenze mit

Kolumbien bestellt, die Maschinen sollen Anfang 2005 geliefert werden.

Venezuela interessiert sich zudem für den Kauf von 100 000 automatischen Gewehren sowie Panzer- und Flugabwehrsystemen aus russischer Produktion. Damit wurde einmal

mehr deutlich, daß Venezuela in Rußland einen strategischen Partner sieht. Moskau hingegen erhofft Unterstützung für den Antrag auf Mitgliedschaft in der Welthandelsorganisation.

Im Verlauf seiner Auslandsreise, die am 21. November begann, hatte Chávez auch Gespräche mit der Regierung des Wüstenemirates Katar geführt. Im Iran stand neben bilateralen Wirtschaftsverträgen vor allem eine gemeinsame Preispolitik in der Erdölorganisation OPEC auf der Agenda.

In Libyen war Chávez am Dienstag vergangener Woche von Präsident Muammar

Ghaddafi dessen Menschenrechtspreis verliehen worden. Begründet wurde die Ehrung mit Chávez' Einsatz für die Armen in Venezuela. Der Preis war vorher schon an Nelson Mandela gegangen. Chávez widmete die Auszeichnung in seiner Dankesrede dem verstorbenen Palästinenserpräsidenten Yassir Arafat und erinnerte an den am 18. November ermordeten venezolanischen Staatsanwalt Danilo Anderson.

Obwohl der Mord an Anderson noch nicht aufgeklärt ist, liegen der Polizei offenbar mehrere Hinweise auf die Täter vor. Wenige Tage nach dem Autobombenanschlag kamen zwei Tatverdächtige ums Leben, als sie beim Zugriff der Polizei das Feuer eröffnet hatten. Im Haus von einem der Männer fand die Polizei später ein umfangreiches Waffenarsenal. In der Nähe der Stadt Valencia verhaftete die Polizei die Brüder Otoniel und Rolando Guevara. Die beiden ehemali-



Präsident Chavez und Hu Jintao

gen Polizisten hatten enge Kontakte zu einem der Tatverdächtigen unterhalten.

Nach Auskunft von Venezuelas Justizminister Jesse Chacón wurde im Haus der Gue-

vara-Brüder eine Straßenkarte gefunden, auf der möglicherweise die übliche Fahrtroute von Anderson eingezeichnet ist. Die beiden Männer werden zudem mit Ivan Simonivis in Verbindung gebracht, dem ehemaligen Sicherheitschef des inzwischen abgewählten oppositionellen Bürgermeisters von Caracas, Alfredo Peña. Simonivis wurde auf einem Flughafen im Westen Venezuelas verhaftet, als er versuchte, nach Miami zu fliehen. Anderson hatte auch gegen ihn ermittelt, weil Simonivis die Polizei während des Putsches in April 2002 vermutlich angewiesen

hatte, auf regierungstreue Demonstranten zu schießen.

Jeroen Kuiper, Caracas, Dezember 04, jW

Bremsklotz Inflation

Venezuelas Wirtschaft wuchs 2004 deutlich und belegte den Spitzenplatz in Lateinamerika. Währungsverfall trübt die Bilanz.

Venezuelas Wirtschaft ist 2004 um stolze 17,3 Prozent gewachsen. Das geht aus jüngsten Informationen der staatlichen Zentralbank (BCV) hervor. Damit belegt das Land in Lateinamerika unangefochten den Spitzenplatz vor Mexiko, das mit einem Wachstum von 8,8 Prozent den zweiten Platz belegt.

Das bisherige Herzstück der Ökonomie des Staates, die Erdölbranche, hat dagegen nur um vergleichsweise bescheidene 8,7 Prozent zugelegt, während alle anderen Wirtschaftssektoren um durchschnittlich 17,8 Prozent wuchsen.

Diese Zahlen werden in Caracas als erstes Indiz dafür gewertet, dass sich der südamerikanische Petrostaat langsam von der Dominanz des "schwarzen Goldes" löst. Das ist eines der erklärten Hauptziele der Wirtschaftspolitik von Präsident Hugo Chavez.

Den BCV-Zahlen zufolge erhöhte sich die Wirtschaftsleistung im öffentlichen Sektor um elf, im privaten um 18,6 Prozent. Besonders stark wuchsen die Bereiche Bau (32,1 Prozent), Versicherungen und Banken (26,6 Prozent), Transport (26,4 Prozent), Handel (25,5 Prozent) und Industrie (25,4 Prozent). Das sind die höchsten Jahreszuwächse, seit die Staatsbank BCV solche Statistiken erstellt.

Einer der Gründe für diese hohe Dynamik ist die Wiederbelebung der venezolanischen Ökonomie nach der als "Streik" deklarierten Sabotagekampagne der Opposition zum Jahreswechsel 2002/2003. Damals legten die Gegner des Staatspräsidenten die Ölindustrie des Landes lahm und zeichneten verantwortlich fuer einen Rückgang des Bruttosozialprodukts. Als weitere Ursachen für den derzeitigen Boom gelten das wachsende Vertrauen der Bevölkerung in die eigene Wirtschaft, die politische Stabilität und - dadurch bedingt - die Zunahme der ausländischen Investitionen.

Selbst die regierungskritische Handelskammer Venezuelas (Fede-

camaras) zeigte sich angesichts der wirtschaftlichen Entwicklungen "optimistisch, aber wachsam". Trotzdem stimmen die Wachstumsprognosen der Fedecamaras für 2005 mit den Schätzungen der Regierung und einer Gruppe von Wirtschaftsanalysten überein, die Anfang Februar durch Reuters befragt wurden. Diese Analysten, darunter Vertreter von Credit Suisse First Boston und der WestLB, erwarten für 2005 eine Wachstumsrate von 4,9 Prozent. Als größtes wirtschaftliches Problem sieht die Expertengruppe eine steigende Arbeitslosenquote von bis zu 13,3 Prozent, obwohl die Erwerbslosigkeit 2004 auf 10,9 Prozent gesunken war.

Vor allem macht die weiterhin hohe Inflation die positiven Effekte des Wirtschaftswachstums teilweise zunichte. 2004 betrug die Teuerungsrate 19,2 Prozent, 2005 wird sie voraussichtlich leicht auf 18,6 Prozent sinken. Damit wird sie allerdings noch immer die höchste in ganz Lateinamerika sein.

Venezuelas Ölindustrie ist nach wie vor von größter Bedeutung für die Gesamtentwicklung der Wirtschaft. In dieser Hinsicht kann das Land optimistisch in die Zukunft blicken: Die venezolanische Regierung hat in ihrem Haushalt für 2005 vorsichtig mit einem Ölpreis von durchschnittlich 23 US-Dollar pro Barrel gerechnet. Das liegt deutlich unter dem heutigen Preis von etwa 36 US-Dollar. Die erzielten zusätzlichen Einnahmen werden u.a. auch dafür genutzt, die verschiedenen Sozialprogramme zur Ernährungssicherheit, Gesundheitsversorgung und Bildung voranzubringen.

Jeroen Kuiper, Caracas, jW 02.2005



Raffinerie Porto Cabello

Foto: Ralph Niemeyer

Interview mit Dr. Carolus Wimmer

Direktor für internationale Beziehungen beim venezolanischen Parlament

Herr Dr. Wimmer, Sie sind Direktor für internationale Beziehungen beim Parlament in Venezuela, der Asamblea Nacional. Eine etwas ungewöhnliche Karriere für einen gebürtigen Münchner.

Ich bin in München aufgewachsen, wo ich bis zu meinem 18. Lebensjahr lebte. Die letzten Jahre verbrachte ich in Konstanz, wo ich an der Uni studierte. Ich bin Vertreter der 68er Generation. 1970 gab es die Möglichkeit, nach Venezuela zu kommen, und das war für mich sehr interessant, auch nach Ende der großen lateinamerikanischen, revolutionären Bewegung. Venezuela war für mich damals ein vollkommen unbekanntes Land. Heute findet man Venezuela hin und wieder in den Zeitungen, damals nie. Ich lebe jetzt 33 Jahre hier und habe mich hier vollkommen eingewöhnt. Mein Sohn wurde hier geboren. Ich arbeite, wohne und kämpfe hier, für die Revolution in Venezuela und in Lateinamerika.

Wann begannen Sie, sich hier in Venezuela politisch zu orientieren und zu engagieren?

Eigentlich von Anfang an. Ich war bereits in Konstanz in sozialistischen Studienzirkeln aktiv, und es war für mich deshalb natürlich, dass ich auch hier weiter aktiv politisch arbeitete. Ich hatte damals das Glück, bereits nach einem Monat hier eine Arbeit zu finden, und das, obwohl ich wenig Spanisch sprach. Das war beim US-Konzern "General Motors", und ich hatte damit auch Kontakt zur Gewerkschaftsbewegung. Dort gab es damals einen sehr interessanten Arbeitskampf, der als Bummelstreik geführt wurde, hier nennt es sich "Schildkrötenarbeit". Dies war für mich ein Lehrstück, wo ich erstmalig in den Gewerkschaftskampf involviert wurde. Ich nahm dann direkt mit der Kommunistischen Partei Beziehungen auf, wurde dann Mitglied. In Deutschland hatte ich keine direkte Beziehung zur KP. Dann ging es relativ zügig und intensiv weiter in der politischen Arbeit.

Was sind die Aufgaben eines Direktors für internationale Beziehungen beim Parlament?

Ich mache das nun seit 21/2 Jahren, seit 31/2 Jahren arbeite ich in der Nationalversammlung (dem venezolanischen Parlament), zuerst als Berater des Parlamentspräsidenten, doch dann erhielt ich diese Möglichkeit, als Direktor für internationale Beziehungen zu arbeiten. Es ist eine sehr interessante, eine sehr neue Arbeit. Ich pflege den Kontakt auf internationaler Ebene mit allen Parlamenten. Auch mit multilateralen Organisationen, wie der "Internationalen Parlamentarischen Union", dem "Europäischen Parlament", dem "Lateinamerikanischen Parlament" etc. Es gibt parlamentarische Freundschaftskreise, auch mit Deutschland und Österreich. Also eine sehr interessante Arbeit in dieser revolutionären Zeit.



Venezuela ist heute ein Anziehungspunkt für politische Diskussion, für Besuche, für Einladungen. Es ist eine Arbeit, mit der man die Bolivarianische Revolution, die politische Situation, die neue Verfassung nach außen tragen kann.

Haben Sie noch Kontakt zu Deutschland? Sehen Sie sich als Deutschen oder Venezolaner?

Mein Leben, meine Arbeit und mein Kampf sind hier in Venezuela, und wenn ich im Ausland bin, spreche ich über Venezuela. Aber ich sehe mich logischerweise als internationalen Kämpfer. Ich besitze zwei Kulturen, die deutsche und die venezolanische. Nimmt man die bayrische hinzu, sogar drei Kulturen. Dies ist ein Vorteil, man sieht viele Dinge von mehreren Seiten. Zu Deutschland gibt es noch einige freundschaftliche Kontakte, speziell in Berlin, München und Konstanz, und natürlich gibt es auch noch die politischen Beziehungen, teilweise noch aus der DDR-Zeit. Hier in Venezuela existierte eine Freundschaftsgesellschaft Venezuela-DDR, die recht gut funktionierte und sehr aktiv war.

Wie würden Sie die Situation in Venezuela vor Chavez beschreiben?

Ich habe die Situation seit 1970 miterlebt, also 29 Jahre in der "falschen Demokratie", so wie wir das hier bezeichnen. Als ich vom Flughafen nach Caracas fuhr, war das für mich ein richtiger Schock. Ein riesiger Kontrast zwischen dem Luxus eines erdölproduzierenden Landes, aber auch eine extreme Armut, die man ebenfalls in Europa so nicht kennt. Diese Ungerechtigkeit, die ich bereits in den ersten Tagen miterlebte, und meine politische Vorarbeit in Deutschland machten mich hier sehr frühzeitig politisch aktiv. Es gab hier immer diese großen sozialen Unterschiede. Aber speziell ab den 80er, aber auch 90er Jahren fand eine massive Verarmung breiter Bevölkerungsteile statt, bedingt durch eine Privatisierungswelle und die Umsetzung neoliberaler Politik durch eine Regierung, die immer von den USA abhän-

gig war. Dies bedeutet: was in den 70er Jahren schwächer ausgeprägt war, verstärkte sich drastisch. Es gab damals schlechte Ernährung, aber noch keinen Hunger. Ab den 90er Jahren gibt es in diesem reichen Erdölland Hunger. Es gibt hier viele, die ihre Nahrung aus den Abfalleimern suchen. Dies ist ein Symbol, wie sich die ökonomische und die soziale Situation für die Mehrheit, d.h. 70-80%, stark verschlechtert hat. Aber die Situation verschlechterte sich in diesen Jahren nicht nur für die Armen, sondern auch für die früher stark privilegierte Mittelschicht. 1983 ging das Bank- und Finanzsystem bankrott, und man merkte, daß der ganze Reichtum auf Fantasie basierte. Ab 1983 ging es also auch für die Mittelschicht abwärts, natürlich ohne Hunger und Armut, aber sie begann ihre Privilegien zu verlieren, weshalb sie auch seit dieser Zeit unzufrieden ist. Nicht nur mit Chavez, sondern auch mit den Regierungen vorher. Dieses Kleinbürgertum will seine verlorenen Privilegien zurück. Was sind die früheren Privilegien? Ich sage es vereinfacht: "Wenig Arbeit und hohes Einkommen". Es will einen Luxus haben, der an dieses "Saudi-Venezuela" erinnert, in dem die Einnahmen aus dem Ölreichtum auf eine kleine Schicht konzentriert war. Vertreter der Mittelschicht hatten damals generell ein Apartment in Florida, mehrere Autos und mehrere Auslandsreisen im Jahr. Dies war seit 1983 nicht mehr möglich. Plötzlich konnte man nicht jedes Jahr drei oder vier neue Autos kaufen, sondern man musste mehrere Jahre mit dem gleichen Auto auskommen. Auslandsreisen wurden Luxus, weil der Dollar sich verteuerte. Die zweite charakteristische Jahreszahl ist 1989, das Jahr der Revolte der breiten Bevölkerung, der armen Bevölkerung, aber auch des Kleinbürgertums, hier in Caracas und dann auch in anderen Städten, den sog. "Caracazo". Hier wurden die Läden nicht nur von den Armen geplündert, sondern auch von Angestellten, auch von der privilegierten Mittelschicht. Dieses Ereignis zeigte, dass das politische und soziale System bankrott war. Aus der Revolutionstheorie weiß man, dass Ungerechtigkeit und Armut alleine nicht ausreichen zur politischen Veränderung. Was 1989 nicht existierte, war eine politische Linie, politische Organisation oder Leitung, um dieses Potential eines Volkes zu nützen und die Situation revolutionär zu ändern. Die damalige sozialdemokratische Regierung von Carlos Andres Perez schlug mit Hilfe des Militärs diesen Volksaufstand blutig nieder, mit mehreren tausend Toten, die genaue Zahl ist unbekannt. Aber es ging Schlag auf Schlag weiter. Im Februar 92, also drei Jahre später, gab es eine Militärrevolte, speziell der jungen Offiziere. Im November des gleichen Jahres eine weitere. Beide wurden niedergeschlagen. Man stellte fest, hier passiert etwas. Es gab Versprechen der damaligen sozialdemokratischen Regierung, einer Ver-

fassungsreform, einer Umorientierung der ökonomischen und sozialen Politik, einer Änderung der reinen neoliberalen Politik. Aber nachdem alles wieder unter Kontrolle zu sein schien, war alles vergessen und die alte Politik wurde weiter betrieben, d.h. eine Verarmungspolitik, eine Privatisierungspolitik und eine Politik, die einen kleinen Sektor und die transnationalen Unternehmen bevorzugte.

Die Revolte von Militärs 1992, an deren Spitze Chavez stand, sowie deren Niederschlagung - wie wurde diese in linken Kreisen wahrgenommen? Waren die Motive glaubwürdig? Dass Militärs, besonders in Lateinamerika, eine soziale Verantwortung verspüren, ist recht ungewöhnlich und stößt in Europa nicht immer auf Glaubwürdigkeit.

Wir in der Kommunistischen Partei wussten von dem Plan. Nicht von dem Tag, aber von dem Plan. Wir haben zweifellos nicht nur sympathisiert, unser Kampf war immer gegen dieses bürgerliche Ausbeutungssystem in Venezuela. Es lag auf unserer Linie, diese Regierung zu stürzen und dieses System zu verändern. Die Kommunistische Partei Venezuelas war immer offen für alle Kampfformen. Wir waren auch immer offen und auch erfahren für die Arbeit unter den Militärs. Das rebellierende Militär unter Führung von Hugo Chavez hatte damals noch nicht den Kontakt zum zivilen Bereich, sicher auch bedingt durch die zwangsläufige Untergrundarbeit. Aber es fehlte auch das Vertrauen der zivilen linken Bereiche zu den linken Kräften bei den Militärs und umgekehrt. Dies hat sich mittlerweile vollkommen und positiv geändert. Venezuela ist eine Ausnahme in Lateinamerika, was das Militär betrifft. Hier kamen und kommen die Soldaten und auch Offiziere immer aus der Arbeiter- und Bauernbevölkerung. Die Armee verfügte immer über linke Zirkel, speziell im Heer und der Marine, weniger in der Luftwaffe. 1962 gab es einen Aufstand der gesamten Marine, die geleitet wurde von der Kommunistischen Partei, die aufständischen hohen Offiziere waren geheime Mitglieder der Kommunistischen Partei. Es war ein Kampf von mehreren Tagen, und um den Aufstand niederzuschlagen, wurde, erstmalig in Lateinamerika, die Zivilbevölkerung aus der Luft bombardiert. Nicht nur Chavez hatte als Offizier Zugang zu sozialistischer Literatur und spricht heute über Mao Tse Tung, Marx, Lenin usw. Es war üblich, dass in der Buchhandlung der KP Soldaten und Offiziere vorbei kamen, um sich marxistische Literatur zu kaufen. Dies gab und gibt es, trotz des dominierenden Einflusses der USA auf die nationale Politik, deren Ziel es immer war, das lateinamerikanische Militär zum Kampf gegen die Linke vorzubereiten. **War der Wahlsieg von Chavez 1998 also ein Sieg für die Linke in Venezuela und Lateinamerika?**

Zweifellos war es ein Sieg der Linken Venezuelas. Der Kampf eines ganzen Jahrhunderts der Revolutionäre, von denen viele gefoltert wurden oder gar als Märtyrer star-

ben, hatte erstmalig einen direkten Erfolg. **Man hört in Europa immer den eigentlich undefinierten Begriff des "Populisten". Ist Chavez ein Populist?**

Dies muss ich häufig im Ausland diskutieren. Wir Linke, und Chavez ist ein Linker, müssen vom ersten Tag an diese große Armut bekämpfen und für diese Armut Lösungen finden. Essen geben, Erziehung geben, Gesundheit geben wird im neoliberalen Denken immer mit dem Schimpfwort "Populismus" betitelt. Die großen Probleme hier sind Armut, Hunger, Elend. Es gibt hier in Lateinamerika die "unsichtbare Todesstrafe": Leute, die z.B. dringend eine Operation benötigen, aber kein Geld oder Kreditkarte haben und einfach sterben. Sie sterben zu Hause, und keine bürgerliche Presse oder Menschenrechtsorganisation interessiert sich hierfür. Das hat sich in Venezuela geändert. Es gibt noch für viele Jahre viel zu tun, aber erstmalig wurde Politik für diese arme Bevölkerung, im Bereich Bildung, Gesundheit und Wohnungsbau, gemacht. Die jetzige Politik ist gerichtet auf 70-80% der Bevölkerung, weshalb diese "Bolivarianische Revolution" auch von der breiten Bevölkerung unterstützt wird. Deshalb haben vor allem Arme, aber auch viele verantwortungsvolle Vertreter der Mittelschicht den faschistischen Putsch im April 2002 überwältigt und Chavez befreit. Wäre Chavez nur ein Demagoge, hätte nicht die Mehrheit der Bevölkerung damals ihr Leben riskiert, um die anerkannte Leitung dieses revolutionären Prozesses aus den Händen der Putschisten zu befreien.

Als eine der ersten Maßnahmen wurde eine neue Verfassung erarbeitet, die als sehr fortschrittlich gilt

In Venezuela war dies etwas vollkommen Neues. Alle bisherigen Verfassungen hier, und es gab sehr viele, wurden generell von einem kleinen Kreis von "Experten" erarbeitet. Bestenfalls wurde es im Parlament diskutiert und verabschiedet. Diese neue Verfassung wurde vom ganzen Volk diskutiert und in einer Volksbefragung mit überwältigender Mehrheit gebilligt. Speziell das Recht von Minderheiten und unterprivilegierten Schichten wurde eingearbeitet, wie z.B. das der indianischen Bevölkerung, der Arbeiter und Bauern, aber auch der Frauen. Diese Verfassung ist für Venezuela sehr fortschrittlich und revolutionär. Außerdem wurde in der Verfassung verankert, dass die Quelle des Reichtums dieses Landes, die Ölindustrie und die Bodenschätze, die im Zuge der neoliberalen Politik frei für den Verkauf waren, dem Volk gehören und von keiner Regierung verkauft, verliehen oder verschenkt werden dürfen. Diese gehören der gesamten venezolanischen Bevölkerung, heute und auch in Zukunft.

Die Opposition wirft Chavez vor, das Land zu spalten, in dem früher alle Schichten so friedlich zusammen lebten, arm und reich ...

Hier in Venezuela, wie in ganz Lateinamerika, gibt es große Klassenunterschiede. Und das frühere "friedliche Zusammenleben"

bedeutete immer, dass die repressiven Kräfte, die Polizei, die Nationalgarde oder, wie 1989, das Heer, jegliche Protest- und Widerstandsbewegung unterdrückten. Was seit Chavez nicht mehr existiert: dass Protestmärsche mit Toten und Verletzten enden, was früher die Regel war. Diese Vorwürfe, speziell von den privaten Medien verbreitet, sind vollkommen falsch.

Wenn man sich Caracas so ansieht, hat man tatsächlich den Eindruck einer zutiefst gespaltenen Stadt - es gibt gediegene Stadtteile von durchaus westeuropäischem Charakter, in denen die Ober- und Mittelschicht lebt, aber auch ganze Stadtviertel, die man getrost als Slums bezeichnen kann, ja, die man gar nicht mehr betreten kann. Wie ist das Größenverhältnis zwischen arm und reich in Venezuela?

Die Sozialforschung, welche die Bevölkerung in die Bereiche A bis E einteilt, besagt, dass die A- und die B-Schicht max. 5% beträgt. In der C-Schicht zusammen werden 15% bis 20% zusammengefasst. Die große Mehrheit, 70% bis 80%, lebt in Armut. Wir Linke teilen nicht in A, B, usw. ein, einer Einteilung, in der man die Ursachen und Verantwortlichen nicht benennt. Wir sagen, dass die lohnabhängig Beschäftigten 70-80% ausmachen, die, wenn sie nicht in Armut, so doch in großer sozialer und finanzieller Not leben. Wer die Möglichkeit hat, ein Haus in den reichen Vierteln zu betreten, wird Reichtum und Luxus finden, der selbst für Reiche in Westeuropa anormal ist. Die Slums werden nun mit der neuen Politik von Chavez angegangen. Die Idee ist nicht wie früher, die Slums zu verschönern. Die heutige Politik will diese Slums abschaffen, hygienische und gute Wohnungen für alle schaffen.

Bei jedem politischen Prozess gibt es Gewinner und Verlierer. Sind die Gewinner die Armen und die Verlierer die Wohlhabenden? Kann man vereinfacht sagen, dass die armen und einfachen Bevölkerungsteile Chavez unterstützen und die wohlhabenden ihn lieber heute als morgen los werden wollen?

Es gibt eine Klassentrennung zwischen arm und reich. Die Bourgeoisie, die abhängig ist von den USA, wird alles tun, um ihre Privilegien zu verteidigen, aber die große Bevölkerungsmehrheit der Beschäftigten und auch die Arbeitslosen wollen Veränderung. Zwischen beiden Lagern findet ein Klassenkampf statt. In den 90er Jahren gab es Theoretiker, die meinten, die Zeiten des Klassenkampfes wären vorbei. Venezuela ist ein lebendes Beispiel des Klassenkampfes. Zur Zeit findet hier eine Revolution statt, aber die Armen sind noch nicht die Gewinner, die Bourgeoisie ist noch nicht der Verlierer. Wir hoffen, dass in diesem revolutionären Kampf, der auch auf internationaler Ebene geführt wird, die arbeitende Bevölkerung als Gewinner hervorgehen wird. Wie man auch beim Putsch 2002 feststellte, bekommt die venezolanische Bourgeoisie vollkommene Unterstützung, sowohl finan-

zieller, militärischer als auch logistischer Art von der internationalen Bourgeoisie Europas und der USA. Deshalb hoffen wir Linke hier ebenso auf die Solidarität der Beschäftigten auf internationaler Ebene, und wir benötigen diese auch.

★ **Die Regierung wirft den Medien vor, parteilich zu sein. Die Medien und die Opposition werfen Chavez vor, autoritär zu regieren, bzw. sogar eine Diktatur errichten zu wollen ...**

Eines der Probleme der jetzigen Opposition ist die Tatsache, dass 1998 bei der Wahl die damals führenden Parteien praktisch verschwunden sind. Vorher gab es eine jahrzehntelange Zwei-Partei-Diktatur, bestehend aus AD und COPEI, die sich immer abwechselten und alle Bereiche beherrschten. Wer nicht Mitglied dieser beiden Parteien war, war politisch ausgeschlossen, so wie die Mehrzahl der Venezolaner. Die privaten venezolanischen Medien stellen heute einen Ersatz für den Verlust dieser Oppositionsparteien dar, sie sind daher auch weder neutral noch informativ, sondern höchst tendenziös. Sie sind die Vertretung der Reichen, denen sie auch gehören, sowie der Interessen transnationaler Konzerne.

Die privaten Medien erzeugten vor dem Putsch 2002 eine vollkommene Verfälschung der Situation, indem sie suggerierten, dass mindestens 80% der Venezolaner gegen Chavez sind. Durch eine gezielte, nur noch faschistoid zu nennende Propaganda wurde und wird ein Bereich der Opposition beauscht, in dem Glauben, Chavez könne leicht gestürzt werden. Dies war so, sowohl beim Putsch 2002, als auch beim monatelangen Öl- und Unternehmerstreik 2003. Vor allem letzterem gingen viele Unternehmen bankrott, als die Medien propagierten, Chavez sei nach 48 Stunden Streik gestürzt worden, was natürlich nicht der Fall war. Die Medien peitschen die Opposition nicht nur zu Märschen gegen die Regierung auf, son-

dern propagieren Zusammenstöße von Demonstrationen beider Lager, in deren Verlauf es immer wieder Tote durch Heckenschützen gibt. Heckenschützen, die auf beide Lager schießen. Das Ziel: vollkommenes Chaos und Unregierbarkeit zu inszenieren, um den USA den Vorwand zu liefern, dass deren Truppen einmarschieren, um hier wieder Ordnung und Frieden zu schaffen.

Gibt es "die Opposition", oder welches sind die Kräfte dahinter?

Selbst wir als Kommunisten und Demokraten stellen fest, dass es leider im Moment keine organisierte demokratische Opposition gibt. Politische Parteien, die wirklich Volksmeinungen entsprechen, gibt es bei der Opposition nicht mehr. Die Führung der Opposition haben die amerikanische Botschaft, die privaten Medien, die Kirchenoligarchie und der Unternehmerverband übernommen. Dies ist heute die organisierte Opposition. Diese vertreten einseitig die Interessen der Reichen und der transnationalen Konzerne. Ich schätze, dass 30-35%, maximal 40% der Bevölkerung nicht zufrieden mit Chavez sind, keinen Chavez wollen. Es ist in einem demokratischen Land normal, dass immer ein Teil in der Opposition ist. Aber im Moment - und auch die jüngsten Geschichte zeigte dies - besteht die Gefahr, dass diese Opposition von faschistischen Kreisen geführt wird.

Venezuela ist der größte Öllieferant der USA. Besteht die Gefahr einer direkten militärischen Intervention durch die USA, wie ja nicht unüblich in Lateinamerika?

Chavez ist ein kluger Stratege und Politiker, was beweist, dass er kein Populist ist, sonst würde er die direkte Konfrontation mit den USA suchen. Chavez und die Regierung erklärten immer, dass die USA, unabhängig von deren Regierung, sicher mit dem venezolanischen Erdöl rechnen können. Zweifellos gibt es eine direkte Konfrontation der heutigen Bush-Regierung mit Venezuela. Es gibt Beweise, dass die Bush-Regierung den Putsch 2002 finanzierte, förderte und auch leitete. Das gleiche gilt für die Sabotage der Ölindustrie. Die USA sagen offen, dass sie die Opposition finanzieren. Das wäre auch nicht so schlimm, wären es eben nicht diese faschistischen Kreise der Opposition, auch im Militär. Das ist aber leider die Politik der USA in allen Ländern der Dritten Welt, das ist also für uns nichts Neues, dass sie ihre imperialistische Politik auch hier bei uns durchführen. Es gibt natürlich die Gefahr der direkten militärischen Intervention. Nach dem Ende der Berliner Mauer meinten einige Theoretiker, es gäbe derartige Kriege nicht mehr. Irak, Jugoslawien, Afghanistan, Haiti etc. beweisen, dass der Imperialismus die militärische Aggressivität weiterführt, und Venezuela ist zweifellos in die Pläne der USA integriert. Wir hoffen, dass unser Volk für diese Eventualität vorbereitet ist und dass die internationale Solidarität diesen Eingriff für die USA unmöglich macht. Wir hoffen, dass unser Volk nicht das Schicksal des irakischen Volkes oder des von Haiti erleben

muss.

Venezuela hatte in den Jahren 2002 und 2003 einen starken wirtschaftlichen Rückgang zu verzeichnen. Nun hat man den Eindruck, die Wirtschaft würde sich wieder erholen. Wie ist die Situation, nicht zuletzt auf dem Arbeitsmarkt?

Es gibt viel zu tun, aber der Anfang ist gemacht, unter großen politischen Schwierigkeiten, da es für die Regierung nicht möglich ist, ruhig zu arbeiten. Es gibt Probleme, die wir nicht verstecken wollen, z.B. 15% Arbeitslose, also sehr viel. Aber wir haben Pläne zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Wir betreuen aber auch diese 15%, d.h. es wird Essen verteilt, und wir unterstützen die Obdachlosen. Viele Menschen leiden unter Unterbeschäftigung oder sind in ausbildungsfremden Bereichen tätig - auch um diese Menschen müssen wir uns kümmern.

Am 15. August findet das Referendum über Hugo Chavez statt. Die Unterschriftensammlung war ja nicht ganz unstrittig. Wie schätzen Sie seine Chancen ein?

Es beweist sich mehr und mehr, dass ein großer Teil der Unterschriften für das Referendum Fälschungen waren. Es wurden Namen, Ausweisnummern und Unterschriften in großem Stil gefälscht. Aber als demokratischer Präsident akzeptierte Hugo Chavez dieses Referendum, um zu klären, wer hier die Mehrheit in der Bevölkerung hat. Wir sind überzeugt, dass Chavez unter normalen und demokratischen Umständen leicht gewinnen wird. Es gibt aber die Gefahr, dass die Opposition und die Bush-Regierung alles unternehmen werden, um zu erreichen, dass Chavez nicht mehr weiter regieren kann. In den letzten Tagen gab es mehrere öffentliche Erklärungen der Bush-Regierung oder von US-Senatoren, die meinten, Chavez wäre kein Demokrat und er würde nicht akzeptiert werden. Auch wenn Chavez mit 70% das Referendum gewinnen würde, wird der Kampf hier weitergehen.

Herr Dr. Wimmer, Sie planen eine Informationsreise durch Deutschland und Österreich? Gibt es schon Details?

Es freut mich, dass es Interesse in Deutschland und Österreich zur venezolanischen Situation gibt, und ich freue mich darauf, mit diesen Menschen darüber zu diskutieren. Wir gehen sehr selbstkritisch an die Situation hier heran. Die Reise wird vermutlich im Oktober oder November stattfinden. Nach dem Referendum gibt es eine neue politische Situation, und im Gegensatz zu meinem früheren politischen Auslandsreisen kann ich heute über konkrete Resultate dieser Revolution sprechen, die sicherlich interessant sein werden. In dieser Konferenzreise sind bereits Berlin, München und Wien vorgesehen, bei Interesse auch weitere Städte. Wir freuen uns, dass die Solidarität in Deutschland und Österreich mit unserer Revolution hier in Venezuela diese Möglichkeit schafft, direkt mit Menschen darüber zu diskutieren.

Ich danke für das Gespräch.

Das Interview wurde am 6. August 2004 von A. Köstler in Caracas geführt.



weydingenstrasse 14-16 ☆ 10178 berlin ☆
 fon 030 - 29494260 ☆ fax 030 -
 29494261 ☆ e-mail: info@netzwerk-
 cuba.de ☆ konto f. solidaritäts-
 spenden 32333100 ☆ Postbank
 Berlin BLZ 10010010 ☆ Internet:
 http://www.netzwerk-cuba.de

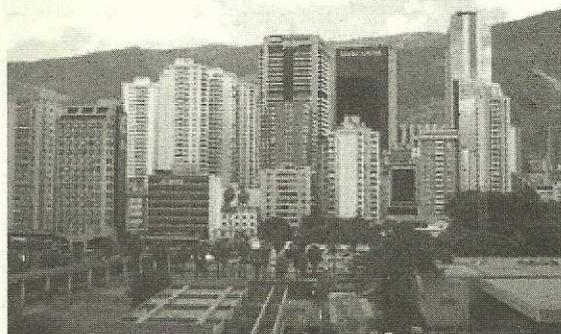
**informieren
 vernetzen
 koordinieren
 gemeinsam Handeln!**

Das **NETZWERK CUBA** ist die Koordinationssstelle der Cuba-Solidarität in Deutschland. Unterstützt uns durch Eure Fördermitgliedschaft, abonniert die 4x jährlich erscheinenden **NETZWERK CUBA - nachrichten** oder fordert unverbindlich Informationen an.

Mindestgehalt um 25 Prozent erhöht

Konkrete Schritte gegen Massenarmut in Venezuela.

Regierung kündigt auch Darlehen für Geringverdiener zum Wohnungserwerb an



Anbauflächen in der Stadt

Foto: Azzellini

Die venezolanische Regierung hat eine Erhöhung der Mindestgehälter von 321.000 auf 400.000 Bolívares - umgerechnet von 127 auf 158 Euro - beschlossen. Das gab Präsident Chavez am Wochenende bekannt. Die Erhöhung von fast 25 Prozent sei notwendig, um den Verlust der Kaufkraft durch eine jährliche Inflation von etwa 19 Prozent zu kompensieren. 2004 wurden die Mindesteinkommen schon einmal um 30 Prozent angehoben. Neben der Anhebung der Minimaleinkommen will die Regierung die Zinsen für staatliche Baudarlehen verringern. Familien

der unteren Gehaltsgruppen zahlen künftig nur 5,68 Prozent Hypothekenzinsen, statt der in Venezuela bislang üblichen 11,36 Prozent.

Laut einer Untersuchung des venezolanischen Ministeriums für Wohnungsbau müssen 70,6 Prozent der Familien mit einem monatlichen Einkommen von maximal 285 Dollar auskommen - zu wenig zum Grunderwerb. Chavez kündigte daher an, dass diese Familien fortan ein staatliches Darlehen von bis zu 19 Millionen Bolívares (7.500 Euro) erhalten können. Die Regierung würde einen Wohnungskauf mit der gleichen Summe bezuschussen.

Die Raten der Abzahlung sollen 117.000 Bolívares (46 Euro) pro Monat betragen, nicht mehr als 20 Prozent des durchschnittlichen Familieneinkommens in den bedürftigen Schichten. Die Subventionen fuer das Programm werden nach Regierungsangaben von den Zinsen eines Fonds bestritten, der zur Förderung der sozialen Wohnungsbau politik eingerichtet wurde.

Die Wohnungsnot ist eines der größten

sozialen Probleme in Venezuela, vor allem durch den raschen Bevölkerungszuwachs verursacht. Durch Naturkatastrophen wie die Überflutungen Anfang Februar werden regelmäßig Zehntausende Menschen zusätzlich obdachlos. *Jeroen Kuiper, Caracas, jW*



Karge Einnahmen aus Kunsthandwerk

Foto: Governeonlinea

Landreform erhält Schub

Chávez verspricht «Agrarrevolution» - BäuerInnen fordern ihre Umsetzung gegen die Bürokratie.

Von Dario Azzellini

«Dies ist ein historischer Tag: Das Land soll denen gehören, die es bearbeiten», sagte der venezolanische Präsident Hugo Chávez Mitte Januar vor 10.000 KleinbäuerInnen in Caracas. Er unterzeichnete ein Dekret zur Gründung einer Kommission für Landreform, die die Besitzverhältnisse und den brachliegenden Anteil grosser Landgüter überprüfen soll.

Aus Anlass des 145. Todestags des venezolanischen Bauernführers Ezequiel Zamora erklärte Chávez, der Kampf gegen den Grossgrundbesitz sei vordringlich, da fünf Prozent aller Landeigentümer im Land über 80 Prozent des Agrarlandes verfügten, während 75 Prozent der ProduzentInnen nur sechs Prozent des Landes in ihren Händen hielten. Eine «Revolution auf dem Land» solle erfolgen, denn werde die Landfrage nicht gelöst, verdiene der venezolanische Transformationsprozess den Namen Revolution nicht, so der Präsident.



Anpflanzungen

Foto: Azzellini

Laut Verfassung kann der Staat Agrarland, das nicht zu 80 Prozent produktiv genutzt wird, enteignen. Die LandarbeiterInnen- und Kleinbauernorganisationen Venezuelas begrüßten die Offensive im landwirtschaftlichen Bereich. Denn seit Verabschiedung des Landgesetzes im Dezember 2001, das die in der Verfassung festgeschriebene Abschaffung des Grossgrundbesitzes juristisch umsetzen sollte, war kein Land enteignet worden. Zwar verteilte das Nationale Landinstitut INTI in den Jahren 2003 und 2004 2,3 Mil-

lionen Hektar Land an Kooperativen, doch dabei handelte es sich vorwiegend um brachliegendes Staatsland. Nun sollen innerhalb von sechs Monaten 100.000 landlose Familien enteignetes Agrarland zugeteilt bekommen.



Wechsel im Ministerium

Chávez wies auch darauf hin, dass man nicht bei einer Umverteilung stehen bleiben könne. Die Massnahmen müssten von «integralen produktiven, wissenschaftlichen und technologischen Projekten sowie der Bereitstellung von Maschinen, Fortbildung und Häusern» begleitet werden. Er kündigte an, die in Kooperation mit dem Iran anlaufende Produktion von 5.000 Traktoren jährlich sei für die kleinen Agrarproduzenten gedacht.

Nur wenige Tage vor der Ankündigung Chávez' war Landwirtschaftsminister Arnoldo Márquez abgesetzt worden. Laut Chávez hatte die Massnahme keinen politischen Hintergrund, doch Márquez wurde wiederholt von Bauernverbänden kritisiert, das Landwirtschaftsministerium unter seiner Führung würde finanzielle Mittel weiterhin an die traditionelle Klientel der großen Produzenten kanalisieren. Kurz vor dem Referendum um die Abberufung Chávez' im August war die gesamte Führungsriege des Landinstituts INTI mit der Begründung zurückgetreten, die vorgesehene Politik bezüglich der Landverteilung und der Unterstützung kleiner Bauern, Bäuerinnen und Kooperativen sei aufgrund des Vorgehens des Landwirtschaftsministeriums nicht umzusetzen.

Mit der beschleunigten Umverteilung soll auch die Abhängigkeit Venezuelas von Nahrungsmittelimporten reduziert werden. Aktuell importiert der Erdölstaat über 70 Prozent seiner Lebensmittel. Die von Basisorganisationen erwartete Landoffensive war von Chávez bereits im September 2004 angekündigt worden. In den vergangenen Wochen hatte das Nationale Landinstitut INTI angekündigt, über Beweise dafür zu verfügen, dass viele der Grossgrundbesitzer, die behaupteten, rechtmässige Besitzer von ausgedehnten Ländereien zu sein, sich diese illegal angeeignet hätten. Das INTI, so der Direktor Eliécer Otaiza, habe bisher 57 Latifundien und 600 brachliegende Landgüter ausgemacht. Im Falle von 20 Latifundien seien bereits Verwaltungsmassnahmen in die

Wege geleitet worden. Bereits Ende Dezember 2004 hatten verschiedene Gouverneure Dekrete gegen den Grossgrundbesitz verabschiedet. In den meisten Fällen handelt es sich um Staatsland, das sich Private widerrechtlich angeeignet haben. In den anderen Fällen soll Entschädigung bezahlt werden.

Der Bürgermeister von Maracaibo kündigte die Enteignung brachliegender Ländereien der Venezolanischen Industriebank (BIV) an. Am Samstag, dem 8. Januar wurde im Bundesstaat Cojedes mit der Inspektion der 13.000 Hektar grossen Rinderfarm «El Charcote» der britischen Vestey-Gruppe begonnen. StaatsbeamtenInnen wurden bei der Inspektion des 200 Kilometer südwestlich von Caracas gelegenen Gutes von 200 Soldaten und Polizisten begleitet. Laut Angaben des INTI und des Landwirtschaftsministeriums könne das Unternehmen keine legalen Besitztitel vorweisen und nutze Staatsland. 80 Prozent des Landguts sind bereits seit etwa vier Jahren von mehreren hundert Familien besetzt. Die BesetzerInnen allerdings beschimpften die anwesenden Politiker des chavistisch regierten Bundesstaates als «Verräter»; sie befürchteten bei der Verteilung der Ländereien leer auszugehen und geräumt zu werden, da sich die Regierung des Bundesstaates noch nicht eindeutig zu dem Fall geäussert hat. Vestey argumentiert, die Rindfleischproduktion auf der Farm sei aufgrund der Besetzung von 1.500 auf 450 Tonnen im Jahr gesunken.

Gegen Agrarreformismus

Die venezolanischen Landarbeiterorganisationen unterstützen die Initiative des Präsidenten, rufen die Regierung jedoch zu einem energischeren Vorgehen auf. In einem Kommuniqué der Nationalen Bauernfront Ezequiel Zamora (FNCEZ), einer der grössten und aktivsten Bauernverbände, wird die «sofortige Agrarrevolution» gefordert. Die FNCEZ wendet sich gegen den «Agrarreformismus» und weist darauf hin, zur Überwindung des kapitalistischen Modells abhängiger Entwicklung sei es notwendig, gegen Ineffizienz, Bürokratie, Korruption, Boykott der Kooperativen und die geringe Bereitschaft der Institutionen vorzugehen.

Ansonsten könne «die Revolution auf dem Land, wie Chávez sie vorschlägt, nicht vollzogen werden». Dafür fordert die FNCEZ die Anerkennung der besetzten Ländereien, eine direkte Beteiligung der Bauernorganisationen an den Massnahmen, das

Vorgehen gegen die Morde an Bauern und der Aufbau von bäuerlichen Verteidigungsbrigaden, die Umwandlung der wenig legale Sicherheit bietenden «Agrartitel», die die BäuerInnen augenblicklich erhalten, in kollektive Besitztitel und einen direkten Dialog mit dem Präsidenten.

Bauernbewegung fordert mehr

Die FNCEZ fordert auch den Stopp eines Programms zur Verteilung von Maissaatgut des Landwirtschaftsministeriums und des Unternehmens Agroisleña in Guarico, im Rahmen dessen genmanipuliertes und verdorbenes Saatgut an KleinbäuerInnen und Kooperativen verteilt worden sei. Das Programm war unter der Leitung von Ex-Landwirtschaftsminister Arnoldo Márquez in die Wege geleitet worden, dem daher die gezielte Sabotage kleinerer und mittlerer Produzenten vorgeworfen wird. Ebenso wird Klärung bezüglich des Vorgehens der Streitkräfte in Guasdalito im Bundesstaat Apure gegen die LandarbeiterInnenbewegung verlangt. Dort wurden in den vergangenen Monaten sieben Bauern verhaftet, einige gefoltert und einer von Armeemitgliedern ermordet. Venezuela steht vor dem Problem, das viele Institutionen auf lokaler Ebene, auch Teile der Armee und Nationalgarde, nach wie vor im Dienste der Grossgrundbesitzer stehen.

Gleichzeitig machen die radikalen Teile der Rechts-Opposition nun mobil gegen die anstehende Landreform. Der oppositionelle Viehzüchterverband Fedenagas erklärte, die Dekrete zur Landreform würden das verfassungsmässige Recht auf Eigentum verletzen. Fedenagas werden dabei Verbindungen zu Paramilitärs und Killertrupps nachgesagt, die in den vergangenen Jahren über 100 LandaktivistInnen, zuletzt Alejandro Márquez im Bundesstaat Barinas am 30. Dezember 2004, ermordet haben. Einige Fedenagas-Mitglieder erklärten in der Vergangenheit offen, eine «bewaffnete Verteidigung» sei ihr gutes Recht. Auch die katholische Kirchenhierarchie, die den Putsch im April 2002 unterstützt hatte, stellte sich gegen die Dekrete zur Landreform. Doch die Massnahmen zur «Abschaffung des Grossgrundbesitzes» stossen auf breite Zustimmung. Selbst die Gouverneure der einzigen beiden oppositionell regierten Bundesstaaten Zulia und Nueva Esparta (Isla Margherita) befürworteten nämlich die Landreform.

Chavez stoppt Strafrechtsreform

Neue Gesetze würden Gefängniskrise verschlimmern. Expertenkommission der Regierung soll nachhaltige Lösung erarbeiten

Jeroen Kuiper, Caracas

Das Veto des venezolanischen Praesidenten Hugo Chavez gegen eine Reform des Strafgesetzes hat ein Schlaglicht auf die prekäre Situation in den Haftanstalten des südamerikanischen Landes geworfen. Die Bedingungen in Venezuelas Gefängnissen gelten nach Brasilien als die schlimmsten in

der Region. In beiden Ländern kommt es regelmäßig zu Protesten und Häftlingsrevolten. Chavez wollte mit seinem Veto nach eigenen Angaben eine weitere Zuspitzung der Zustände in den Gefängnissen verhindern. Nach dem Veto vor einer Woche muss die Nationalversammlung die Reform des

Strafrechtes nun noch einmal überarbeiten.

Hungerstreik der Häftlinge

Mit der Gesetzesnovelle wären die strafrechtlichen Sanktionen allgemein verschärft worden. Der Vorstoß von rechten Fraktionen und Teilen der Bewegung Fünfte Republik

für die Reform ist problematisch, weil die Gefängnisse des Landes schon jetzt chronisch überfüllt sind. Bieten sie für 15.000 Häftlinge Platz, sitzen derzeit 19.000 Menschen ein. Zwar wird in Venezuela bereits seit Jahren über den Bau von zusätzlichen Anstalten gesprochen, bisher blieben konkrete Maßnahmen aber aus. Anfang des Monats waren wegen der inzwischen unhaltbaren Situation 12.000 Inhaftierte in Hungerstreik getreten. Sie forderten unter anderem, Artikel 493 des Strafrechtes außer Kraft zu setzen, mit dem die Möglichkeiten einer vorzeitigen Entlassung massiv eingeschränkt werden. Der jüngste Hungerstreik war aber nur eine Etappe in einer Reihe von Protestaktionen, mit denen die Regierung an das drängende Problem der Haftbedingungen erinnert wurde.

Nach Angaben der "Beobachtungsstelle für venezolanische Gefängnisse" (OVP) gehören die Haftanstalten des Landes zu den gewalttätigsten weltweit. 2004 seien demnach 247 Insassen in Haft ums Leben gekommen und 536 verletzt worden. Erste Todesursache ist demnach die Waffengewalt innerhalb der Gefängnisse. Die Auseinandersetzungen innerhalb der Anstalten wer-



den gemeinhin durch Streitigkeiten zwischen unterschiedlichen Banden verursacht.

Unterbezahltes und wenig motiviertes Wachpersonal überlässt den gut organisierten Gangs oft die Macht. Viele Wachmänner sind wegen der niedrigen Gehälter zudem bestechlich und schmuggeln im Auftrag der Gruppen Waffen und Drogen in die Gefängnisse.

Regierung sucht Lösungen

"Die Gewalt könnte zurückgedrängt werden, wenn solche Zusammenarbeit mit den

kriminellen Strukturen innerhalb der Anstalten härter geahndet würde", sagt Humberto Prado, Direktor der Menschenrechtsorganisation Provea. Seine Organisation tritt zudem für das Recht der Häftlinge auf Arbeit ein. Nur so könnte eine Alternative zur Mitgliedschaft in der einen oder anderen Bande geschaffen werden. Das wäre ein Weg, um innerhalb der Haftanstalten für eine soziale Absicherung sorgen. Als "positives Beispiel" bezeichnet Prado die Haftanstalt in der Stadt Merida, wo mit staatlicher Unterstützung ein Radiosender von und für Gefangene aufgebaut wurde.

Im Jahr 1998, als Hugo Chavez ins Präsidentenamt gewählt wurde, waren noch über 500 Todesopfer in den Gefängnissen zu beklagen. Seit seinem Amtsantritt steht eine Reform des Justizwesens auf der Regierungsagenda - bislang verhinderten die andauernden innenpolitischen Probleme aber eine nachhaltige Lösung. Inzwischen hat die Regierung eine Expertenkommission ins Leben gerufen, von der eine nachhaltige Lösung der Gefängniskrise erarbeitet werden soll.

JW 14.2.05

Chávez: USA planen Mord

Venezuelas Präsident Hugo Chávez warnte in einer seiner wöchentlichen Radio- und Fernsehsendungen "Aló Presidente" davor, dass die USA unter George W. Bush seine Ermordung planen: "Sollten sie mich ermorden, gibt es auf diesem Planeten einen großen Schuldigen: den Präsidenten der Vereinigten Staaten, George W. Bush!"

Er rief seine Mannschaft zu höchster Wachsamkeit auf: "Ich weiß, dass sie mich zum Tode verurteilt haben. Sie erwägen, mich zu töten, weil sie wissen, dass es hier keinen Staatsstreich geben wird, denn in Venezuela sind die Soldaten Patrioten und werden nicht vor dem nordamerikanischen Imperium auf die Knie fallen. Hier wird es keinen Pinochet geben!"

Der venezolanische Präsident warnte die USA, dass dieses Land das venezolanische Erdöl vergessen könne, sollte ihm etwas zustoßen. Er erklärte, dass Bush und seine Berater damit rechneten, dass eine Ermordung des Präsidenten in Venezuela eine soziale Explosion zur Folge haben würde, die ein "wunderbarer Vorwand zum Einmarsch in Venezuela und zur Zerschlagung der bolivarianischen Revolution" wäre.

"Die Vereinigten Staaten wissen, dass es hier ein waches und bewußtes Volk gibt, dass sie weder mit den von ihnen kontrollierten Medien noch den von der Oligarchie kontrollierten venezolanischen Medien in die Irre führen können." Er verwies auf jüngste Umfragen, nach denen sich die Zustimmung zu seiner Regierung bei 70 Prozent bewegt.

Chávez kritisierte die Versuche der USA, die venezolanische Wirtschaft zu sabotieren: "Sie wissen, dass das bolivarianische Projekt voranschreitet. Sie kennen den Erfolg der Missionen Robinson, Ribas und Sucre. Sie wissen, dass die venezolanische Wirtschaft weiter wächst. Die USA erkennen, dass Venezuela bei Erdöl und Erdgas die erste Weltmacht ist."



Protest gegen Bush und Rice

Foto: venezuela avanza

Am Montag stellte sich der Informations- und Kommunikationsminister Andrés Izarra den Fragen der Journalisten. Er verwies auf eine Reihe politischer und Medienkampagnen, die von den USA aus gegen Venezuela gerichtet werden und sich auf eine angebliche Isolierung Venezuelas stützen. "Wir analysieren den Gebrauch verschiedener pseudo-journalistischer Techniken, um Lügen und Halbwahrheiten zu verbreiten, zu verwirren, zu übertreiben, Quellen zu fälschen, Dinge zu vermengen." Er verwies auf die vielen jüngsten Aussagen von anonymen Sprechern des State Departments.

Er präsentierte den Journalisten eine Analyse der US-Medien mit großer internationaler Ausstrahlung. 84 Prozent des Raumes, den Venezuela in den internationalen und vor allem US-Medien einnimmt, stammen demnach aus den von den USA verbreiteten Informationen, die sich gegen den Präsidenten Chávez richten. Dabei könne sich diese Kampagne auf die venezolanischen Oppositionspolitiker stützen, die hauptsächlich solche Quellen zitieren.

Izarra erklärte, es gäbe derzeit drei Schwerpunkte dieser Medienkampagne gegen den Präsidenten Chávez: Chávez sei Komplize des internationalen Terrorismus, eine Bedrohung für die Nachbarländer und ein autoritärer Herrscher. Als Beispiele nannte er eine Reihe von Meldungen des US-Fernsehsenders Fox, der Tageszeitung "The Miami Herald" und anderer Blätter sowie die Erklärungen der US-Außenministerin Condoleezza Rice und anderer Regierungsvertreter.

Venezuelas Opposition droht Gesichtsverlust

Ehemaliger Präsident des oppositionellen Gewerkschaftsverbandes CTV festgenommen. Carlos Ortega ließ sein Aussehen operativ verändern



Jeroen Kuiper, Caracas

Der Zugriff fand in einem Spielkasino statt: Dort wurde Carlos Ortega, der ehemalige Präsident des oppositionellen Gewerkschaftsverbandes CTV, in der venezolanischen Hauptstadt Caracas verhaftet. Ortega gehörte zu den Hauptorganisatoren des Putsches im April 2002. Nach dem versuchten Staatsstreich hatte Ortega Ende 2002 eine landesweite Sabotagekampagne in der Ölindustrie mit organisiert. Der "Streik" legte Venezuelas Wirtschaft damals über zwei Monate lahm und kostete das Land mehrere Milliarden US-Dollar Öleinnahmen. Als auch diese Aktion scheiterte, floh der prominente Regierungsgegner aus Angst vor strafrechtlichen Konsequenzen Anfang 2003 ins Ausland. Zunächst fühlte er seinen Kampf gegen die Regierung von Hugo Chavez von Costa Rica aus weiter. Seit ihn die dortige Regierung wegen subversiver Aktionen im August vergangenen Jahres des Landes verwies, fand er in den USA Zuflucht.

Nach seiner überraschenden Festnahme drohen Ortega nun unter anderem Verfahren wegen Landesverrat, Rebellion, Benutzung falscher Ausweispapiere und Aufruf zur Sabotage. Bei der Durchsuchung einer Wohnung in Caracas fand die Polizei unter anderem Perücken, mehrere Mobiltelefone und Microchips, um die Nummern der Handys zu wechseln. Nach Angaben der Tageszeitung El Nacional hatte sich Ortega sogar sein Gesicht in den USA operativ verändern lassen, um in Venezuela unerkannt zu bleiben. Ersten Erkenntnissen der

Ermittlungsbehörden nach ist Ortega illegal auf dem Seeweg nach Venezuela eingereist, um die Kontrollen am Flughafen zu umgehen.

Der Gewerkschaftsverband CTV gehörte unter Ortegas Leitung zu den führenden oppositionellen Organisationen in Venezuela. Wiederholt wurde ihm aus der Arbeiterschaft seine Nähe zum Establishment vorgeworfen. So wandte sich Ortega während seiner Amtszeit immer wieder gegen Gehaltserhöhungen und nahm damit eine klassische Position von Arbeitgeberverbänden ein. Während der als Streik deklarierten Sabotagekampagne zum Jahreswechsel 2002/03 zwang er Ölarbeiter zur Niederlegung der Arbeit.

Das Scheitern der gewaltbereiten Opposition in Venezuela und Ortegas letzte Flucht hat dem einst bekanntesten Gesicht der Opposition jegliche politische Basis gekostet. "Natürlich ist es gut, dass Ortega verhaftet wurde", sagt Alex Montoya, ein Fabrikarbeiter, der in seinem Urlaub als Taxifahrer jobbt. Die Verhaftung, sagt er, sei zu einem günstigen Moment gekommen. "Derzeit ist die politische Lage stabil, auch wenn die Opposition sicher schon neue Aktionen plant". So sorgte in Caracas die Anwesenheit der US-Kriegsmarine an der Küste von Curacao für Aufregung. Venezuelas Marinekommandeur Armando Laguna kündigte wegen der US-Präsenz militärische "Vorsichtsmaßnahmen" an. Vor wenigen Tagen erst hatte Präsident Chavez die US-Regierung beschuldigt, seine Ermordung zu planen. jW

Streit zwischen Venezuela und Kolumbien vorerst beigelegt

Vermittlung auch durch Cuba

Kolumbien und Venezuela haben ihren wochenlangen Streit um die Entführung eines Kommandeurs der Revolutionären Streitkräfte (FARC) aus Caracas beigelegt. Die venezolanische Regierung nahm das Angebot des kolumbianischen Präsidenten Alvaro Uribe zu einem Gipfeltreffen am Donnerstag in Caracas an. Trotz ihrer Meinungsverschiedenheiten seien beide Staaten dem »Kampf gegen den Terrorismus« verpflichtet, sagte Uribe in einer Fernsehansprache am Samstag.

Der FARC-Kommandeur und internationale Sprecher der Organisation, Ricardo Granda, war am 14. Dezember von einem Söldnerkommando von Caracas nach Kolumbien verschleppt worden. Die kolum-

bianische Regierung hatte das zunächst entgegen allen Erkenntnissen von Journalisten und venezolanischen Ermittlungsbehörden gelehnt, später aber zugegeben, dass sie ein Söldnerkommando für die Aktion engagiert hatte. Venezuela setzte daraufhin am 14. Januar alle gemeinsamen Projekte in der Ölindustrie aus, rief seinen Botschafter aus Bogota zurück und forderte von Kolumbien eine offizielle Entschuldigung. Diese ist nun erfolgt. Uribe versprach, dass sich eine Verletzung der Souveränität des Nachbarlandes nicht wiederholen werde. Kolumbien werde jedoch »alle legalen Mittel« nutzen, um gegen die linke Guerillabewegung im Land vorzugehen. Venezuelas Außenminister Ali Rodríguez erklärte gegenüber der Presse, er

sei »sehr froh«, dass der Streit beigelegt sei.

Neben Brasilien und Peru hatte cubas Staats- und Regierungschef Fidel Castro aktiv an der Schlichtung des Streites mitgewirkt. Nach Berichten der kolumbianischen Tageszeitung El Tiempo hat sich Castro am 21. Januar auf Wunsch des venezolanischen Staatschefs eingeschaltet. Nach mehrstündigen Telefonaten mit Chávez und Uribe seien Vertreter Havannas in die Hauptstädte beider Länder gereist, um die Positionen zu übermitteln. Nach dieser Vermittlung trafen sich die Ministerpräsidenten beider Staaten Ende der vergangenen Woche in Peru, um das Zerwürfnis zu beenden.

H. Neuber, jW, 31.1.05

Vereinbarung zwischen dem Präsidenten der Bolivarischen Republik Venezuela und dem Vorsitzenden des Staatsrates von Kuba zur Umsetzung der Bolivarischen Alternative vom 14. Dezember 2004

(Zusammengefasste Übersetzung; aus: Granma, Kuba)

Artikel 1:

"Die Regierungen von Venezuela und Kuba haben beschlossenen, konkrete Schritte für den Prozess der Integration zu unternehmen, die

auf den Prinzipien der Gemeinsamen Erklärung beruht, welche am heutigen Tag von der Bolivarischen Republik Venezuela und der Republik Kuba unterzeichnet wurde."

Artikel 2:

Nach dem erfolgreichen Referendum am 15.8.04 sowie den Regionalwahlen am 31.10.04 in Venezuela und unter Berücksich-

tigung der Tatsache, dass Kuba seine nachhaltige Entwicklung gewährleisten kann, "wird die Zusammenarbeit zwischen der Republik Kuba und der Bolivarischen Republik Venezuela vom heutigen Tage an nicht nur auf den Prinzipien der Solidarität beruhen - die immer Berücksichtigung finden werden -, sondern auch so weit wie möglich den Austausch von Gütern und Dienstleistungen beinhalten, die den wirtschaftlichen und sozialen Erfordernissen beider Länder den meisten Nutzen bringen."

Artikel 3:

Ausarbeitung einer Strategie durch beide Länder, um eine produktive Ergänzung ihrer Potenzen zu erreichen, die größtmöglichen Nutzen für beide bringt. Das soll durch die Prüfung der Zweckmäßigkeit der Mittel und ihren sparsamen Einsatz, die Ausnutzung der jeweils vorhandenen Vorteile, Zugang zu den Märkten und anderen Maßnahmen auf der Grundlage von Solidarität erfolgen und helfen, die Kräfte beider Seiten zu potenzieren.

Artikel 4:

Umfassender Austausch von Technologie, die von beiden Seiten entwickelt wird und jeweils von Interesse ist, um diese auf der Grundlage des gegenseitigen Vorteils nutzen zu könne.

Artikel 5:

Zusammenarbeit beider Seiten bei der Beseitigung des Analphabetentums in dritten Ländern und in Koordinierung mit lateinamerikanischen Ländern. Dabei sollen die Methoden angewandt werden, die sich in der Praxis in der Bolivarischen Republik bewährt haben. Das trifft ebenfalls auf die entsprechende Zusammenarbeit bei Programmen zur Entwicklung des Gesundheitswesens in dritten Ländern zu.

Artikel 6:

Beide Seiten vereinbaren, dass Investitionen, die im beiderseitigen Interesse liegen, zu den gleichen Bedingungen durchgeführt werden können, die jeweils für nationale Unternehmen gelten. Diese Investitionen können in Form von Gemischten Unternehmen getätigt werden, durch Kooperation im produktiven Bereich, Projekten des gemeinsamen Managements oder durch andere Arten von Assoziationen.

Artikel 7:

Beide Seiten können die Eröffnung von Zweigstellen staatlicher Banken auf dem nationalen Territorium des jeweils anderen Landes vereinbaren.

Artikel 8:

Um den Zahlungsverkehr für Transaktionen im Handel und auf dem Gebiet der Finanzen zwischen den beiden Ländern zu erleichtern, soll ein Abkommen über gegenseitige Kredite zwischen den Banken abgeschlossen werden, die zu diesem Zweck jeweils von den beiden Regierungen zu benennen sind.

Artikel 9:

Beide Regierungen erlauben die Nutzung von Kompensationsgeschäften im Handel, sofern diese angebracht sind, um den Handelsaustausch zu erweitern und zu vertiefen.



Im Teatro Carlos Marx

Foto: venezuela avanza

Artikel 10:

Beide Regierungen fördern Pläne für den gemeinsamen Kulturaustausch, welche die spezifischen Charakteristika der verschiedenen Regionen sowie die kulturelle Identität der Völker berücksichtigen.

Artikel 11:

"In Ausarbeitung der vorliegenden Vereinbarung wurden die politischen, sozialen, ökonomischen und juristischen Asymmetrien zwischen den beiden Ländern berücksichtigt. Kuba hat im Verlaufe von mehr als vier Jahrzehnten Mechanismen geschaffen, um der Blockade und der ständigen ökonomischen Aggression zu widerstehen, was ihm eine große Flexibilität in seinen ökonomischen und kommerziellen Beziehungen mit dem Rest der Welt ermöglicht. Venezuela, seinerseits, ist Mitglied von internationalen Institutionen, denen Kuba nicht angehört. Das alles muss bei konkreten Vereinbarungen über den Handel und Finanzfragen, die unter Anwendung des Prinzips der Gegenseitigkeit abgeschlossen werden, Berücksichtigung finden."

Artikel 12:

Aus diesem Grunde und in Betonung des Geistes der heute unterzeichneten Gemeinsamen Erklärung über die Bolivarische Alternative für Amerika, hat Kuba eine Reihe von Maßnahmen zur Vertiefung der Integration beider Länder vorgeschlagen", die von der venezolanischen Seite angenommen worden sind.

"Folgende Maßnahmen wurden von der kubanischen Seite vorgeschlagen:"

1. Wegfall sämtlicher Zollschränken oder ähnlicher Gebühren für Importe nach Kuba von Produkten, die ihren Ursprung in der Bolivarischen Republik haben.

2. "Alle staatlichen Investitionen und Gemischten Unternehmen Venezuelas, einschließlich solchen mit privaten venezolanischem Kapital, werden für den Zeitraum des Rückflusses der Investitionsaufwendungen von Einkommensteuern befreit."

3. Kuba gewährt Schiffen unter venezolanischer Flagge bei allen Operationen die gleiche Behandlung wie denen unter kubanischer Flagge, wenn sie sich in kubanischen Häfen im Rahmen des Handelsaustauschs und der Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern oder zwischen Kuba und anderen Ländern

befinden. Das gilt ebenfalls für die Möglichkeit der Beteiligung an der Küstenschiffahrt zwischen kubanischen Häfen.

4. Kuba gewährt den venezolanischen Luftfahrtunternehmen die gleichen Bedingungen wie den kubanischen. Das bezieht sich auf Beförderung von Passagieren und Fracht nach und von Kuba, Nutzung des Flughafenservice, von Flughafeneinrichtungen u.ä., einschließlich Beförderung von Passagieren und Fracht im kubanischen nationalen Territorium.

5. "Der Preis des von Venezuela nach Kuba exportierten Erdöls wird gemäß Bestimmungen des aktuellen Vertrages von Caracas, der zwischen beiden Ländern besteht, auf der Grundlage der internationalen Weltmarktpreise festgelegt. Unter Berücksichtigung der üblichen Schwankungen der Erdölpreise, die schon einmal dazu führten, dass der Preis für das venezolanische Öl unter 12 Dollar/Barril fiel, bietet Kuba jedoch Venezuela einen Garantiepreis an, der nicht unter 27 Dollar/Barril liegt. Dabei sollen immer die Verpflichtungen Berücksichtigung finden, die Venezuela innerhalb der erdölexportierenden Staaten eingegangen ist.

6. Die kubanische Seite gewährt staatlichen venezolanischen Unternehmen die Möglichkeit, Unternehmen mit 100% Anteil des staatlichen venezolanischen Investors (in Kuba) zu schaffen

7. Kuba bietet 2.000 Stipendien pro Jahr für venezolanische Jugendliche zum Hochschulstudium jeder Richtung an, die für die Bolivarische Republik Venezuelas von Interesse sein kann, einschließlich Bereiche der wissenschaftlichen Forschung.

8. Importe von kubanischen Waren und Dienstleistungen können mit venezolanischen Produkten, in venezolanischer Nationalwährung oder in anderen von beiden Seiten akzeptierbare Währung gezahlt werden.

9. Kuba bietet Venezuela an, die kubanischen Einrichtungen und Personal zur Doping-Kontrolle zu den gleichen Bedingungen zu nutzen, die für kubanische Sportler gelten.

10. Der Austausch und die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Bildungswesens wird auf die Unterstützung mit Methodologien, Programmen und Techniken der Lehrtätigkeit erweitert, die für die venezolanische Seite von Interesse sein können.

11. Kuba stellt zur Unterstützung der Bolivarischen Universität mehr als 15.000 Hochschulabsolventen im Fach Medizin zur Verfügung, die im Rahmen der Mission Barrio Adentro Allgemeinmediziner und Fachpersonal für das Gesundheitswesen, einschließlich Anwärter auf akademische Titel, ausbilden. Sie werden ebenfalls die Ausbildung von Schülern der Mission Sucre übernehmen, die den Wunsch haben Medizin zu studieren und als Facharzt für Allgemeinmedizin abzuschließen. Insgesamt kann es sich dabei um einige Zehntausend handeln, die in einem Zeitraum von nicht mehr als 10 Jahren ausgebildet werden.

12. "Die allgemeinmedizinische Versorgung, die Kuba der venezolanischen Bevölkerung im Rahmen der Mission Barrio Adentro anbietet und mehr als 15 Millionen Personen erreicht, erfolgt auf der Grundlage von außerordentlich günstigen ökonomischen Präferenzbedingungen, die von beiden Seiten vereinbart werden müssen."

13. Kuba wird die Konsolidierung von vielfältigen Produkten der venezolanischen Touristenbranche ohne steuermäßige Belastung oder Schranken anderer Art erleichtern.

Artikel 13:

Zur Erfüllung der Bestimmungen von Artikel 12 der vorliegenden Vereinbarung schlug die Bolivarische Republik Venezuela vor:

1. "Transfer eigener Technologie in den Energiesektor."

2. Sofortige Abschaffung jeglicher Zollschranken für Importe von Produkten, die ihren Ursprung in der Republik Kuba haben.

3. "Alle staatlichen Investitionen und Gemischten Unternehmen Kubas in Venezuela werden für den Zeitraum des Rückflusses der Investitionsaufwendungen von Einkommensteuern befreit."

4. Venezuela bietet die Stipendien für Studienrichtungen im Energiesektor oder anderen Bereichen an, die für die Republik Kuba von Interesse sein können, einschließlich Bereiche der Forschung und Wissenschaft.

5. Venezolanische Finanzierung von Projekten in der Produktion und Infrastruktur, u.a. in den Bereichen Energie, Elektroindustrie, Asphaltierung von Straßen und anderen Projekten im Straßenbau, Hafenwirtschaft, Wasser- und Abwasserwirtschaft, Verarbeitung von landwirtschaftlichen Produkten und Dienstleistungen.

6. "Steuervergünstigungen für Projekte von strategischem Interesse für die Ökonomie."

7. Vorzugsbehandlungen für Schiffe und Flugzeuge unter kubanischer Flagge auf venezolanischem Territorium, sofern dies die venezolanischen Gesetze erlauben."

8. Stärkung von vielfältigen Produkten der kubanischen Touristenbranche ohne steuermäßige Belastung oder andere Beschränkungen.

9. Venezuela stellt seine Infrastruktur und Personal für See- und Lufttransport zu Präferenzbedingungen zur Verfügung, um die Pläne zur ökonomischen und sozialen Entwicklung Kubas zu unterstützen.

10. Es wird die Möglichkeit erleichtert, dass sich kubanische gemischte Unternehmen in den Sektoren Verarbeitung, Grundwasser und Rohstoffe etablieren können.

11. Zusammenarbeit mit Kuba in Forschungen der Biodiversität.

12. Beteiligung Kubas bei der Konsolidierung von endogenen binationalen Kernen.

13. "Venezuela wird mit Kuba Abkommen in den Bereichen Telekommunikation, einschließlich Satellitennutzung, entwickeln."

gez. Unterschriften
Fidel Castro
Hugo Chávez Frías

Vamos a Caracas!

Bundesweites Vorbereitungskomitee für Weltfestspiele 2005 in Venezuela gegründet

Im Berliner DGB-Haus gründete sich das bundesweite Vorbereitungskomitee für die 16. Weltfestspiele der Jugend und Studierenden. Das Festival der fortschrittlichen Jugend der Welt wird im August 2005 in Caracas, Venezuela, stattfinden. Der Kreis soll größer werden. Alle Jugendlichen, die sich in diesem Land bewegen und für ihre Rechte eintreten, sollen angesprochen werden. Ausgenommen sind Rassisten, faschistische Organisationen und religiöse Extremisten. Das entspricht dem Ursprung der Weltfestspiele, denn das traditionelle Festival entstand in der unmittelbaren Nachkriegszeit als eine Lehre aus dem Faschismus. Die Weltfestspiele sind ein Ort, an dem sich die fortschrittliche Jugend der Welt trifft, austauscht, streitet, über Alternativen zum Kapitalismus berät, gemeinsame Aktivitäten verabredet und zusammen feiert.

Nach einer Zwangspause nach 1989 hat Kuba 1997 mit seiner Einladung an die Jugend der Welt, der 12.000 TeilnehmerInnen folgten, dafür gesorgt, dass die Tradition der Weltfestspiele weitergeführt werden konnte. 2001 trafen sich 8.000 Jugendliche zum Festival in Algerien. Mit Venezuela soll nun ein neuer Schritt getan werden: 20.000 Jugendliche in Caracas sind das Ziel.

Um sich mit dem Gastgeberland vertraut zu machen, hatten die Organisatoren des ersten Treffens André Scheer, Autor des Buches »Kampf um Venezuela«, eingeladen. Dieser informierte über den bolivarianischen Prozeß in Venezuela, die Versuche der Opposition, diesen zu stoppen und die Situation nach dem von Hugo Chávez gewonnenen Referendum.

Am Ende der Zusammenkunft in Berlin wurde ein sechsköpfiges

Koordinierungsgremium gewählt. Er wurde damit beauftragt, Gespräche mit den noch zu gewinnenden Organisationen zu führen und Überlegungen für die Spendensammlung zum internationalen Solidaritätsfonds anzustellen, der Jugendlichen aus armen Ländern die Teilnahme am Festival ermöglichen soll. Ferner soll das Koordinierungsgremium einen Vorschlag für einen bundesweiten Aufruf zu den Weltfestspielen erarbeiten und erste Ideen für das politische Programm entwickeln.

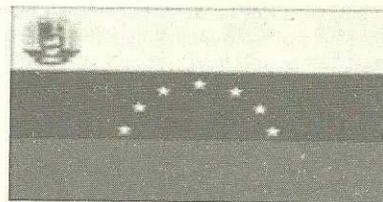
Vorbereitungsprozess auf internationaler Ebene

Über 60 Organisationen hatten im Juni 2004 in Brasilien einen politischen Aufruf mit dem Titel »Für Frieden und Solidarität - Wir kämpfen gegen Imperialismus und Krieg« verabschiedet und erste organisatorische Absprachen getroffen.

Regionale Vorbereitungskomitees

TeilnehmerInnen des Gründungstreffens in Berlin aus Bayern, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Hamburg und Berlin kündigten an, in ihren Regionen zu Treffen einzuladen. Hier müsse es zunächst darum gehen, über die Idee des Festivals zu informieren und dafür zu werben, denn welcher Jugendliche verbindet heute etwas mit dem Begriff Weltfestspiele? Zur Ersten Hilfe sei ein Blick auf die Seite www.weltfestspiele.de empfohlen.

Bundesweites Vorbereitungskomitee für die
16. Weltfestspiele der Jugend und Studierenden
c/o IGM Bezirk BBS Alte Jakobstr. 149 10969 Berlin



Weltsozialforum ruft zu Weltfestspielen auf

In einem "Aufruf der sozialen Bewegungen" haben sich zahlreiche Organisationen vom Weltsozialforum in Porto Alegre aus an die Weltöffentlichkeit gewandt und zu Aktionen gegen Krieg, Neoliberalismus und Ausbeutung aufgerufen. Bestandteil dieses Appells ist auch ein Aufruf zu den 16. Weltfestspielen der Jugend und StudentInnen 2005 in Venezuela.

Wörtlich heißt es neben zahlreichen anderen Forderungen in dem Aufruf: "Wir unterstützen den Aufruf zur Mobilisierung am 17. November, dem Internationalen Tag der Studierenden, gegen die Privatisierung und Transnationalisierung der Bildung. In Solidarität mit Venezuela ist die Jugend der Welt aufgerufen, an den 16. Weltfestspielen der Jugend und StudentInnen in Venezuela vom 7. bis 15. August teilzunehmen."

Jugendliche aus 15 Ländern berieten Vorbereitung der Weltfestspiele

Europäisches Treffen der Nationalen Vorbereitungskomitees in Prag

Vertreterinnen und Vertreter der Nationalen Vorbereitungskomitees aus 14 europäischen Ländern und den USA berieten in Prag über die weiteren Planungen und Mobilisierungsmaßnahmen für die 16. Weltfestspiele der Jugend und StudentInnen. Weitere Komitees entschuldigten sich, arbeiten aber ebenfalls bereits aktiv an der Vorbereitung.

Derzeit gibt es neben dem deutschen Bundesweiten Vorbereitungskomitee in Europa ähnliche Zusammenschlüsse in Schweden, Dänemark, Großbritannien, Russland, Tschechien, Frankreich, Österreich, Ungarn, Portugal, Griechenland, Belgien, Spanien und Zypern - die in Prag vertreten waren - sowie in der Türkei, Irland, Italien, Norwegen und der Ukraine, die an der Konferenz nicht teilnehmen konnten. Hinzu kamen Vertreter aus den USA, die traditionell im Weltbund der Demokratischen Jugend (WBDJ) eine gemeinsame Regionalorganisation mit den europäischen Verbänden bilden. Die Komitees bestehen aus fünf bis 45 Organisationen, größtenteils aus dem linken und gewerkschaftlichen Spektrum.

Vertreter der venezolanischen Gastgeber informierten über die intensive Vorbereitungsarbeit, die in Venezuela begonnen hat. Ihre Vorschläge sind, die Delegierten in den zentralen Universitätsmensa zu verpflegen, für den Transport in der Stadt die Metro zu nutzen (was angesichts des allgegenwärtigen Chaos auf den Straßen von Caracas sehr vernünftig klingt) und entsprechend die Unterbringung und Veranstaltungsorte entlang der Metrolinien zu organisieren.



Die europäischen Vorbereitungskomitees waren sich einig, den Kampf gegen den Sozial- und Demokratieabbau sowie für den Frieden in den Mittelpunkt der von ihnen in das Festival eingebrachten Inhalte zu stellen. Wichtig war allen, das Festival mit den Kämpfen vor Ort zu verbinden. deshalb soll auch kein europäischer Aufruf verfaßt werden, sondern die gemeinsame europäische Mobilisierung über zentrale Slogans und Logos organisiert werden.

Eine weitere wichtige Rolle spielen für die europäischen Delegationen die 60. Jahrestage der Befreiung vom Faschismus, der ersten Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki sowie der Gründung des WBDJ.

Über eine internationale Sammlung von Mitteln für den Solidaritätsfonds wollen die Delegationen jungen Menschen aus Osteuropa eine Reise nach Venezuela ermöglichen, die sich die

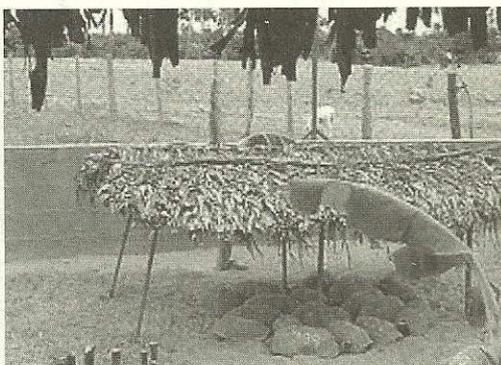
weite Reise sonst nicht leisten könnten. Erste Absprachen gab es über eine enge Zusammenarbeit bei der Anreise. Angedacht ist, von drei großen europäischen Flughäfen aus gemeinsam nach Venezuela zu reisen. Die Angebote der Fluggesellschaften und Reiseveranstalter sollen international verglichen werden.

jW-Leserreise. Veranstalter »Profil Kuba Reisen« zieht positive Bilanz. Stoff für Gegenöffentlichkeit und Diskussionen zur Intensivierung der politischen Arbeit

Zwei Wochen Venezuela

Die Reise (vom 5. bis 19. 11.) begann und endete im Hotel »Anauco Hilton«. Der wuchtige Betonklotz am Parque Central im Geschäftszentrum von Caracas bot beide Male nicht nur den drei Dutzend deutschen Gästen Unterkunft. Hier sind auch die kubanischen Ärzte und Techniker untergebracht, bevor sie in den Armenvierteln der Hauptstadt solidarische Hilfe leisten. Für die rechte Opposition aber ist ihre Präsenz reiner Horror.

Als das früher privat betriebene »Anauco Hilton« wegen horrender Steuerschulden im vergangenen Jahr zunächst dem venezolanischen Staat und dann dem kubanischen Tourismusunternehmen Cubanacan übergeben wurde, war das Geschrei der Rechten groß. »Die kubanisch-castristische Invasion hat nun eine offizielle Schlafstätte«, hieß es damals auf oppositionellen Internetseiten. Eine Gruppe mit dem Namen »Demokratische Militärs« mutmaßte, daß »der sechste Stock des Hotels von kubanischen Technikern besetzt« sei. Schließlich seien »auf dieser Eta-



Auf dem Land

Foto: Gobiernoenlinea

ge die Zimmer bei geschlossenen Vorhängen Tag und Nacht beleuchtet«. Für die Oppositionellen ein klarer Beleg: Großflächige Apparate würden aufgestellt, um die Telefone der wohlhabenden Nachbarschaft abzu hören. Zudem könnten die Kubaner von den Balkonen aus das Feuer auf »demonstrierende Frauen und Kinder« eröffnen.

Logischerweise entbehren solche Thesen jeglichen Realitätssinns. Doch in Anbetracht der offensichtlichen Beobachtung des Hotels durch Chávez-Gegner ließ auch mancher Gast aus Deutschland die Fenstervorhänge lieber geschlossen.

Von der Opposition war während der Rundreise sonst wenig zu spüren. Für einige Teilnehmer zu wenig, denn eben mit Oppositionsmeinungen würde man schließlich in Debatten über Venezuela auch in Deutschland konfrontiert. Ein durchaus kontroverses Thema. Der Konsens schließlich bestand darin, bei künftigen Reisen Diskussionsrunden zu einem konkreten Thema in das Programm aufzunehmen.

Während dieser ersten Reise zur »bolivarianischen Revolution« standen die Treffen mit der Basis im Vordergrund. Hier galt es für manchen Solidaritätsreisenden, das Bild von der »Revolution« zu berichtigen. Nicht die Regierung Chávez steht hinter dem »Prozess«, wie es in der Gruppe bald nur noch

hieß, sondern die Basis. Beispiele dafür gab es viele. Der Rentner im Stadtteil Caricuao etwa, der einen Raum neben seinem Wohnzimmer für die kubanische Zahnärztin zur Verfügung stellt. Oder der Lehrer im berühmten Drogenviertel Punto Salinas, der den Jugendlichen aus der Nachbarschaft mit Musik- und Kunstkursen eine andere Perspektive als die

der Gewalt bieten will. Diese Menschen sind es, die den sozialen Umbruch tragen. Und sie sind es, die auf die Regierung Druck ausüben.

Jürgen Steidinger ist gerade von diesen Erfahrungen begeistert. Der Entwicklungshelfer lebt seit vielen Jahren in Nicaragua und mußte dort auch das Scheitern der sandinistischen Bewegung miterleben. »Die Revolution in Nicaragua wurde durch den Krieg der Contras ausgebremst«, sagt er. »In dessen Verlauf hatte jede Familie Opfer zu beklagen.« Auch sei das sandinistische Nika-

ragua durch Krieg und Embargo ausgehungert worden. »Das sieht in Venezuela durch die Möglichkeit der Selbstversorgung besser aus«, so Steidinger, der auch in der Beteiligung des Mittelstandes eine Chance sieht. Steidinger und andere Teilnehmer der Reise wollen Venezuela gerade aufgrund solcher Erfahrungen weiter aktiv unterstützen.

»Dabei geht es weniger um materielle Hilfe wie im Fall von Kuba«, meint der EDV-Techniker Rainer Schulze aus München. In der bayrischen Landeshauptstadt war noch kurz vor Reisebeginn Anfang November mit Beteiligung des örtlichen PDS-Verbandes eine Gruppe des Solidaritätsbündnisses »Venezuela Avanza« ins Leben gerufen worden. Ihre Aktivisten wollen in erster Linie eine Gegenöffentlichkeit zu den oft verfälschten Informationen über die politische Realität in Venezuela liefern - vor allem in Parteien, Nichtregierungsinstitutionen und Gewerkschaften.

Nicht zuletzt deshalb zieht auch Barbara Köhler eine positive Bilanz der zwei Wochen in Venezuela. Sie hat die Gruppe für den Veranstalter »Profil Kuba Reisen« begleitet. »Ich denke, daß wir in den vergangenen zwei Wochen wertvolle Erfahrungen sammeln konnten«, sagt sie. Die Teilnehmer hätten einen konkreten Einblick in das Geschehen bekommen »und so verstehen können, was den Menschen hier wirklich fehlt: Solidarität«. »Profil Kuba Reisen« will das Pilotprojekt daher in Zusammenarbeit mit junge Welt ausbauen. »Schließlich werben die meisten Reiseanbieter mit der beeindruckenden Natur Venezuelas«, sagt die Organisatorin. Dabei sei das Schönste der Kontakt zu den Menschen gewesen, »und die Erfahrung zu sehen, wie viele Verbesserungen in Venezuela mit wenigen Mitteln erreicht werden.«

JW 23.11.
Harald Neuber

Venezuela im Umbruch - ein Kaleidoskop

Die politische Entwicklung seit 1998

Venezuela hat die Konsequenzen neoliberaler Politik seit Jahrzehnten über sich ergehen lassen müssen. In diesem ursprünglich sehr reichen Land (fünftgrößter Ölexporteur der Welt!) leben ca. 80% der Einwohner in bitterer Armut, während Reichtum und Einfluss der kleinen Oberschicht für Europäer kaum vorstellbar sind. Mehrere Volksaufstände der Armen werden in den achtziger und neunziger Jahren militärisch niedergeschlagen: Tausende von Toten.

1998 wird Hugo Chávez zum Präsidenten Venezuelas gewählt, vor allem mit Stimmen aus den Elendsvierteln, weil er die Öleinnahmen allen Venezolanern zukommen lassen will. Seine Regierung startet u.a. ein kostenloses Alphabetisierungsprogramm und ruft eine flächendeckende Gesundheitsversorgung der Armenviertel ins Leben. Diese wird mit Hilfe von über 10.000 kubanischen Ärzten realisiert, die in den Armenvierteln leben und die Bedürftigen kostenlos versorgen.

Mittlerweile hat die Regierung unter Hugo Chávez neun demokratische Wahlen und Abstimmungen gewonnen, darunter die Volksabstimmung über eine neue Verfassung, in der u.a. festgeschrieben wird, dass die Ölindustrie nicht privatisiert werden darf.

2002 führt die Opposition im Verein mit den privaten Medien, dem US-Geheimdienst, der obersten Kirchenleitung und der Industrievertretung einen Putsch durch, bei dem alle greifbaren Regierungsmitglieder verhaftet werden, einschließlich Hugo Chávez. Dieser Putsch scheitert bereits nach zwei Tagen durch einen Volksaufstand vor allem der Armen. Die Putschisten flüchten in die USA. 2003 legt die Opposition die Ölindustrie lahm, um die Regierung zum Rück-



Merida

Foto: Azzellini

tritt zu zwingen. Aber auch dieser Versuch scheitert.

Im August 2004 wird Präsident Hugo Chávez in einem Referendum mit über 59% der Stimmen im Amt bestätigt. Die Regionalwahlen im Oktober 2004 führen zu gewaltigen Gewinnen der Chávez-Regierung, die nun 21 von 23 Teilstaaten regiert. Beide Abstimmungen werden von internationalen Wahlbeobachtern bestätigt. *Albert Köstler*

Erdöl in Volkes Hand

Nach der Sabotage der Förderanlagen durch die Opposition wird auch Yagua von Armee und Freiwilligen bewacht. Notizen von der jW-Leserreise

Kurz hinter der Einfahrt zur Ölanlage Yagua ist die Reise erst einmal zu Ende. So

lange kein Sicherheitspersonal vor Ort ist, darf niemand das Herzstück der Verteilerstation nahe Valencia im Bundesstaat Carabobo westlich von Caracas betreten. »Sicherheitspersonal«, das ist hier ein Synonym für die Armee. Nachdem die rechte Opposition im April 2002 mit einem blutigen Putschversuch gescheitert war, versuchte sie, die Regierung von Präsident Hugo Chávez im Dezember 2002 über die Sabotage der Erdölindustrie in die Knie zu zwingen. Werksleitungen und höhere Angestellte stoppten in der Nacht zum 7. Dezember 2002 landesweit die Produktion, oppositionelle Politiker riefen über die von ihnen kontrollierten Medien zur gewaltsamen Blockade der Tankwagen und zur Zerstörung von Maschinen auf. »Noch heute haben wir mit Schäden an den Anlagen zu kämpfen«, sagt Yagua-Geschäftsführer Pedro Hernández im Gespräch mit jW.

Wie ein gutes halbes Jahr zuvor hatte die Opposition im Dezember 2002 die Rechnung ohne die Bevölkerung gemacht. Zu Tausenden strömten die Menschen zu den Erdölanlagen im ganzen Land, um sicherzustellen, daß der Reichtum Venezuelas nicht länger einer kleinen Kaste überlassen wird. Das rettete der Regierung das Überleben, denn trotz der raschen Isolierung der Saboteure brach die normale Förderung von täglich rund 3,3 Millionen Barrel während der wochenlangen Konfrontation massiv ein. Glück im Unglück war der gleichzeitige Anstieg des Ölpreises auf dem Weltmarkt. Dadurch konnten die effektiven Verluste relativ gering gehalten werden. Venezuelas Volkswirtschaft hängt zu gut 50 Prozent vom Erdöl ab.

Die Konfrontation mit der putschistischen Direktion der Yagua-Anlage verlief vergleichsweise sanft. Weil kaum Arbeiter die als »Streik« deklarierte Sabotage unterstützten, hatte die Werksleitung die Verteilerstation einfach stilllegen lassen. »Als wir die Anlage erreichten«, erinnert sich Pedro Hernández, »fanden wir gerade einmal einen Feuerwehrmann vor.« Der Mann hatte seinen Posten mehr aus Pflichtgefühl gehalten. Binnen weniger Tage bildeten Anwohner aus Valencia und den umliegenden Orten eine provisorische Werksleitung. Sie nahm die Arbeit der komplizierten Anlage Schritt für Schritt in manuellem Betrieb wieder auf. Eine halbe Million Barrel Benzin und Diesel stehen heute in zwölf Lagertürmen zur Abholung bereit. Produziert wird der Treibstoff in der nahegelegenen Raffinerie »El Palito«. Derzeit verlassen rund 50 000 Barrel pro Tag das Yagua-Gelände, mit denen die Tankstellen in fünf Bundesstaaten versorgt werden.

Knapp zwei Jahre nach den Auseinandersetzungen um die venezolanische Ölindustrie besteht die Belegschaft in Yagua zu 90 Prozent aus neuem Personal, »Revolutionäre«, wie Hernández sagt. Die befinden sich aber vor allem vor den Toren der Anlage. Dort campieren gut zwei Dutzend Männer, die mit Holzknüppeln bewaffnet und eisernem Willen seit dem 7. Dezember 2002 Tag und Nacht bereitstehen, um Yagua gegen neuerliche Angriffe zu verteidigen. Zwar werden die Ölanlagen Venezuelas inzwischen von der Armee geschützt, doch die Aktion hat eine hohe symbolische Wirkung.

Es dauert eine gute halbe Stunde, bis der Reisebus mit den Deutschen in die Anlage fahren darf. Die Sicherheitsbestimmungen sind streng, weil die Gefahr trotz des Machtverlustes der Putschisten noch lange nicht gebannt ist. Erst im Mai konnte ein Kommando kolumbianischer Paramilitärs in Venezuela enttarnt und unschädlich gemacht werden. Zu ihren potentiellen Zielen gehörten Regierungsinstitutionen - und Erdölanlagen. Das Vorgehen der Opposition weist damit nicht nur Parallelen zum Verlauf des Putsches gegen die Regierung Allende 1973 in Chile auf. Nachdem die einstige Kleptokratie in Politik und Wirtschaft Venezuelas isoliert werden konnte, orientieren sich die Aktionen der Chávez-Gegner zunehmend an dem antikommunistischen Kampf gegen die

kubanische Regierung. Auch in diesem Terrorkrieg gehörten Bombenattentate gegen zivile Ziele zum Standardrepertoire.

Für Werksleiter Hernández ist trotz der Sorgen um die Sicherheitslage vor allem der politische Neuanfang des staatlichen Ölunternehmens PDVSA wichtig. »Früher war das Unternehmen trotz der Verstaatlichung 1976 ein schwarzes Loch, in dem die Einnahmen aus dem Ölgeschäft zu Milliardenden verschwanden«, berichtet er. Nach der Übernahme der Yagua-Anlage etwa sei die Werksleitung um 30 Prozent reduziert worden, »weil einige Posten offensichtlich nur geschaffen wurden, um Gehälter zu beziehen«, so Hernández.

Nach Jahrzehnten der kleptokratischen Herrschaft über den venezolanischen Öltreichtum gehört es zu den zentralen Projekten der Chávez-Regierung, die Öldividende den zahlreichen Sozialprogrammen zukommen zu lassen. Die Neuorganisation des Staatskonzerns PDVSA ist dafür unabdingbar. »Sie ist aber noch lange nicht abgeschlossen«, gesteht Hernández ein. Noch immer sei das Unternehmen von Regierungsgegnern durchsetzt, »von denen eine weitere Demokratisierung verhindert wird«.

Harald Neuber, jW

Die Sprache der Mauern

Der politische Konflikt im Land spiegelt sich auch im Straßenbild wider. Politische Parolen und Bilder sind hier allgegenwärtig. Notizen von der jW-Leserreise

Das »Festival der Poesie« in Mérida im Westen Venezuelas sollte ein zentrales Ereignis der Literaturbranche des Landes im Jahr 1986 werden. Hunderte Intellektuelle aus dem In- und Ausland waren an die »Universität der Anden« geladen, um über die aktuellen literarischen Trends zu debattieren. Bei dem staatlich gesponserten Treffen war jedoch nur willkommen, wer mit dem autoritären Zweiparteiensystem aus Acción Democrática und COPEI in Einklang stand. Doch die oppositionellen Literaten, unter ihnen vor allem Linke, fanden schnell einen Weg, die Zensur anzuprangern. Wenige Tage vor Beginn des Festivals waren überall in den Straßen der Stadt Passagen aus Texten von Goethe, Schiller, Nietzsche, García Márquez und anderen literarischen Persönlichkeiten zu lesen. Heute erinnert sich niemand mehr an die Debatten während des Festivals, die Protestaktion bleibt unvergessen.

Politische Parolen, Graffiti, Schablonen- und Wandbilder sind heute nicht mehr nur in Mérida zu finden, sie prägen den öffentlichen Raum in ganz Venezuela. Noch drei Monate



Los Llanos

Foto: Gobiernoenlinea

nach dem gescheiterten Referendum ist vor allem in der Hauptstadt Caracas kaum eine Häuserwand oder Mauer zu finden, auf die nicht eilends ein »No« gesprüht wurde - ein Nein zum Versuch der rechten Opposition, Präsident Hugo Chávez seines Amtes zu entheben.

Politische Graffiti waren zu jeder Zeit und überall ein Zeichen für Presse- und Meinungsfreiheit. Die Absurdität in Venezuela: Es ist nicht die Regierung ist, die diese Grundrechte beschneidet. Auch sechs Jahre nach Beginn der »bolivarianischen Revolution« hetzen die oppositionell beherrschten Massenmedien geschlossen gegen die Regierung und grenzen jede andere Meinung aus. Trotz der zunehmenden Förderung von unabhängigen Medien durch die Regierung begegnet die chavistische Basis dem oppositionellen Medienmonopol vor allem mit den politischen Parolen in den Straßen und auf den Plätzen des Landes. In Venezuela, dessen etablierte Publikumsmedien maßgeblich von drei Verlagshäusern kontrolliert werden, gilt daher wie nie zuvor eine Parole, die während der argentinischen Diktatur in den siebziger Jahren berühmt wurde: »Die Mauern sind die Zeitungen des Volkes«. Harald Neuber, jW

Forcierte Revolution

Präsident Chávez konkretisierte Maßnahmen zur Vertiefung des bolivarianischen Prozesses. Notizen von der jW-Leserreise

Am Empfang der politischen Reisegruppe aus der BRD durch die Gemeindevertretung Guacara im Bundesstaat Carabobo konnte Bürgermeister José Manuel Flores nicht teilnehmen. Doch der Grund für sein Fehlen war gewichtig und die zwei anwesenden Stadtratsabgeordneten kein schlechter Ersatz. Flores war nach Caracas gereist, wo am vergangenen Wochenende ein zweitägiges Arbeitstreffen der bolivarianischen Bürgermeister und Gouverneure stattfand, die am 31. Oktober gewählt wurden. Die Mandatsträger kamen in der Hauptstadt mit dem venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez, Vizepräsident José Vicente Rangel, einigen Ministern und chavistischen Abgeordneten aus der Nationalversammlung zusammen, um die Leitlinien und Schwerpunkte der zukünftigen Arbeit festzulegen.



Bolivar und Che

Foto: Azzellini

Die neue Etappe nach den Regionalwahlen, so Chávez, stelle konzeptionell eine »Revolution in der Revolution« dar. »Es geht um eine Vertiefung des Prozesses«, ergänzte der Informations- und Kommunikationsminister Andrés Izarra in einer anschließenden Erklärung an die Presse, »die substantielle Veränderungen im gesamten venezolanischen Gesellschaftssystem mit sich bringen wird«.

Die wohl wichtigste Neuerung ist, daß alle Kandidaten der chavistischen Bewegung für öffentliche Ämter in Zukunft von der Basis in Vorwahlen bestimmt werden sollen. Der Präsident schloß sich auch selbst mit ein und kündigte an, seine Kandidatur zu den Präsidentschaftswahlen 2006 durch die Basis vorab bestätigen zu lassen. Der Schritt war notwendig, weil einige Kandidaten für die vergangenen Bürgermeister- und Gouverneurs-

wahlen »von oben« ernannt worden waren. Einige Kandidaturen hatten dabei für Unmut an der Basis gesorgt. Diese Differenzen hatten auch bei den zahlreichen Gesprächen der deutschen Reisegruppe in den Armenstadtteilen Venezuelas eine Rolle gespielt.

Gemäß der Beschlüsse vom Wochenende soll zudem jeder Gouverneur und Bürgermeister innerhalb eines Monats einen Aktionsplan präsentieren. Dieser müsse inhaltlich mit den Positionen der Basisgruppen abgestimmt sein. Wichtig sei in diesem Zusammenhang auch die flächendeckende Einführung der gesetzlich vorgesehenen »lokalen öffentlichen Planungskomitees« (CLPP), die sich direkt an der Planung der Gemeindehaushalte beteiligen.

Die zur Mobilisierung zum Referendum am 15. August um die Amtsenthebung des Präsidenten gegründeten »Einheiten zur Wahlschlacht« (UBE) sollen zur Vertiefung

der sozialen Transformation in »Einheiten zur endogenen Schlacht«, ebenfalls UBE, umgewandelt werden. Die UBEs wurden nach einem Aufruf von Chávez direkt von der Basis gegründet. Am besten funktionieren sie dort, wo man sich gegen die Versuche der lokalen Vertreter der Regierungsparteien zur Wehr setzen konnte, den UBEs eine politische Leitung vorzusetzen.

Den UBEs kommt nun die Aufgabe zu, gezielt die interne Entwicklung des Landes auf politischer, wirtschaftlicher und kultureller Ebene zu forcieren. Auch die Arbeit der diversen »Regierungsmissionen« im Bereich Gesundheit, Bildung und Förderung kollektiver Arbeits- und Besitzformen werde nun, so Chávez, intensiviert werden. Initiativen, denen selbst viele von der Regierung nicht überzeugte Venezolaner hohe Anerkennung zollen.

Dario Azzellini, Caracas

Hände weg von Venezuela!

Solidarität mit der demokratisch gewählten Regierung Chávez!

Angeblieh geht es wieder einmal um die Verteidigung von Demokratie und Menschenrechten. Tatsächlich wird ein neuer Krieg um Öl und Maximalprofite vorbereitet. Venezuela, das seit Amtsantritt der Regierung Chávez einen alternativen Entwicklungsweg zum neoliberalen Kapitalismus verfolgt, steht seit Jahren im Fadenkreuz der Bush-Administration. Waffen und sehr viel Geld wurden und werden zur Unterstützung einer sich "demokratisch" nennenden Opposition geliefert, die bereits einmal versucht hat, die mit großer Mehrheit gewählte Regierung durch einen Militärputsch aus dem Amt zu treiben. Auch mit deutschem Steuergeld finanzierte Einrichtungen wie die Adenauer-Stiftung kooperieren eng mit militanten Anti-Chávez-Aktivistinnen.

Der Putschversuch vom April 2002 zerbrach an der immensen Unterstützung, die Chávez unter der armen Bevölkerung Venezuelas genießt. Auch der Versuch der Opposition im Winter 2002/03, das Land durch Sabotage und Produktionsboykott ökonomisch zu destabilisieren, führte nicht zu dem von ihr gewünschten Erfolg.

Im letzten Jahr hat sich die venezolanische Wirtschaft wieder spürbar erholt. Zugleich hat die Regierung Chávez ihr fortschrittliches soziales Reformprogramm ausgebaut. Während unter neoliberaler Agenda Bildung und Gesundheit selbst in den Industrieländern wieder zu einer Frage des persönlichen Geldbeutels werden, investiert das neue Venezuela Millionen in den Aufbau einer kostenlosen Gesundheitsversorgung und in die Verbesserung des kostenfreien staatlichen Bildungssystems. Zentrum des Engagements der Chávez-Regierung ist die Umverteilung der Einnahmen aus der staatlichen Erdölindustrie von oben nach unten.

Die von Chávez eingeführte neue venezolanische Verfassung, die zu den demokratischsten Verfassungen der Welt gehört, bietet die Möglichkeit, Amtsträger – vom Abgeordneten bis zum Präsidenten – nach der Hälfte ihrer Amtszeit abzuberufen. Ein Abwahlreferendum muß durchgeführt werden, wenn 20 Prozent der Wahlberechtigten es fordern.

Die venezolanische Opposition, die im Dezember Stimmen für ein solches Referendum gegen Chávez sammelte, hatte ihre demokratischen Chance. Trotz der dabei aufgetretenen erheblichen Manipulationen und Fälschungen hat der Oberste Wahlrat ihr jetzt sogar eine zweite Möglichkeit eingeräumt, die angeblich gesammelten Stimmen zu bestätigen. Offensichtlich aber ist: Wesentliche Teile der Opposition setzen längst nicht mehr auf einen demokratischen Weg. Statt dessen soll das Land durch gewaltsame Ausschreitungen in eine bürgerkriegsähnliche Situation gedrängt werden, die dann entweder Chávez zur Repression zwingt oder den Ruf nach ausländischen Interventionstruppen zur "Wiederherstellung von Frieden und Ordnung" umso leichter macht. Die Opposition ruft bereits und Bush wird sich nicht lange bitten lassen. . .

Wir fordern: Hände weg von Venezuela! Schluß mit Interventionismus, militärischer Erpressung und neokolonialer Kriegspolitik in allen Teilen der Welt!

Wir verlangen von der Bundesregierung: Unterstützen Sie die demokratisch gewählte Regierung Chávez gegen gewaltsame Destabilisierungsversuche von innen und Kriegsdrohungen von außen! Schluß mit der Unterstützung militanter venezolanischer Oppositioneller durch deutsche Einrichtungen!

Stopp! alle offenen und verdeckten US-Interventionen in Lateinamerika! Solidarität mit der verfassungsmäßigen Demokratie in Venezuela!

Initiatoren der Unterschriftensammlung: Rosi Itha Yildiz, Sahra Wagenknecht, Winfried Hansch, Frank Liebholdt, Gerhard Mertschenk, Victor Perli, Peter Stobinski; Sprecher des Solidaritätsbündnisses "Venezuela avanza";

Kontakt: info@venezuela-avanza.de

UNTERSCHRIFTENLISTE

Ja, ich unterstütze den Aufruf »Hände weg von Venezuela!«

Name, Vorname	Adresse	Interesse an weiteren Infos über Venezuela? (Falls ja, bitte E-mail-Adresse)	Unterschrift

V. i. s. d. P Sprecherrat des Solidaritätsbündnisses "Venezuela avanza"; mehr Info.: venezuela-avanza.de

Rede des Präsidenten der Bolivarischen Republik Venezuela Hugo Rafael Chávez Frías

beim Weltsozialforum in Porto Alegre, Gigantinho-Stadion, 30. Januar 2005

Welche Freude! Welche Jugend! Welche Bewegung ist hier im Gigantinho-Stadion zu spüren! Eine Umarmung aus meiner tiefsten Seele euch allen. Eine Umarmung von Herzen euch allen, Männern, Frauen, Mädchen, Jungen aus Brasilien, aus Lateinamerika und der Karibik, aus Nordamerika, Asien, Afrika, Europa. Lasst uns von hier aus unseren Gruß an die Völker der Welt senden. Von uns allen, die wir von einer besseren, möglichen und notwendigen Welt träumen und für sie kämpfen. An die Völker, die kämpfen, an die Völker, die träumen - so wie wir und gemeinsam mit uns. (...)

Wir übertragen diese Veranstaltung für Venezuela live und direkt. Wir senden auch für Mittelamerika und Südamerika. Ich versichere euch, auf jeden Fall guckt uns ein Typ in Cuba zu, der heißt Fidel Castro. Da bin ich mir ganz sicher. Wie geht's, Fidel? Wie steht's? Ich bin mir ganz sicher, denn er hat mich angerufen. Er hatte seit 15 Uhr gewartet und wollte von mir wissen: Wann sprichst du denn nun? Und ich sagte ihm, er müsse noch warten, ich hätte hier ein volles Programm. (...)

Die Giganten dieser Erde sind die Völker und ganz besonders die Jugendlichen. Einen Gruß an die Jugend! Hebt eure Hände, Jugendliche! Die Jugend! Wie sagte doch Ernesto Guevara, der Che: "Die Gegenwart bedeutet Kampf, doch die Zukunft gehört uns." Die Zukunft gehört euch, Mädchen und Jungen. Machen wir uns auf den Weg zu ihr, die Zukunft gehört euch. Sie gehört schon nicht mehr uns, sondern euch. Und da wir gerade von der Zukunft sprechen, möchte ich den Organisatoren danken, Cándido, Joao, euch allen. Seht her, wer mich an die Hand genommen und hergebracht hat: eine brasilianische Frau, eine Bäuerin, eine Landarbeiterin der Landlosenbewegung. Sie steht kurz vor der Entbindung, sie hat einen wunderschönen Bauch, den Bauch einer im siebten Monat Schwangeren. Sie heißt Sonia. Danke, Sonia, danke für diese Geste. Denn außerdem trägt sie in ihrem Inneren die Zukunft dieses Landes, die Zukunft unseres Traumes. Die Kinder sind die Saat.

Diese andere Arbeiterführerin, Ana Manuela, hat ein Gedicht vorgetragen, das die Herzen berührt. Sie hat uns eingeladen, uns zu verschwören. Nun gut, verschwören wir uns also, betreiben wir eine Verschwörung. Ich schließe mich Ana Manuela an, damit wir diese Verschwörung weltweit machen. Machen wir eine weltweite Verschwörung, eine wirkliche anti-imperialistische, antineoliberale und antihegemoniale Verschwörung.

Ignacio Ramonet, ein guter Freund, wie ich ja schon sagte, hat mir die Ehre erwiesen und mich außerdem verpflichtet mit all dem, was er gesagt hat. Aber er sagte, Hugo Chávez sei ein Anführer neuen Typs. Ich akzeptiere das, Ignacio, vor allem, wenn es aus einem so strahlenden Bewusstsein wie dem deinen kommt. Ignacio Ramonet Dixi, ich habe natürlich gedacht, dass ich ein Anführer neuen Typs bin, aber geprägt von einigen alten Typen. Man geht immer von den Ideen einiger alter Typen aus, einige sogar sehr alt, wie zum Beispiel Christus. Das ist ein alter Typ, er ist

ja schon zwanzig Jahrhunderte alt. Christus, der wirkliche Christus, der Erlöser der Armen, ist einer der größten antiimperialistischen Kämpfer, einer der größten Revolutionäre der Weltgeschichte. Jesus von Nazareth, dieser alte Typ beeinflusst uns. (...)

Du sprachst von einem alten Typen, Simón Bolívar, einem Typ, der durch diese Länder zog und ein Volk mit Hoffnung erfüllte, ein Volk, das mit ihm ging und ein Volk, das ihn zum Befreier machte und er machte dieses Volk zum Befreier. Beide machten sich zu Befreier. Hier lässt man sich auch von einem anderen alten Typ inspirieren, der in Brasilien geboren wurde. Einem unendlichen Revolutionär, dem ich immer Ehre erweise. Er war ein großer Compañero dieses anderen alten Typs, Bolívar. Ich spreche von José Ignacio Abre E'Lima, ein Brasilianer aus Pernambuco, ein Revolutionär, ein Sozialist, ein Bolivarianer.

Man lässt sich beeinflussen von anderen Typen, von alten Typen wie jenem asthmatischen argentinischen Arzt. Jener Muchacho, der unseren Kontinent per Motorrad bereiste, dann nach Mittelamerika ging und die Invasion der Gringos 1955 in Guatemala miterlebte, eine dieser unzähligen Invasionen, die der nordamerikanische Imperialismus über diesen Kontinent gebracht hat. Jener mexikanische Präsident hatte recht, als er, da hatte er wahrscheinlich schon zwei Tequila getrunken, seine Pistole zog und drei Schüsse in die Luft abgab - Peng, Peng, Peng - und dann ausrief: "Armes Mexiko - so weit entfernt von Gott und so nah an den Vereinigten Staaten!" Jener alte Typ also, der später in die Sierra Maestra ging und später ging und zurückkehrte und für immer unter uns blüht, wie es das Lied von Alí Primera, dem großen venezolanischen Sänger, sagt:

"Comandante Che, sie haben dich getötet

Aber in uns bleibt

Für immer deine Erinnerung

Die vom Ruhm geformten Flussbetten

Zwischen Tälern und Bergen bewegend

Tragen für immer dein Bild als Guerillero in das Tal

Und dein Blut fließt in unseren Adern

Und bewegt die lateinamerikanischen Herzen"

Che Guevara. Von diesem Typen lassen wir uns inspirieren. Che Guevara. Wir lassen uns von alten Typen beeinflussen. Einige von ihnen waren Zivilisten, andere Soldaten. Der Che war ein militärischer Ziviler. Es gab Militärs alten Typs wie meinen General Omar Torrijos, den nationalistischen Präsidenten des revolutionären Panama. Mein General Juan Velasco Alvarado, der Präsident Perus, Führer des Inka-Plans und der nationalen peruanischen Revolution. Wir sind beeinflusst von Luis Carlos Preste, diesem Ritter der Hoffnung. Es lebe Preste!

Wir sind auch inspiriert von alten Typinnen, denn es gibt hier auch Typinnen, einige Typinnen. Eine Typin wie jene, die Bolívar unendlich liebte und sie die Befreierin des Befreiers nann-

te. Sie war aus Quito und schön. Sie sah schön aus und schön war, dass sie eine Revolutionärin war, meine Frau Oberst Manuela Sáenz, die Befreierin des Befreiers, die Kämpferin in der Schlacht von Ayacucho vor 180 Jahren. Bis zum Cerro Condor, bis in das Tal der Toten kam Manuela durch ihre Liebe zur Heimat, zur Revolution und für Bolívar.

Manuela war so patriotisch und liebte Bolívar so sehr, dass sie ihren Ehemann verließ und diesem einen Brief schrieb: "Ich verabschiede mich von dir, mein Schatz, ich gehe mit diesem Mann, der ein Wirbelsturm ist." Und sie ging, sie zog in den Krieg. Sie war eine Revolutionärin. (...)

Nun gut, von dieser Typin lassen wir uns auch beeinflussen, von vielen alten Typen und Typinnen. Einige sind schon gestorben und andere nicht. Es gibt einen alten Typ, der uns seit vielen Jahren beeinflusst, er trägt einen Bart. Vor kurzem, als er dachte, er sei noch Zwanzig, fiel er hin und brach sich sein Knie in acht Teile, aber er läuft schon wieder wie immer. Man lässt sich inspirieren von diesem alten Typ, der Fidel Castro heißt. Von alten Typen wie Abreu E'Lima, Artigas, San Martín, O'Higgins, Emiliano Zapata, Pancho Villa, Augusto César Sandino, Morazán lassen wir uns inspirieren. Sie alle haben eine Aufgabe übernommen, und hier und heute verstehe ich sie aus tiefstem Herzen, denn wir haben diese Aufgabe von ihnen übernommen. Und sie alle, Tupac Amará, Guacaipuro und alle diese alten Typen: sie sind zurückgekehrt.

Einer dieser alten Typen sagte etwas als er starb. Sie ermordeten ihn, sie zerstückelten ihn. Der Imperialismus war immer schon grausam. Es gibt keinen guten oder schlechten Imperialismus, jede Form von Imperialismus ist irrsinnig, grausam, pervers, egal, wie er sich darstellt. Diesen Indio banden sie zwischen Pferde, und eines zog nach hier und ein anderes zog nach dort, bis sie ihm die Arme und Beine ausrissen. Als er spürte, dass er starb, es nicht mehr aushielt, stieß er einen Schrei aus: "Heute sterbe ich", schleuderte er den Imperialisten entgegen, die ihn umbrachten. "Heute sterbe ich, aber eines Tages kehre ich millionenfach zurück!" Und Atahualpa ist millionenfach zurückgekehrt. Tupac Amará ist millionenfach zurückgekehrt. Bolívar ist millionenfach zurückgekehrt. Sucre und Zapata sind millionenfach zurückgekehrt. Hier sind wir, und sie sind bei uns.

Nun gut, ich möchte jetzt in diesem Stadion Gigantinho etwas sagen. Zunächst möchte ich mich für die Einladung bedanken, und zum Zweiten fragen: Warum bin ich hier? (...)

Ich bin hier, weil ich gemeinsam mit meinen Compañeros und Genossen der venezolanischen Delegation, die mich begleiten, lernen und nochmals lernen möchte. Wir möchten lernen, uns mit noch mehr Leidenschaft, noch mehr Liebe, noch mehr Wissen wappnen, und wir haben uns auf die Suche gemacht. Denn was wir in Venezuela in aller Bescheidenheit machen, ist nicht mehr als ein Experiment. Und wie jedes Experiment muss es immer genau überwacht werden. Es muss geprüft werden, ►

wie das Experiment verläuft, genauso, als wenn wir in einem Labor chemische Experimente machen würden. Es ist ein Experiment, eine Probe, und offen für alle die wunderbaren Erfahrungen, die in der Welt gesammelt werden.

Das Weltsozialforum von Porto Alegre hat sich in diesen fünf Jahren, in diesen fünf Ausgaben zu einer festen Plattform für Debatten und Diskussionen entwickelt, eine breite, reichhaltige Plattform, auf der sich der größte Teil der Ausgeschlossenen, derjenigen, die in den Zimmern der Macht keinen Stimme haben, ihre Stimme erheben kann - um zu protestieren, um zu singen, um zu sagen, wer sie sind und was sie wollen, um ihre Gedichte, Lieder, Hoffnungen vorzutragen, um Übereinstimmungen zu suchen.

Ich bin deswegen hier und aus vielen weiteren Gründen. Ich bin auch hier, um mich im Namen des venezolanischen Volkes zu bedanken für die Solidarität, für all die Gesten der Unterstützung, die von hier ausgegangen sind. Und viele der hier Vertretenen sind auch immer wieder nach Venezuela gekommen, in das in den letzten Jahren vom Imperialismus angegriffene Venezuela, in das bolivarianische Venezuela. Deshalb vielen Dank. Ich bin auch hier, um euch diesen Dank unseres Volkes zu übermitteln.

Auf der anderen Seite, Compañeros und Compañeros, fühle ich mich hier in keinsten Weise als Präsident. Ich bin hier nicht als Präsident. Das mit dem Präsidentsein ist nur ein Umstand. Ich bin kein Präsident, ich bin Hugo. Ich bin kein Präsident. Aufgrund der Umstände erfülle ich meine Rolle wie jeder seine Rolle in einer Mannschaft: wie der Torwart, der Stürmer, der Pitcher, der Catcher, der Soldat in der Vorhut oder der in der Nachhut oder wie der Arbeiter, der den Acker pflügt und der, der die Saat ausbringt und der, der schließlich die Ernte einbringt - jeder füllt schließlich eine Rolle aus. Ich bin ein Bauer, ich bin ein Soldat, ich bin ein Mensch, der überzeugt ist von diesem alternativen Projekt und von einer besseren und möglichen Welt, die notwendig ist, um diesen Planeten zu retten.

Deshalb bin ich nach Porto Alegre gekommen, ein Aktivist mehr, ein Aktivist der revolutionären Sache. Denn damit hat Ignacio Ramonet recht: Ich bin ein Revolutionär und jeden Tag bin ich mehr Revolutionär, denn jeden Tag kann ich mich mehr davon überzeugen, dass dies der einzige Weg ist, auf dem wir die kapitalistische Hegemonie brechen können. Die Hegemonie der Oligarchien dieses Planeten können wir nur auf dem Weg der Revolution überwinden, es gibt keinen anderen Weg.

Ihr wisst, die Prozesse haben alle ihre eigenen Rhythmus. Gestern haben wir in Caracas hart gearbeitet und einen wichtigen Besuch betreut, den Vizepräsidenten der Volksrepublik China und eine hochrangige Delegation, und wir haben gestern neunzehn Verträge unterzeichnet.

Die Beziehungen zwischen der bolivarianischen Revolution und der chinesischen Revolution reichen vom Untergrund bis in die Stratosphäre. Wir haben Abkommen geschlossen, von denen wir einige bereits umsetzen, um Erdöl und Gas in Venezuela zu suchen. Und wir haben auch ein Abkommen geschlossen, um in China einen Satelliten zu bauen, den wir auch von China aus ins All schicken werden, aber es wird ein venezolanischer Satellit sein. Venezu-

ela wird endlich seinen eigenen Satelliten haben.

Deshalb reichen die Abkommen vom Untergrund bis in die Stratosphäre. (...)

Ich möchte daran erinnern, dass wir in diesem Jahr, im April, den 50. Jahrestag eines sehr wichtigen Ereignisses begehen, das 1955 in Indonesien stattfand: das Gipfeltreffen von Bandung, bei dem die Bewegung der Nichtpaktgebundenen geboren wurde. Es ist gut, daran zu erinnern.

Vor 200 Jahren, 1826, lud Bolívar zum Gipfel von Panama ein, im kommenden Jahr begehen wir den 180. Jahrestag dieses Kontinentalen Kongresses von Panama, dessen Erfolg vom nordamerikanischen Imperium verhindert wurde.

Simón Bolívar war also der erste, oder einer der ersten, Antimperialisten dieses Planeten. Simón Bolívar sah die imperialistische Bedrohung durch Nordamerika voraus. 1828 schrieb Bolívar diesen Satz in einem Brief an einen guten Freund, eine wirkliche Prophezeiung: "Die Vereinigten Staaten von Nordamerika scheinen von der Vorsehung dazu verdammt zu sein, die Völker Amerikas im Namen der Freiheit mit Elend zu überziehen." Das schrieb Simón Bolívar eigenhändig 1828.

Aber zurück zum Gipfeltreffen von Indonesien 1955. Dieser Gipfel wurde veranstaltet von Tito, von Nehru und von Sukarno. Es war ein Gipfeltreffen, um die Einheit der Länder und Völker vor allem Asiens und Afrikas zu begründen, und daraus ging die Gruppe der Nichtpaktgebundenen hervor, dort wurde das Bewusstsein des Südens geboren. Dort entstand die Kommission des Südens, die von dem großen afrikanischen Führer Julius Nyerere geleitet wurde. Nyerere starb kürzlich im Alter von 90 Jahren.

Die Kommission des Südens machte wichtige Vorschläge, aber dann brach die Sowjetunion zusammen, die Berliner Mauer fiel, und es folgten, wie es Joseph Stiglitz formulierte, die "glücklichen 90er". Alle waren glücklich, das Ende der Geschichte, der letzte Mensch, die technokratische Ära. Die Kommission des Südens wurde eingefroren und das Bewusstsein des Südens versank in den Tiefen des antarktischen Eises. Stattdessen überrollte uns wie eine Lawine der Konsens von Washington, der Neokolonialismus in der einige täuschenden Verkleidung als Neoliberalismus, und all die Politik des Internationalen Währungsfonds, der besonders den Ländern Lateinamerikas eine Überdosis verpasste. (...)

Ich bin zum einen natürlich gekommen, um in wenigen Worten auszudrücken, was in Venezuela vor sich geht, vor allem seit meinem letzten Besuch in Porto Alegre, damals im Januar 2003, als wir uns noch mitten in der Schlacht gegen die imperialistischen Kräfte befanden, die Venezuela angriffen, die unser Volk angriffen. Als im Januar das venezolanische Erdölunternehmen fast stillstand, als sie unsere Raffinerien, Schiffe, Förderanlagen, Elektronik, Computersysteme sabotierten. Sie versuchten, unser Volk auszuhungern. Sie wollten das Land implodieren lassen, damit die Regierung aufgeben und der Präsident zurücktreten müsste.

Nach dem Militärputsch, nach dem Terroris-

mus, nach der imperialistischen Aggression, nach der wirtschaftlichen Erdölaggression kam die Kapitalflucht. Damals im Januar 2003 trafen wir gerade die Entscheidung über die Währungskontrolle, wir hatten sie die Nacht vor meinem Besuch in Porto Alegre getroffen. Wir hatten den Verkauf des Dollar für zwei Wochen suspendiert, um in diesen zwei Wochen ein strenges Währungskontrollsystem aufzubauen. Zwei Jahre später gibt es dieses System und Venezuela wird die Kontrolle über die venezolanische Währung behalten, um das Land vor der Finanzspekulation zu schützen, vor dem vagabundierenden Kapital, das mehr als ein Land ruiniert hat.

Ein Ergebnis der Währungskontrolle ist, dass unsere internationalen Reserven auf eine Rekordsumme angestiegen sind, wir sind jetzt bei nahe 25 Milliarden Dollar.

Damals, bei dieser Gelegenheit, befanden wir uns noch mitten in der Schlacht. Nichts deutete damals ganz klar darauf hin, dass wir diese Schlacht gewinnen würden. Aber wir hatten die feste Überzeugung, dass wir es schaffen würden, starkes Vertrauen in die Antwort des Volkes, in die Antwort der Streitkräfte, in die Antwort der Erdölarbeiter, die das Erdölunternehmen schulterten und uns seine Rückgewinnung ermöglichten. Das Volk besetzte die Raffinerien und die Erdölfelder, übernahm den Erdöltransport und setzte die Industrie wieder in Bewegung. Das Volk, gemeinsam mit den Soldaten, demonstrierte der venezolanischen Oligarchie, dass sich das venezolanische Volk nicht ergibt, dass sich das venezolanische Volk niemals ergeben wird. (...)

Damals, 2003, wollten sie Venezuela über die Organisation Amerikanischer Staaten in einen Marionettenstaat verwandeln. Sie versuchten, in Venezuela einen Prokonsul zu installieren, der täglich Pressekonferenzen veranstaltete. Sie versuchten, eine Macht über der Macht oder eine übernationale Macht zu installieren, die über unseren Gesetzen, über unseren Institutionen, über unserer Verfassung stehen sollte. All dem haben wir widerstanden. Dieser imperialistische Angriff erlaubte es uns, zuerst in die Defensive zu gehen und der Aggression Widerstand zu leisten, Widerstand und wieder Widerstand, bis wir soweit waren, in die Gegenoffensive zu gehen, zum Gegenangriff überzugehen. Und so konnten wir 2003 erstmals sagen, dass Venezuela sein Erdölunternehmen zurückgewonnen hat, denn bis dahin war es immer in den Händen der venezolanischen Oligarchie und des nordamerikanischen Imperiums gewesen.

Wir gewannen die Erdölindustrie zurück, aber das war eine Schlacht, eine wirkliche Schlacht. Ein ökonomischer, sozialer, kommunikativer, technologischer, militärischer und Volkskrieg.

Das waren die Tage der Plaza Altamira und der Aufrufe zur Militärrebellion, zu einer Militärintervention der Vereinigten Staaten. (...)

Im vergangenen Jahr, 2004, konnten wir aus dem Haushalt des Erdölunternehmens Petróleos de Venezuela - nicht aus dem nationalen Haushalt, nur aus dem Haushalt der PdVSA - fast vier Milliarden Dollar für soziale Investitionen ausgeben, für die Bildung, die Gesundheit, die Mikrokredite, den Wohnungsbau. Davon profitierten vor allem die Armen, oder wie Victor Hugo sagen würde, "die Elenden". (...)



Wir aber haben ein besonderes System aufgebaut, zum Beispiel Stipendien. Wir haben alle dazu aufgerufen, und so lernt in Venezuela heute fast jeder: die Großmutter, der Großvater, der Sohn, der Enkel. Alphabetisierung. Wer die Grundschule nicht abgeschlossen hat, schließt sie jetzt ab. Ebenso diejenigen, die nicht die Mittelstufe beenden konnten. Und so sieht man jetzt Männer und Frauen im Alter von 50, 40, 20 Jahren, einige 80 oder 90 Jahre alt, die lernen mit einem Fernseher und Videos. Das ist die kubanische Methode. Alle Videos wurden in Cuba produziert, dank der Hilfe der kubanischen Revolution und dank der Beteiligung des venezolanischen Volkes.

99 Prozent dieser Personen sind arm oder sehr arm, viele von ihnen leben im Elend. Deshalb haben wir ein Stipendiensystem geschaffen. Wir finanzieren eine halbe Million Stipendien, jedes Stipendium beträgt 100 Dollar im Monat, das sind insgesamt 50 Millionen Dollar im Monat, fast sechshundert Millionen Dollar im Jahr, nur für Stipendien.

Die Neoliberalen sagen, dass sei Geldverschwendung. Nein, das ist keine Geldverschwendung. Dieses Geld haben sie früher gestohlen. Jetzt geben wir es zurück, geben den Armen die Macht, damit sie die Armut besiegen können. Und das ist nur ein Beispiel für alles was passiert als Teil der revolutionären Gegenoffensive.

2003 entstanden unter dem Eindruck der imperialistischen Aggression die Missionen und heute läuft zum Beispiel die Mission Barrio Adentro. Die Missionen sind die Form eines nationalen Kreuzzuges gegen die Probleme: Zivilisten, Soldaten, Alte, Junge, Gemeinschaften, die nationale Regierung, die lokalen Regierungen, die Basisorganisationen der Gemeinschaften.

Die Mission Barrio Adentro ist die medizinische Mission, ebenfalls vom revolutionären Cuba unterstützt. Heute gibt es in Venezuela fast zwanzigttausend kubanische Ärzte und Zahnärzte, die mit den Ärmsten zusammen leben, und venezolanische Krankenpfleger und -schwestern und Gesundheitskomitees in den Vierteln.

Heute geht der größte Teil der Kosten der Mission Barrio Adentro in die Bezahlung der Medikamente, für die die Menschen nicht einen einzigen Centavo bezahlen müssen. Und in die Unterstützung der Ärzte, in die Transportsysteme, die Kommunikationsmittel, den Bau von Ambulanzen, die Sprechstunden, die Ausrüstung, die Mannschaft, all das. Der größte Teil dieser Kosten kommt aus den Erdöleinnahmen, die früher im Ausland blieben. Es gab einen perversen Kreislauf, die transnationalen Konzerne und die venezolanische Oligarchie bereicherten sich am Erdölreichtum, der nie dem venezolanischen Volk zugute kam.

Die Mission Barrio Adentro, die sich schon auf das ganze Land ausgedehnt hat, hat im Jahr 2004 mehr als 50 Millionen Behandlungen und Beratungen vollkommen kostenlos durchgeführt, einschließlich kostenloser Medikamente. Merkt euch diese Zahlen. Denkt daran, dass Venezuela nicht Brasilien ist, dass wir in Venezuela rund 26 Millionen Menschen sind. Das heißt, die Mission Barrio Adentro hat innerhalb eines Jahres eine Anzahl von Behandlungen und Beratungen durchgeführt, die zweimal der venezolanischen Bevölkerung entspricht. Und diese Zahl ist höher als alle medizinischen und zahnmedizinischen Behandlungen, die in

Venezuela in allen Krankenhäusern und allen Ambulanzen in den letzten fünf Jahren geleistet wurden. Jetzt könnt ihr euch eine Vorstellung davon machen, was diese Mission leistet. Solche Mathematik ist notwendig, um die Welt zu verstehen. Ich glaube, es war Pythagoras der sagte, Gott spreche durch die Mathematik.

Die Mission Sucre, dort ist der Minister für höhere Bildung, Samuel Moncada. Er leitet diese Mission für höhere Bildung. Dort ist die Ministerin für Wissenschaft und Technologie, Yadira Córdova, die an der Spitze der Mission Semilla (Saatkorn) steht. Dort ist Minister Francisco Armada für die Gesundheitsmission. Dort ist der venezolanische Außenminister Alí Rodríguez. Er war Präsident der PdVSA, er war Präsident der OPEC und jetzt ist er unser Außenminister. Hier ist der Landwirtschaftsminister Antonio Albarrán. Das sind meine Compañeros, sie alle sind meine Arbeitskollegen. Und dort sind die Muchachos der Bolivianischen Universität von Venezuela. (...)

Hört euch diese Zahlen an. Auch das ist die Revolution. Unter anderem bedeutet sie eine Beschleunigung und Vertiefung von Prozessen, vor allem in Richtung auf eine Gesellschaft von Gleichen, in der es keine Ausgeschlossenen mehr gibt. Der größte Teil dieser Muchachos wartete jahrelang auf ihre Zulassung zur Universität. Sie konnten nicht auf die Universität gehen. Die Universitäten wurden privatisiert, entsprechend dem Plan des neoliberalen Imperialismus. Das Gesundheitswesen wurde privatisiert. Aber das darf man nicht privatisieren, die Gesundheit ist ein grundlegendes Menschenrecht. Bildung, Wasser, Strom, die öffentlichen Dienste kann man nicht dem Kapital zum Fraß werfen, das den Völkern ihre Rechte verweigert. Das ist der Weg der Barbarei, der Kapitalismus ist die Barbarei. Ich bin jeden Tag mehr der Überzeugung, und daran habe ich nicht den geringsten Zweifel, dass es notwendig ist, den Kapitalismus zu überwinden. Aber ich füge hinzu: Den Kapitalismus kann man nicht innerhalb des Kapitalismus überwinden. Nein, der Kapitalismus muss auf dem Weg des Sozialismus überwunden werden. Der Weg, auf dem das kapitalistische Modell überwunden wird, ist der wirkliche Sozialismus, die Gleichheit, die Gerechtigkeit. (...)

Ich bewundere sehr den Che, ich besinge ihn und ich lese ihn und ich erinnere an ihn. Aber die These des Che vom Guerrillafokus war in jenem Moment nicht gangbar. Hundert Männer in den Bergen, das konnte in Cuba funktionieren, aber die Bedingungen dort waren vollkommen anders. Deshalb starb Che in Bolivien. Er starb wie ein Quijote. Er selbst sagte "Ich spüre wieder meine Rosinante unter mir" als er sich von seinen Eltern verabschiedete und von seinen Kindern. Unter uns ist natürlich Aleida. Wo ist Aleida, die Tochter des Che? Eine der Töchter des Che, Aleida Guevara, ist hier. Ich sah sie heute morgen auf den Spuren ihres Vaters. Es lebe Che Guevara, verdammt noch mal!

Aber die Geschichte oder besser die Wirklichkeit zeigte, dass die These von den zwei, drei, vielen Vietnam in Lateinamerika auch in Venezuela nicht verfangen hat. Alí Rodríguez

war Guerillachef, als Soldat habe ich ihn früher gejagt. Aber er war immer sehr schnell, ich habe ihn nie gekriegt. Später habe ich ihn dann gekriegt und wir haben uns verschworen, Ana Manuela, und hier sind wir nun. Er als Außenminister, ich als Präsident. Aber er ist Alí und ich bin Hugo und seit 30 Jahren folgen wir diesem Weg.

Heute ist die Situation eine andere. Nun ist es kein Guerillatrupp, der von den Rangers oder den Marines in einem Gebirge umzingelt werden kann, wie sie Che umzingelten und einen nach dem anderen massakrierten. Klar, das war eine Gruppe von 50 Leuten gegen 500, die nur mit alten Gewehren bewaffnet war. Heute sind wir Millionen. Wie wollen sie uns da umzingeln, wo wollen sie uns umstellen. Sie müssen vielmehr aufpassen, dass sie am Ende nicht selbst die Umzingelten sind. (...) Noch sind wir nicht so weit, eines nach dem anderen. Nein, den Imperialismus, die Imperien, kann man nicht umzingeln. Sie werden von Innen zusammenbrechen. (...)

Eines Tages wird die Unzufriedenheit, die im Inneren des nordamerikanischen Imperialismus herrscht, ihn beseitigen und das große Volk des Martin Luther King wird frei sein. Das große nordamerikanische Volk ist ein Brudervolk. Ich grüße von hier aus das Volk der Vereinigten Staaten von Nordamerika, das Volk Kanadas, die Völker Europas, alle Völker der Welt. (...)

Heute ist Venezuela stärker als jemals zuvor in den vergangenen 100 Jahren, sowohl nach Innen als auch der gesamten Welt gegenüber. Heute haben wir eine gestärkte Heimat, ein gestärktes Volk, eine gestärkte Revolution, die immer stärker werden. (...)

Che sagte: "Die Revolution darf sich nicht gegen die Effizienz stellen." Wir brauchen revolutionäre Effizienz, wir müssen immer effizienter werden, jeden Tag effektiver werden. Wir kämpfen gegen alte Übel wie die Korruption, das Fehlen von Werten. Diese Übel sind ständige Bedrohungen. Zwei große Bedrohungen sind Ineffizienz und Korruption. Und der Bürokratismus auch, wie schon Che sagte. Der Kampf gegen den Bürokratismus ist eine alltägliche Kampfaufgabe für jeden Revolutionär, damit uns die Bürokratie - oder besser: der Bürokratismus - keine Fesseln anlegt.

Das Jahr 2004 war das Jahr des Sieges, des großen politischen Sieges. Wir stellten uns dem Abberufungsreferendum. Sie sagten, ich würde alles mögliche anstellen, um es zu verhindern, weil ich mich nicht auszählen lassen wollte, wie es die Neoliberalen sagen. Ich hätte Angst vor dem Volk. Lüge! Ich habe nie irgendwas unternommen, um es zu verhindern. Sie mussten nur die Anforderungen erfüllen, die von der Verfassung vorgeschrieben werden. Sie mussten die Unterschriften im vorgeschriebenen Zeitraum sammeln. Sie mussten tun, was ihnen die Institutionen sagten. Weder die OAS noch die nordamerikanische Regierung konnten die Unterschriften einreichen. Sie mussten sie auf der Strasse und unter Zeugen sammeln.

Schließlich sammelten sie sie, auch wenn viele Zweifel blieben. Hunderttausende falsche und doppelte Unterschriften, Tausende und Abertausende von vor längerer Zeit verstorbenen Menschen, die in den Listen auftauchten. Aber schließlich sagte der Wahlrat "ja", sie hätten die 20 Prozent erreicht. Und dann war ich

der erste der sagte: Wir stellen uns dem Referendum. Und ich warnte sie: "Wir werden euch besiegen!" Und am 15. August haben wir sie mit 60 Prozent der Stimmen besiegt, viel mehr als vor fünf Jahren. Und dann die Regionalwahlen am 31. Oktober. Von 24 Gouverneuren gewannen wir 22, und die zwei, die wir nicht gewannen, verloren wir aus eigener Dummheit. 22 Gouverneure, über 80 Prozent der Rathäuser, über 80 Prozent der regionalen Abgeordneten. Das heißt ein sozialer Fortschritt, ein Fortschritt des sozialen Modells der Einbeziehung, ein politischer Fortschritt.

Die Stärkung der Institutionen ist eine weitere sehr wichtige Sache. Zum Beispiel die Stärkung der Justiz. In Venezuela gab es einen Staatsstreich. Sie nahmen mich gefangen, sie verschleppten mich auf eine Insel. Doch dann sagten die Richter des Obersten Gerichtshofes, es habe gar keinen Putsch gegeben. Ich sei von einigen, von den besten Absichten geleiteten Militärs in Obhut genommen worden. Es habe ein Machtvakuum gegeben.

Nun nicht mehr. Jetzt haben sich die juristische Macht, die Macht der Bürger gefestigt. Die Nationalversammlung konnte wegen der Sabotage nicht mal mehr Gesetze verabschieden. Einmal mussten die revolutionären Abgeordneten sogar außerhalb des Parlamentsgebäudes tagen. Im Gegensatz dazu wurden 2004, vor allem Ende des Jahres, wichtige Gesetze verabschiedet. Zum Beispiel das Gesetz über die soziale Verantwortung von Radio und Fernsehen, denn der zügellose Missbrauch der Medien, die ständigen Angriffe der privaten Fernsehsender, konnten so nicht weitergehen. Und andere wichtige Gesetze wie das Gesetz über den Obersten Gerichtshof, durch das wir das noch verseuchte Justizsystem säubern können.

Das ist eine der Schwierigkeiten der Revolution in der Demokratie, die Langsamkeit einiger Prozesse. Niemand darf sich entmutigen lassen. Schon Simón Bolívar sagte es klar und deutlich, und ich nutze seine Worte: "Wenn wir die Heimat haben wollen, brauchen wir Geduld und nochmals Geduld, Arbeit und nochmals Arbeit, Beharrlichkeit und nochmals Beharrlichkeit." (...) Diese Veränderungen passieren nicht von selbst, sie müssen vorangetrieben werden. 2003, 2004 stärkten wir die Wirtschaft. Die venezolanische Wirtschaft ist im vergangenen Jahr um 20 Prozent gewachsen. Die Arbeitslosigkeit sinkt. Sie lag bei 20 Prozent und ist auf unter 11 Prozent gesunken. Die Inflation war als eine Folge der Wirtschaftssabotage auf über 30 Prozent gestiegen und liegt jetzt wieder bei etwa 20 Prozent. Das ist noch immer sehr hoch, aber sie sinkt deutlich. Die internationalen Währungsreserven haben Rekordhöhen erreicht. Die Erdölproduktion ist vollständig wiederhergestellt, wir produzieren täglich über drei Millionen Tonnen Erdöl. Die Wirtschaft wächst, das Handwerk, die Landwirtschaft. Heute kann Venezuela zum ersten Mal seit langem sagen, dass wir zum Beispiel kein Reis mehr importieren müssen. Wir können uns selbst mit Reis und Mais versorgen und erobern weiter die Landwirtschaft zurück. Es läuft der Krieg gegen den Großgrundbesitz. (...)

Venezuela trat 2004 dem Mercosur bei. Es wurde die Südamerikanische Gemeinschaft der Nationen geboren, auch wenn ich anfangs

mit ihrem Profil nicht zufrieden war. Aber vor fünf Jahren haben auch mich einige kritisiert, weil ich im Jahr 2000 am Amerikagipfel in Kanada teilgenommen hatte, bei dem vor allem über ALCA gesprochen wurde. Schließlich war ich der einzige Präsident, der sich dort gegen das ALCA-Projekt stellte. Von da an begannen wir unsere Kampagne gegen ALCA, denn ALCA ist nichts anderes als ein kolonialistisches Projekt. Und merkt ihr was: Wir können zwar noch nicht sagen, dass wir gesiegt haben, aber wir sind nicht weit vom Ziel entfernt, dem Ziel der Schaffung eines alternativen Modells der Integration, das wir die Bolivarianische Alternative für Lateinamerika, ALBA, nennen. (...) Der 1. Januar 2005 ist vorbei und ALCA ist zum Teufel. ALCA gibt es nicht, es gibt nur Akten. Der nordamerikanische Imperialismus hatte nicht die Kraft, den Völkern dieses Kontinents das neokoloniale und imperialistische ALCA-Modell aufzuzwingen.

Ich will die Schwächen des Imperiums nicht übertreiben, es wäre fatal, den Gegner zu unterschätzen, besonders diesen Gegner. Aber man muss auch objektiv die Schwächen des Gegners erkennen. Denn wenn man glaubt, der Gegner sei unbesiegbar, dann ist er unbesiegbar. Der nordamerikanische Imperialismus ist nicht unbesiegbar. Es gibt das historische Beispiel Vietnams. Das Volk des Irak leistet den Übergriffen und der Invasion Widerstand. Das revolutionäre Cuba leistet dem nordamerikanischen Imperialismus seit 40 Jahren Widerstand. Das bolivarianische Venezuela widersteht seit sechs Jahren dem nordamerikanischen Imperialismus. Das Imperium ist nicht unbesiegbar, es ist wichtig, das zu wissen. (...)

Simón Bolívar schleuderte 1811 in Caracas als 27-jähriger einigen Angsthasen entgegen, die nicht die Unabhängigkeit vom spanischen Imperium erklären wollten: "Was interessiert es uns, ob Spanien seine Sklaven an Bonaparte verkauft, wenn wir frei sein wollen!" Oder der General San Martín, der große Befreier des Südens: "Seien wir frei, alles weitere interessiert nicht. Nichts interessiert uns, wir sind frei und wollen endgültig frei sein, koste es was es wolle und komme was wolle."

Goliath ist nicht unbesiegbar, der Imperialismus ist nicht unbesiegbar. Das macht ihn noch gefährlicher, das stimmt. Denn der Imperialismus beginnt seine Schwächen zu spüren, deshalb greift er zur brutalen Gewalt.

Der brutale Angriff auf Venezuela ist ein Zeichen von Schwäche, von ideologischer Schwäche, was eine der größten Schwächen ist. Fast niemand traut sich mehr, den Neoliberalismus zu verteidigen. Bis vor drei Jahren waren Fidel und ich bei diesen Präsidententreffen fast allein. Es war wie ein neoliberaler Chor und man fühlte sich wie ein eingeschleuster Verschwörer. Heute nicht mehr, niemand traut sich mehr, das neoliberale Modell zu verteidigen. (...) Dazu reicht es schon, sich die innere Unterdrückung in den Vereinigten Staaten anzusehen. Das "Patriot" genannte Gesetz, was ist das anderes als ein Gesetz zur Unterdrückung der US-Bürger.

Sie sprechen von Meinungsfreiheit und vertetzen sie jeden Tag. Sie haben eine Gruppe von Journalisten eingesperrt, weil diese ihre Infor-

manten nicht nennen. Sie verfolgen die Journalisten. Sie erlauben nicht, die Leichen der US-Soldaten zu fotografieren, sie werden geheim begraben. Da ist Zeichen der Schwäche des Goliath. (...)

Bis vor wenigen Jahren traute sich in Moskau fast niemand, von Karl Marx zu sprechen. Fast niemand traute sich in Moskau oder in den Städten Russlands von Wladimir Iljitsch Uljanow zu sprechen. Nun ja, während meiner letzten Reise wurde ich zu einem Gespräch im Philosophischen Institut in Moskau eingeladen. Und dort sprach man von Karl Marx, von Lenin, von Engels. Es gibt eine Strömung, die jene Dinge wieder untersucht. Und vor allem außerhalb der Ideologie hat sich Russland wieder erhoben. Das ist nicht mehr das auf den Knien liegende Russland, das zum Weinen war. Es gibt dort einen guten Präsidenten, Wladimir Putin. Gar nicht zu sprechen von China. (...) Ökonomisch wächst China seit zwanzig Jahren um durchschnittlich neun Prozent im Jahr, ein technologisches, autonomes und souveränes Wachstum. (...)

In Asien und Afrika besuchte ich kürzlich einen anderen Typen, Muhammad Al-Ghaddafi, und wir haben in Tripolis mit Ahmed Ben Bella gesprochen, dem algerischen und afrikanischen Führer der arabischen Völker, die seit Jahrhunderten für ihren Glauben mit ihren Göttern und ihren Träumen kämpfen. Ghaddafi sagte mir, sei sehr optimistisch über den Prozess der afrikanischen Einheit. Das selbe sagte mir der Präsident Algeriens, der gute Freund Abdel Aziz Buteflika.

Iran wird stärker, dort war ich ebenfalls im November mit dem Präsidenten Mohammed Chatami und dem Führer Chamenei zusammen. Iran wird stärker. Die Nordamerikaner wollten, dass der Iran seine Investitionen in die Nukleartechnik einstellt. Iran leistete Widerstand und schließlich setzte sich die iranische Sichtweise durch. Mit ihnen wurde der nordamerikanische Imperialismus nicht fertig. Er bekam nicht die Unterstützung der Vereinten Nationen und nicht die Europas.

Und wir sind hier in Lateinamerika und dieses ist heute nicht mehr das selbe Lateinamerika, wie vor fünf Jahren. Aus Respekt kann ich nichts zur inneren Situation in den einzelnen Ländern sagen, aber glaubt mir, und das sage ich von Herzen: In Venezuela haben mich vor allem in den ersten zwei Jahren viele, viele meiner Anhänger kritisiert, haben gefordert, dass wir schneller sein müssten. Sie forderten von mir, ich müsste radikaler sein. Ich hielt den Moment für noch nicht gekommen, denn in einem Prozess gibt es Phasen, Compañeros!

Es gibt Rhythmen, die nicht nur mit der inneren Situation jedes Landes zusammenhängen, sondern auch von der internationalen Situation. Und trotz des Risikos, das einige von euch jetzt etwas unruhig werden, das interessiert mich nicht: Ich liebe Lula, ich schätze ihn. Lula ist ein guter Mann mit großem Herzen, er ist ein Bruder und Compañero. Ich umarme ihn herzlich und als Bruder. Ich bin sicher, dass mit Lula und dem Volk Brasiliens, mit Néstor Kirchner und dem argentinischen Volk, mit Tabaré Vázquez und dem Volk Uruguays wir den Weg zum Traum des vereinten Lateinamerikas öffnen, anders ist es unmöglich.

Ich umarme euch, ich liebe euch alle.
Vielen Dank!

Manifest von Porto Alegre

Auf dem V. Weltsozialforum in Porto Alegre haben 19 Persönlichkeiten, darunter die Nobelpreisträger J. Saramago (Portugal) und Adolfo Perez Esquirel (Argentinien) sowie der ehemalige Berater des brasilianischen Präsidenten Lula da Silva, Frei Betto, und der Herausgeber der französischen Zeitschrift "Le Monde diplomatique", Ignacio Ramonet, den Text eines "Manifests von Porto Alegre" veröffentlicht, der nachfolgend im Wortlaut wiedergegeben wird. (Arbeitsübersetzung)

"Seit dem ersten im Januar 2001 in Porto Alegre abgehaltenen Weltsozialforum hat sich das Phänomen der Sozialforen auf alle Kontinente und bis auf die nationalen und lokalen Ebenen ausgeweitet.

Es ließ einen erdballweiten öffentlichen Raum der Bürgerverantwortung (orig.: "citoyenneté") und der Kämpfe entstehen. Es hat es ermöglicht, Vorschläge für politische Alternativen zur Tyrannei der neoliberalen Globalisierung zu erarbeiten, die von den Finanzmärkten und den transnationalen Konzernen vorangetrieben wird und deren bewaffneter Arm die imperiale Macht der USA darstellt. Durch ihre Verschiedenartigkeit und durch die Solidarität zwischen den Akteuren und sozialen Bewegungen, die sie ausmachen, ist die Bewegung für eine andere Welt (orig.: "altermondialiste") nunmehr eine Kraft geworden, die im Weltmaßstab Gewicht hat.

In der Vielfalt der aus den Foren hervorgegangenen Vorschläge gibt es eine große Anzahl, die in den Reihen der sozialen Bewegungen eine sehr breite Übereinstimmung zu finden scheinen. Unter diesen haben die Unterzeichner des Manifests von Porto Alegre, die sich in strikt persönlicher Eigenschaft äußern und in keiner Weise vorgeben, im Namen des Forums zu sprechen, zwölf identifiziert, die insgesamt sowohl Sinn wie Projekt für den Aufbau einer möglichen anderen Welt ausmachen. Wenn sie verwirklicht würden, würden sie es den Bürgern endlich ermöglichen, sich gemeinsam ihre Zukunft wieder anzueignen.

Dieser Minimalsockel wird der Beurteilung der Akteure und sozialen Bewegungen aller Länder unterbreitet. Ihnen wird es zukommen, auf allen Ebenen - weltweit, kontinental, national und lokal - die nötigen Kämpfe zu führen, damit sie Realität werden. Wir machen uns allerdings keinerlei Illusion über den realen Willen der Regierungen und der internationalen Institutionen, diese Vorschläge spontan in die Tat umzusetzen, selbst wenn sie sich aus purem Opportunismus daraus das Vokabulär entleihen.

1. Annullierung der öffentlichen Verschuldung der Staaten des Südens, die schon mehrfach zurückgezahlt worden ist und die für die Gläubigerstaaten, die Finanzetablissemments und die internationalen Finanzinstitutionen das privilegierte Mittel darstellen, um den größeren Teil der Menschheit ihrer Vormundschaft zu unterwerfen und dort die Not aufrechtzuerhalten. Diese Maßnahmen muß begleitet sein von der Rückgabe der

gigantischen Summen an die Völker, die ihnen von ihren korrupten Führern entwendet worden sind.

2. Einführung von internationalen Steuern auf finanzielle Transaktionen (insbesondere die Tobin-Steuer auf die Devisenspekulation), auf die Direktinvestitionen im Ausland, auf die konsolidierten Gewinne der transnationalen Unternehmen, auf den Verkauf von Waffen und auf Aktivitäten mit starken Emissionen von Treibhausgasen. Ergänzt durch eine öffentliche Entwicklungshilfe, die zwingend 0,7 % des Bruttoinlandsprodukts der reichen Länder erreichen muß, sollen die so freigesetzten Mittel verwendet werden, um gegen die großen großen Seuchen (darunter Aids) zu kämpfen und um den Zugang der Gesamtheit der Menschheit zu Trinkwasser, zu einer Wohnung, zu Energie, zu Gesundheit, Pflege und Medikamenten, zur Bildung und zu sozialen Diensten zu gewährleisten.

3. Schrittweise Abschaffung aller Formen von Steuer-, Justiz- und Bankparadiesen, die ausnahmslos Schlupfwinkel der organisierten Kriminalität, der Korruption, des Schmuggels aller Art, des Betrugs und der Steuerflucht, der kriminellen Operationen der Großunternehmen und sogar von Regierungen sind. Diese Steuerparadiese reduzieren sich nicht nur auf einige in rechtsfreien Zonen konstituierte Staaten; sie schließen auch die Gesetzgebung mancher entwickelten Staaten ein. Zunächst gilt es, die Kapitalflüsse stark zu besteuern, die in diese "Paradiese" einfließen oder aus ihnen herausströmen, sowie die Einrichtungen und Akteure finanzieller und anderer Art, die diese Unterschlagungen großen Stils möglich machen.

4. Sicherung des Rechtes jedes Bewohners des Erdballs auf einen Arbeitsplatz, auf sozialen Schutz und auf Rente unter Achtung der Gleichheit von Männern und Frauen als ein zwingendes Gebot der öffentlichen Politik, sowohl national wie international.

5. Kampf, vor allem durch die öffentlichen Politik, gegen alle Formen der Diskriminierung, des Sexismus, der Fremdenfeindlichkeit und des Rassismus. Volle Anerkennung der politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Rechte der jeweiligen Urbevölkerung (einschließlich der Herrschaft über ihre Naturreichtümer).

6. Ergreifung von dringenden Maßnahmen, um der Verwüstung der Umwelt und der Bedrohung durch großer klimatische Veränderungen infolge des Treibhauseffekts, die sich in erster Linie aus der starken Ver-

mehrung des Verkehrs und aus der Verschwendung nicht erneuerbarer Energien ergeben. Forderung nach der Verwirklichung bestehender Vereinbarungen, Konventionen und Verträgen, auch wenn sie unzureichend sind. Beginn der Verwirklichung eines anderen Typs von Entwicklung, gegründet auf energetischer Zurückhaltung und auf der demokratischen Beherrschung der Naturressourcen, insbesondere des Trinkwasser, in globalem Ausmaß.

7. Förderung aller Formen eines gerechten Handels unter Ablehnung der freihändlerischen Regeln der WTO und unter Einführung von Mechanismen, die es gestatten, im Prozeß der Produktion von Gütern und Dienstleistungen schrittweise zu einer Anpassung der Sozialnormen (wie sie in den Konventionen der OIT empfohlen sind) und der Umweltnormen nach oben überzugehen. Völliger Ausschluß der Bildung, des Gesundheitswesens, der sozialen Dienste und der Kultur aus dem Feld der Anwendung des Allgemeinen Abkommens über den Handel mit Dienstleistungen (AGCS) der WTO. Die Konvention über die kulturelle Verschiedenartigkeit, die gegenwärtig in der UNESCO zur Verhandlung steht, muß ausdrücklich dem Recht auf Kultur und der öffentlichen Politik zur Unterstützung der Kultur den Vorrang einräumen vor dem Handelsrecht.

8. Garantierung des Rechtes auf Souveränität und auf Nahrungssicherheit aller Staaten oder Staatengruppen durch die Förderung der bäuerlichen Landwirtschaft. Dies muß die völlige Abschaffung der Exportsubventionen für landwirtschaftliche Produkte, vor allem durch die USA und die Europäische Union, und die Möglichkeit der Besteuerung der Importe zur Verhinderung von Dumpingpraktiken nach sich ziehen. Ebenso muß jedes Land oder Ländergruppe souverän beschließen können, die Produktion und die Einfuhr von genetisch veränderten Organismen, die zur Ernährung bestimmt sind, zu verbieten.

9. Verbot jeder Form von Patentierung von Kenntnissen und von lebenden Organismen (sowohl menschlicher wie tierischer und pflanzlicher Natur) sowie jeder Privatisierung von gemeinsamen Gütern der Menschheit (insbesondere des Wassers).

10. Garantierung des Rechtes auf Information und des Rechtes zur Informierung durch entsprechende Gesetzgebungen:

- Stopp der Konzentration der Medien in Riesenkommunikationskonzernen;
- Garantierung der Autonomie der Journa-

listen im Verhältnis zu den Aktionären;

- Förderung der Presse ohne Gewinnstreben, besonders der alternativen und kommunitären Medien. Die Achtung dieser Rechte erfordert die Schaffung von bürgerlicher Gegenmacht, insbesondere in der Form von nationalen und internationalen Medien-Beobachtungsstellen.



11. Forderung nach der Liquidierung der Militärbasen von Staaten, die über solche außerhalb ihrer Grenzen verfügen, und Rückzug aller ausländischen Truppen ohne ausdrückliches Mandat der UNO. Dies gilt in erster Linie für den Irak und Palästina.

12. Reformierung und tiefgehende Demokratisierung der internationalen Organisationen, indem in ihnen der Vorrang der Menschenrechte, der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte in der Weiterführung der Allgemeinen Deklaration der Menschenrechte zur Geltung gebracht wird. Dieser Vorrang schließt die Eingliederung der Weltbank, des IWF und der WTO in das System und die Entscheidungsmechanismen der Vereinten Nationen ein. Im Fall des Andauerns der Verletzungen der internationalen Legalität durch die USA Verlagerung des Sitzes der Vereinten Nationen aus New York in ein anderes Land, vorzugsweise des Südens. *Porto Alegre, 29. Januar 2005.*

Reaktionen zum "Manifest von Porto Alegre"

Auf der deutschsprachigen Internet-Seite des Weltsozialforums wurde unter dem Stichwort "Berichte" folgende Information zur Publikation des "Manifests von Porto Alegre" veröffentlicht (<http://weltsozialforum.org/2005/2005.wsf.1/2005.wsf.meldungen/news.2005.10/>):

"Obwohl Artikel 6 der Prinzipien von Porto Alegre, welche seit dem ersten Weltsozialforum die Arbeitsweise aller Sozialforen festlegen, eine verbindliche Absichtsbekundung im Namen aller Forumsteilnehmer explizit ausschließt, haben 19 Einzelpersonen, darunter Frei Betto, Ignacio Ramonet und Riccardo Petrella, bereits am 29. Januar

und damit zwei Tage vor dem offiziellen Ende des WSF in der Weltpresse ein Dokument in Umlauf gebracht, das u.a. über die Deutsche Presseagentur verbreitet nunmehr in vielen Zeitungen als Abschlusserklärung dargestellt wird.

Als Beweggrund für ihr Vorpreschen geben die 19 Intellektuellen an, dass der Antiglobalisierungs-Bewegung oft vorgeworfen werde, dass sie keine konkreten Schritte vorschläge. Um diesen kritischen Stimmen zu begegnen, hätten sie die Initiative ergriffen und zwölf Vorschläge für eine andere Welt unter dem Namen "Manifest von Porto Alegre" veröffentlicht. Wohl wissend, dass es sich hierbei um eine private Erklärung handelt, die nicht im Namen des Forums und auch ohne Zustimmung des internationalen Rates des WSF abgegeben wurde, glauben sie dennoch, in dessen Geist gehandelt zu haben."

Weitere Reaktionen:

Auf der gleichen WSF-Internetseite wurden eine Reihe von weiteren Stimmen von in Porto Alegre anwesenden Persönlichkeiten zu dem Vorgang veröffentlicht, darunter folgende:

So erklärte u.a. Candido Grzybowski, Mitglied des Brasilianischen Internationalen Komitees für das WSF, er sei zwar von Bernard Cassen ("Le Monde diplomatique") zur Unterzeichnung eingeladen worden, habe dies aber abgelehnt, allerdings nicht wegen Nichteinverständnis mit den Inhalten des Dokuments, sondern wegen der von den Unterstützern verwendeten Methode, es zu starten: "Der Inhalt dieses Vorschlags ist perfekt und ich glaube, dass 80 Prozent der Forumsteilnehmer damit übereinstimmen würden". Was den Vorschlag nicht annehmbar mache, sei "die Methode, mit der er kreiert und präsentiert worden ist. Das geht gegen den Geist des Forums selbst. Hier sind alle Vorschläge gleich wichtig und nicht nur der einer Gruppe von Intellektuellen, selbst wenn es sehr bedeutende Personen sind". Die Veröffentlichung sei "ein politischer Fehler" gewesen, "weil es nicht der vereinbarten Methode entspricht und sogar eine Ableh-

nung durch die Basis des Forums hervorgerufen könnte".

Professor Kamal Mitra Chenoy, Mitglied des früheren Indischen Ad-hoc-Organisationskomitees, erklärte, er würde dieses Dokument "als eine Erklärung von innerhalb des Forums, aber nicht des Forums" ansehen. "Selbst wenn 3000 Organisationen unterzeichnen, wird es keine WSF-Erklärung sein. Um das zu sein, muß es vom Internationalen Rat kommen und zuerst demokratisch einer Debatte vorgelegen haben".

Flavio Lotti von der italienischen NGO "Tavola della Pace" bezeichnete das "Manifest" als "eine legitime Initiative", deren Inhalt und Geist er persönlich teile. Seiner Ansicht nach sollte das "Manifest" auf der nächsten Tagung des Internationalen Rates des WSF Ende März diskutiert werden. Es sei an der Zeit, das "Tabu" aufzuheben und das Forum "mehr zu einer globalen politischen Kraft als nur einem Raum für Debatten" zu machen.

Minoru Kitamura vom Japanischen Asien-Afrika-Lateinamerika-Solidaritätskomitee meinte, "ein Konsensdokument könnte akzeptabel sein, aber es sollte alle Ideen erhalten". Gegenwärtig sehe sich das WSF selbst noch als ein Ort der Förderung von "dezentralisierter Koordination und Vernetzung zwischen Organisationen, die in konkreten Aktionen für den Aufbau einer anderen Welt engagiert sind, auf allen Ebenen von der lokalen bis zur internationalen, aber es hat nicht die Absicht, eine Körperschaft zu sein, die die Welt-Zivilgesellschaft repräsentiert". Das WSF sei "weder eine Gruppe noch eine Organisation".

Auch der italienische EU-Parlamentarier Giuletto Chiesa (Mitglied der liberalen ALDE-Fraktion im EP, früher Mitarbeiter der "Unità") war der Ansicht: "Das Weltsozialforum ist ein globales Laboratorium, das nicht aufgegeben werden sollte. Aber es sollte über Festivitäten und Protest hinausgehen. Es sollte eine Struktur für Aktionen haben. Wir können nicht nur sagen: Eine andere Welt ist möglich. Wir brauchen Projekte und müssen Wissenschaftler in die Lösung einbeziehen".

Robert R. Bryan (R.B.) vertritt den US-amerikanischen Journalisten Mumia Abu Jamal seit dem Frühjahr 2003. Er ist Mitglied mehrerer fortschrittlicher Juristenvereinigungen und setzt sich seit Jahren für die Abschaffung der Todesstrafe ein.

"Ein internationales unabhängiges Komitee für Mumia"

Frage: Wie ist die juristische Situation von Mumia Abu Jamal zur Zeit?

R.B.: Zur Zeit werden vor zwei unterschiedlichen Justizinstanzen über den Fall Mumia Entscheidungen vorbereitet. Vor dem Verfahrensgericht soll entschieden werden, ob die staatsanwaltschaftlichen Betrügereien im Fall Mumia weiterhin Gegenstand von Ermittlungen bleiben wird. Wir haben

Anzeige erstattet. Das Gericht wird entscheiden, ob das Verfahren weitergeht oder im Sande verläuft. Das Bundesgericht der USA, der zweithöchsten juristischen Instanz hinter dem Supreme Court, ist ebenfalls mit dem Fall Mumia Abu Jamal befasst.

Frage: Was wird dort verhandelt?

R.B.: Dort geht es um Leben und Tod für Mumia. Es gibt drei Möglichkeiten. Wenn

die Verteidigung unterliegt und das Todesurteil bestehen bleibt, dann wird Mumia hingerichtet. Eine weitere Variante wäre eine Aufhebung des Todesurteils, ohne dass es zu einem neuen Verfahren kommt. Dann müsste eine neue Jury entscheiden, ob Mumia hingerichtet wird oder eine lebenslängliche Haftstrafe verbüßen muss.

Wenn sich die Verteidigung mit ihrem

Antrag durchsetzt, wird das Verfahren ganz neu aufgerollt. Es würde ein ganz neuer Prozess anberaumt werden und die Jury müsste noch einmal entscheiden, ob Mumia schuldig oder nicht schuldig ist. Auch dann wäre ein erneutes Todesurteil, eine lebenslängliche Haft oder ein Freispruch möglich.

Frage: Wie schätzen Sie persönlich den Ausgang des Verfahrens ein?

R.B.: Ich bin ein Optimist und habe häufig zum Tode Verurteilte anwaltlich vertreten und viele frei bekommen. So glaube ich auch, dass Mumia ein neues Verfahren bekommt. Doch ich möchte betonen, dass es nicht leicht sein wird. Der Fall Mumia ist politisch sehr aufgeladen. Mumia ist ein bekannter Journalist, der immer seine Meinung offen vertreten und sich vehement gegen die Politik der Mächtigen gewandt hat. Der einzige Weg ihn zum Verstummen zu bringen, wäre sein Tod im Namen des Gesetzes. Ein Freispruch von Mumia wäre so eine große Niederlage für die Herrschenden in

den USA. Das macht es auch so schwierig, ihn freizubekommen.

Frage: Haben die Gesetzesverschärfungen nach dem 11. September 2001 Auswirkungen auf das Verfahren?

R.B.: Dieses Klima von Law and Order macht es auf jeden Fall schwieriger, Mumia frei zu bekommen. Regierung und Justiz wollen an Mumia ein Exempel statuieren. Schließlich ist er ein Symbol des Widerstandes gegen staatliche Repression, Rassismus und die Todesstrafe.

Frage: Wer setzt sich für Mumia ein?

R.B.: Es gibt in den USA eine Solidaritätsbewegung. Doch entscheidend ist eine starke internationale Solidarität. Deswegen bin ich nach Europa gekommen. Ich habe an zahlreichen Veranstaltungen und Treffen teilgenommen. Ich war sehr begeistert und wünschte mir, dass die Solidaritätsbewegung auch in den USA eine solche Qualität und einen solchen Umfang wie hier in Europa hätte.

Frage: Gibt es neue Impulse für die Solidaritätsbewegung?

R.B.: Wir haben eine unabhängige, internationale Kommission gegründet, die für Mumia aktiv werden soll. Es ist geplant, diese Kommission auf weitere europäische Länder, sowie Afrika und die USA auszudehnen.

Frage: Ist auch eine größere Verbindung zwischen der Mumia-Solidarität und der Anti-Kriegs-Bewegung geplant?

R.B.: Es gibt eine starke Verbindung zwischen beiden Bewegungen. Ich selber habe schon häufiger bei Anti-Kriegs-Aktionen über Mumia gesprochen. Seine Kommentare zu aktuellen politischen Themen, die er im Gefängnis verfasst hat, wurden auf einer Antikriegsaktion in San Francisco vor einer riesigen Menschenmenge vorgelesen. Das hatte eine große Wirkung auf die Zuhörer.

Interview: Peter Nowak

Aktion Hilfe für Cuba 2004

„No estan solos!“ - „Ihr seid nicht allein!“

Am 27. Oktober fuhr der LKW der Cargofirma vor unserer Garage vor und mit vereinter Hilfe war das Auto in einer knappen Stunde beladen. Am nächsten Tag kam dann auch gleich die Mitteilung: Es handelte sich um 640 Pakete mit einem Gesamtgewicht von 5.700 kg. Der absolute Rekord!!!



Beim Essen

Nun war der Transport mit der Condor für Freitag, den 30. Oktober geplant. Aber daraus wurde leider nichts. Die für den Transport gebuchte Maschine musste wegen der Wetterverhältnisse zusätzliches Kerosin nachtanken. Es gab über dem Atlantik starke Winde, was einen erhöhten Spritverbrauch zur Folge hatte. Kurzerhand entschied der Pilot aus diesem Grunde keine zusätzliche Fracht mehr mitzunehmen.

Nach Tagen des Wartens und des Bangens war es dann am 03. November endlich soweit. Unsere Pakete wurden auf den Flie-

ger nach Holguin geladen. Aber leider waren es zu viele für ein einziges Flugzeug und so ging dann an diesem Tag der größte Teil der Pakete auf die Reise und am 05. November folgte dann der Rest. Für unsere Freunde in Holguin war dies umständlich, da sie zweimal in einer Woche zum Flughafen fahren mussten, aber alles wurde gut geregelt.

Kurz darauf erhielten wir dann auch die ersten Fotos. Der Präsident der ICAP, Amaury Gonzales hatte sich höchstpersönlich um unsere Hilfsaktion bemüht, da "unser" Oscar Lugo kurzfristig nach Spanien beordert worden war. Ihm zur Seite stand natürlich - wie sollte es anders sein - unsere langjährige

Freundin, die Journalistin Mildred Legra Colon. Da wir schon vorab eine Liste der Paketeinhalte nach Cuba gemailt hatten, wartete eine Klinik bereits auf die Komplett-Therapien für Tuberkulosekranke und nahm diese beiden riesigen Pakete auch gleich mit.

Normalerweise muss eine Luftfracht 2-3 Tage beim Zoll verbleiben, aber nun wurden doch Ausnahmen gemacht. So hatte das Lenin-Krankenhaus in Holguin

schon um eine größere Menge der elastischen Binden gebeten. Bis zur Ankunft unserer Aktion war kein Stück Verbandstoff mehr in dieser Klinik vorhanden.

Auch die Krebsmedikamente wurden schon nach kürzester Zeit abgeholt. Als wir dann in das Lager kamen, in dem alle Hilfsgüter verwaltet werden, standen praktisch nur noch die Kartons für die Kindergärten und Schulen da, alles Medizinische war schon dort, wo es am dringendsten gebraucht wurde.

Unser Reisetag war dann der 12. November. Wir waren sehr gespannt darauf, wie der Zoll auf unser zusätzliches Gepäck reagieren würde, das aus Kinderkleidung für die ganz Kleinen, Spielzeug und Bonbons bestand. Außerdem hatten wir noch Hautcreme dabei, in einer großen Menge, die eine deutsche Fir-



Beim Einpacken

ma gestiftet hatte. Immerhin hatten wir ein Übergepäck von 90 kg. Herr Jesus Sierra von der cubanischen Botschaft hatte uns auch noch ein Schreiben mitgegeben, mit der Bitte die Herren vom Zoll möchten uns in jeder Form unterstützen. Und so kam es auch:

★ Solch einen freundlichen und entgegenkommenden Empfang hatten wir noch nie. Die Zöllner begrüßen uns per Handschlag und dankten uns für die mitgebrachten Hilfsgüter. Auf unseren Einwand, an dieser Aktion wären viele Menschen in Deutschland beteiligt, entgegneten sie, wir sollten allen ihren herzlichsten Dank aussprechen! Probleme wegen unseres aus 8 Koffern bestehenden Reisegepäcks gab es dann auch nicht. Im Gegenteil, jemand nahm uns die Koffertickets ab und kümmerte sich um das ganze Gepäck.

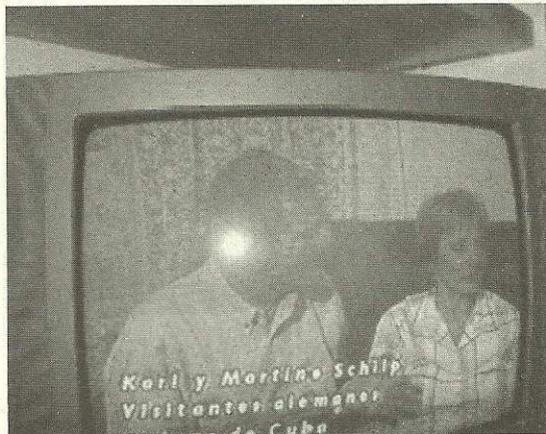
Amayury Gonzales, der Präsident der ICAP, begrüßte uns direkt beim Zoll und half uns wo er nur konnte. Er strahlte eine Herzenswärme, Güte und Offenheit aus, die uns nach dem ganzen Stress sehr wohl tat. Unsere zusätzlichen Koffer sollten noch zwei Tage beim Zoll bleiben und dann brachten die Leute von der ICAP sie uns ins Hotel.

Es war wie immer eine sehr lange und sehr anstrengende Reise und so ist Martine dann auch gleich im Reisebus eingeschlafen.

Die ersten beiden Tage hatten wir "frei". Den Samstag verbrachten wir am Strand und begrüßten viele Bekannte im Hotel. Am zweiten Tag, einem Sonntag, fuhren wir zu Mildred nach Holguin. Bis spät in den Abend wurde alles besprochen, was so das vergangene Jahr über passiert war.

Dienstag dann offizielle Einladung bei der ICAP. Außer uns war noch eine Delegation aus Chile da und so konnten wir Erfahrungen austauschen. Unsere mitgebrachten Hilfsgüter wurden sehr gelobt, weil sie von so hervorragender Qualität waren.

Nach einem gemütlichen Abendessen bat man uns dann in einen anderen Raum und wer befand sich dort: Die Kameraleute vom



Die Sendung

cubanischen Sender Tele-Cristall. Der Moderator des Nachrichtenmagazins nahm ein Interview mit uns auf und dazu wurden wir gefilmt. Dieser Bericht wurde dann zuerst regional in Holguin und am darauffolgenden Tag sogar überregional in ganz Cuba übertragen. Aber zum "darauf Stolzsein" blieb uns gar keine Zeit. Schon am nächsten Tag ging es los. Wir luden erst das Auto im Verteillager und auf ging's nach Galixto Garcia.

Bei der Präsidentin der Stadt tranken wir einen wundervollen Tee und diskutierten die Probleme Cubas. Mit der Verlegung des Flusses Cauto ist den Holguineros schon sehr geholfen, aber trotzdem fehlt der Regen. Übrigens hat Italien Cuba diese erforderlichen Rohr-



Fernsehaufnahmen

systeme verkauft für einen hohen Preis. Bei einigen Rohren kam es dann zu Verbindungsproblemen, was unnötige Zeit in Anspruch genommen hatte. Die Landschaft wird immer mehr gelb. Das uns so im Gedächtnis gebliebene satte Grün der Insel ist kaum noch auffindbar.

Übrigens erfuhren wir so ganz nebenbei, dass sämtliche beim letzten Hurrikan zu Bruch gegangenen Strommasten wieder instandgesetzt sind!!!

Am Nachmittag machten wir noch einen Überraschungsbesuch in unserer Patenschaftskita und es flossen viele Tränen. Eine liebe Dame aus Berlin hatte uns gebeten, in ihrem Auftrag in diesem Kindergarten 300 - für eine Waschmaschine zu übergeben und dies haben wir gerne getan. In der Zwischenzeit dürfte diese "Lavadora" für diese Kinder täglich in Betrieb sein.

Bei einem Besuch in der Klinik von Galixto Garcia führte man uns auf die neu eingerichtete Intensivstation, die am Tag vorher fertig geworden war. Nun können in die-



Im Spendenlager

ser Klinik auch Intensivpatienten behandelt werden. Man zeigte uns auch gleich die Katheter, die von der ICAP in diese Klinik gebracht worden waren. Der Klinikchef wusste, dass diese Katheter zu unserer Hilfsaktion gehörten.

Am nächsten Tag ging es in eine Grundschule. Da Unterricht war, wollten wir nicht groß stören und haben nur an die ganz Kleinen Bonbons verteilt und viel Schulmaterial übergeben. Der Dank des Rektors stellte sich dann als stundenlange Rede heraus. Von wem hat er das nur?

Wieder zwei Tage Pause. Am Strand regnet es, aber im Land kein Tropfen. Wir nutzen die freie Zeit um Freunde zu besuchen. Viele Bekannte waren im letzten Jahr schwanger und freuen sich nun über die von uns mitgebrachte Babykleidung. Wir sind in verschiedenen Häusern zu Gast und stellen wieder

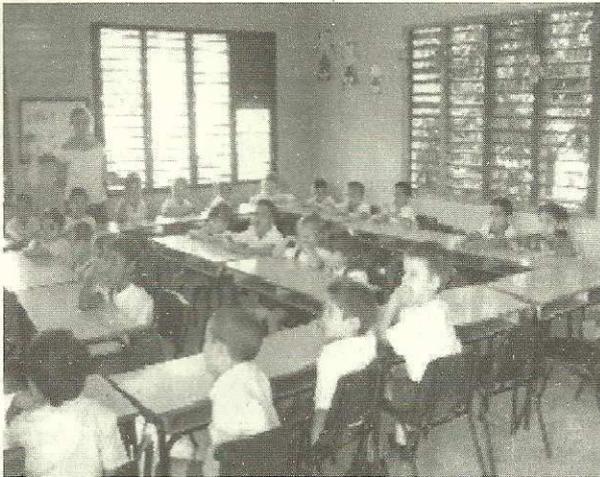
einmal fest, dass jeder Cubaner Strom im Haus hat und fließendes Wasser. Dass das letztere zur Zeit nicht fließt, ist wie schon erwähnt ein anderes Problem. Dafür kommt aber täglich das Zisternenauto und bringt Wasser in die Haushalte.

Aber allgemein gesehen, geht es den Cubanern schlechter als im Jahr vorher. Durch die Trockenheit ist die Versorgung mit Gemüse und Obst mangelhaft, was uns beide sehr betroffen gemacht hat. Den Menschen fehlen dringend Vitamine. Fast jeder hat uns gefragt, ob wir Multivitaminpräparate mitgebracht hätten. Das war sehr traurig.

Was noch sehr lustig war: Karl hat auf dem Land die mitgebrachte Hautcreme an alle Frauen gerecht verteilt und die Freude war laut zu hören, es gab auch viele Tränen über diesen "Luxus".

Wir möchten noch einmal darauf hinweisen, dass sämtliche Hilfsgüter, die wir nach Cuba gebracht haben, gerecht verteilt wurden. Dahinter steht die ICAP mit ihrer ganzen Autorität und Menschlichkeit. Sie hat beispielhaft - wie auch schon die Jahre zuvor - alle Hilfsgüter dorthin gebracht, wo sie am dringendsten gebraucht wurden.

Natürlich waren wir auch wieder in unse-



Vorschulunterricht

rer Lieblingskita, der kleinen Burg aus Honig. Wir wurden dementsprechend empfangen. Das mitgebrachte Spielzeug, Handtücher und Wäsche, Schokoladenge tränke sowie Malstifte wurden dankend entgegengenommen, aber am meisten freuten sich die Erzieherinnen über das mitgebrachte Magnesium, Calcium sowie die Multivita mine.

Bei weiteren Besuchen in verschiedenen anderen Kindergärten und Schulen, Krankenhäusern und kleinen Kliniken wurde dieses Problem immer wieder angesprochen: Cubas Kinder brauchen dringend Ernährungszusatzstoffe, wie Calcium,

Magnesium und Multivita mine. Im nächsten Jahr müssen wir noch mehr davon besorgen, denn es gibt viele Kinder in Holguin und nicht eines sollte darauf verzichten müssen.

Wobei wir auch schon am Ende sind. Die 2 Wochen waren schnell vorbei und wir beide waren total kaputt. Es war sehr anstrengend in diesem Jahr, es hat uns aber auch gezeigt, dass unsere Hilfsaktion mehr als nur ein Tropfen auf einen Stein ist. Zumindest handelt es sich

um einen riesigen Tropfen auf einen verhältnismäßig kleinen Stein. Amaury erklärte uns, dass sich Holguin auf unsere Hilfslieferung verlässt.

Natürlich machen wir weiter. Wir müssen weitermachen, denn unsere Hilfe wird dringender gebraucht als je zuvor. Gerade jetzt können wir die Menschen in Holguin nicht alleine lassen in ihrer Not.

Hiermit ist unsere Aktion 2004 abgeschlossen.

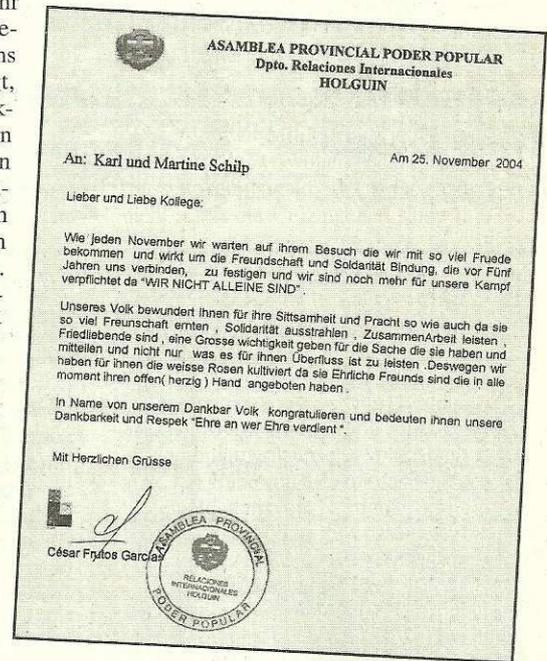
Aber die Aktion 2005 ist schon in der Vorbereitung. Sie trägt das Motto: "La Amistad es la Melodía del Corazón" (Freundschaft ist die Melodie des Herzens)

Wir danken Ihnen ganz herzlich für Ihre Unterstützung unserer Hilfe für Cuba!

Muchas gracias!

St. Ingbert, Dez. 2004,

Karl und Martine Schilp



"Cuba heißt zuhause sein"

Artikel aus Ahora, www.ahora.cu

Es gibt nichts Schöneres, als Freunde wiederzusehen. Karl und Martine Schilp waren wieder in Holguín, aus dem fernen Deutschland, das Gepäck voll großer Gefühle. Fidel Castro ist ihr großes Idol und Kuba wie ein zweites Zuhause, wo sie Frieden und einen Platz nah an ihrem Herzen finden. Diese Mal kamen sie in diese nordwestliche Provinz mit mehr als 5.700 kg an Medikamenten und anderem medizinischem Material für die Gesundheitseinrichtungen, mit Spielzeug, Stiften, Heften und Kreide für Schulen und Kinderkreise.

"Wir springen einfach über die Hürde der Blockade", sagen sie selbstbewußt, "denn die Massnahmen des Präsidenten der USA wollen eine Mauer mehr gegen Kuba errichten. Ihr seid nicht allein. Viele Menschen auf der Welt sind entschlossen zu helfen und ihre Hand zu reichen, damit die Revolution weiterbesteht, die mit soviel Herzblut und Willen auf dieser kleinen Insel verteidigt wird."

Jedes Jahr im Monat November kehrt dieses deutsche Ehepaar mit neuer Kraft zurück. Sie besuchen medizinische Einrichtungen und Schulen, an denen sie die Früchte ihrer Arbeit über ein ganzes Jahr verteilen.

"Wir ruhen uns nicht aus, wenn wir zurück nach Deutschland kommen. Wir verbringen

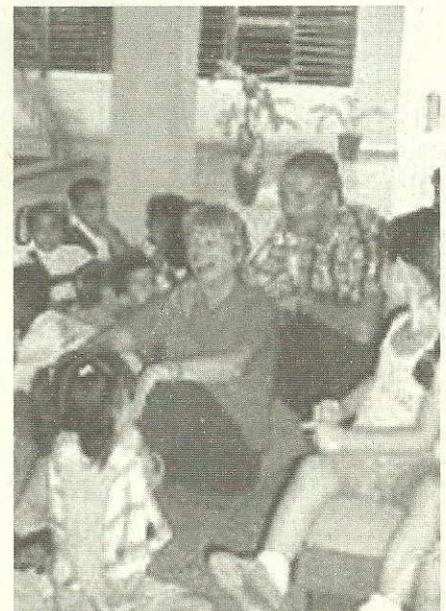
unsere freien Stunden damit, per e-mail treue und aufrichtige Mitsstreiter für unsere Sache zu finden, oder einen neuen Spender zu suchen. Es ist unglaublich wieviele Menschen anbieten, Medikamente und andere Dinge für Kuba zu schicken.", versichert Familie Schilp.

Am meisten beeindruckt sie die Kinder. Vielleicht weil es ihnen nicht vergönnt war, eigene zu haben und weil sie in ihrer Gegenwart frische Luft atmen und sie sie animieren, diesen Kampf immer wieder auf's Neue aufzunehmen. Sie bewundern die neuen Erziehungsprogramme, die auf Kuba helfen wollen, die Kinder besser aufwachsen zu lassen.

Martine wurde an einem 20. November geboren, der internationale Tag der Kindheit. Vielleicht ein Zufall, oder eine Gabe, die Kinder aus tiefstem Herzen zu lieben. Aber, so gibt sie zu: "Ich denke immer an sie. Dafür brauche ich keinen speziellen Tag. Für uns repräsentieren diese Kinder ein ganz einfaches Gefühl. Sie verdienen alles, aber vor allem Schulen und dieses Menschenrecht wird hier erfüllt."

Weder die beruflichen noch häuslichen Verpflichtungen hindern das Ehepaar Schilp, ständig mit Kuba in Kontakt zu stehen - per

Computer. Das ist ihr Hilfswerkzeug, um jedes Jahr mehr Spenden für Holguín zusammenzutragen, einer Gegend auf Kuba, wo die Menschen diese beiden bewundern und wie gute Freunde ins Herz geschlossen haben.



aus der fg

Das Krankenhaus für Gynäkologie und Geburtshilfe "Ramon Gonzalez Coro" in Havanna verfügt über 203 Krankenhausbetten, hat 12 Patientensäle und einen Saal zur besonderen Betreuung von Neugeborenen mit Intensiv- und Zwischentherapie. Darüber hinaus besteht eine 24-Stunden-Notfallaufnahme und es ist

ein nationales Schwerpunktkrankenhaus für

- Neonatologie
- Genetik

- Diabetes und Schwangerschaft
- Kardiopathie und Schwangerschaft
- Perinatale Pathologie
- Gynäkologische Chirurgie
- Ultraschalldiagnostik.

Die ÄrztInnen und PatientInnen dort dürfen sich dank einer umfangreichen Spende über neue, dringend benötigte medizinische Geräte für rund 28.500 € freuen. Hier ein Interview mit dem Spender.

„Ich hoffe, mein Handeln wird viele Nachahmer finden“, Theo Rüspler

Hier ein kurzes Interview mit dem in Lollar bei Giessen lebenden Theo Rüspler:

Wie kamen Sie auf die Idee, ihre Abfindung für ihre Betriebsrat-Aufsichtsrats-Arbeit der für Kuba zu spenden?

T.R.: Seit geraumer Zeit decken sich meine Vorstellungen von Gewerkschaftspolitik nicht mehr mit denen des DGB und der IG-Metall.

In einem Satz gesagt ist für mich der DGB zu einem SPD-Wahlverein geworden verkommen. Es werden nur noch regierungserhaltende Tarifabschlüsse und Vereinbarungen zum Wohle des Kapitalismus getroffen. Die Auswirkungen dieser Politik werden täglich stärker sicht- und spürbar. Die Rei-

chen werden immer reicher und mehr und die Schwachen immer ärmer und mehr!

Das ist nicht in meinem Sinne, das kann und werde ich nicht unterstützen, auch auf die Gefahr hin, in der IG-Metall-Zeitung als nicht korrekt 'abführender' Kollege an den Pranger gestellt zu werden.

Frage: Haben sie sich auch davor schon politisch für Kuba oder andere Länder solidarisiert?

T.R.: Die internationale Solidarität hatte in unserer Familie schon immer einen hohen Stellenwert. Mein Vater hat in den Jahren vor 1989 einige sozialistische Länder, darunter auch Kuba, bereist und im Rahmen seiner Möglichkeiten die jungen sozialistischen Länder erkundet und unterstützt.

Für mich hat das sozialistische Kuba den besonderen Reiz so dicht vor den Toren der imperialistischen Weltmacht USA unbeirrt an ihren Zielen festzuhalten, was sicherlich viel Kraft und Entbehrung von jedem einzelnen Kubaner erfordert.

Ich war viele Jahre Arbeitnehmervertreter in der früheren Buderus Heiztechnik GmbH in Lollar und Wetzlar. Hier war es für mich ein Selbstverständnis Solidarität vorzuleben, besonders auch bei der Arbeit mit unseren ausländischen Kolleginnen und Kollegen.

Frage: Welche Reaktionen auf die Spende kamen von Freunden und auch den Gewerkschaftskollegen?

T.R.: Als die Idee meine Aufsichtsratsantennen nicht wie üblich an die Hans Böckler Stiftung nach Düsseldorf zu überweisen, sondern für dringend benötigte Medikamente und/ oder medizinische Geräte über die Freundschaftsgesellschaft nach Kuba zu schicken, Gestalt annahm, besprach ich dies mit einigen vertrauten Kollegen.

Sie fanden mein Vorhaben gut und sahen darin auch eine klare Position gegen die menschenverachtende Embargopolitik der US- Amerikaner gegenüber dem jungen sozialistischen Kuba.

Meine Arbeitskollegen/-innen informierte ich in 2 Betriebsversammlungen bereits im Mai 2004 über das Vorhaben, das Geld, nicht wie es die DGB-Satzung vorsieht an die Hans Böckler Stiftung zu überweisen, sondern zur Anschaffung für dringend in Kuba

benötigte Medikamente und/ oder medizinische Geräte, welche in Deutschland gekauft und nach Kuba weitergeschickt werden, zu verwenden.

Diese Information wurde von den Belegschaften positiv aufgenommen und mit viel Beifall bedacht. Vielen Zuhörern war es bislang noch nicht bekannt, dass die so 'demokratischen US- Amerikaner' eine solch menschenverachtende Politik verfolgen obwohl ihr Präsident täglich mit und über Gott spricht!

Frage: Internationale Solidarität ist in den letzten Jahren selten auch in der Linken selten geworden. Was bedeutet Ihnen diese Solidarität?

T.R.: Für die nachlassende Solidarität gibt es aus meiner Sicht 2 Hauptursachen:

Zum einen ist der tägliche Kampf ums Überleben auch im Westen seit 1989 härter geworden und die finanziellen Möglichkeiten geringer.

Zum anderen haben viele Linke die vorübergehende Verabschiedung des Sozialismus noch nicht verdaut.

Ich denke die Zeit wird wieder kommen, in der Solidarität an Bedeutung zunimmt und die Bürger über Alternativen stärker nachdenken werden und müssen. Dass der praktizierte Kapitalismus unfähig ist die Menschheit vernünftig leben zu lassen stellt er täglich unter Beweis.

Frage: Welche Hoffnungen verbinden Sie mit der Entwicklung in Kuba?

T.R.: Ich hoffe dass es dem kubanischen Volk gelingt den täglichen Angriffen und Verlockungen des US- Amerikanischen Imperialismus zu widerstehen und unbeirrt ihren eingeschlagenen Weg, auch gegen die vielen 'alten und neuen Bacardis', fortsetzen werden. Persönlich würde es mich sehr freuen, wenn ich mit dieser praktizierten Solidarität ein Zeichen gesetzt habe und vielen kranken Kubanern geholfen werden kann.

Ich hoffe, dass mein Handeln in fortschrittlichen Gewerkschaftskreisen viele Nachahmer findet, oder gar die DGB-Führung mal ein klares Bekenntnis in Wort und Tat zur Respektierung eines sozialistischen Kubas abgibt!

Interview: Peter Nowak



Der Duft des Geldes

Gemeinsame Geschäfte von Rockern, Nazis und Hools

Freie Kameradschaften - Intern



Kostenloses Probeexemplar:

Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustr. 2a | 10961 Berlin
e-mail: aib@nadir.org
web: www.nadir.org/aib

Einzelexemplar 3,10 Euro
Abo 15,50 Euro (fünf Ausgaben)

Unterstützung für Kinder-Reha-Klinik in Cuba

Che Geburtstagsfeier im Zeichen der Humanität

Seit 10 Jahren veranstaltet die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba in Giessen am 14. Juni, dem Geburtstag von Che Guevara, eine immer gut besuchte Soli-Feier für Kuba, die mit Info-Ständen, Plakaten, Büchern, Cuba libre, kubanischem Essen, echten Havannas und Musik umrahmt wird. Als Referenten waren bisher Vertreter der Botschaft, Inge Vielt mit ihrem Buch "Cuba libre bittersüß", Prof. Fürntratt-Kloep, Brigade-Teilnehmer und weitere kompetente Kuba-Kenner zu Gast. Diese Veranstaltung wird stets von zahlreichen weiteren Organi-

sationen der Friedens- und Arbeiterbewegung, sowie der VVN unterstützt; ihr Reinerlös kommt jeweils einem medizinischen Projekt der DKP zugute, in diesem Jahr einer Reha-Klinik für Kinder.

Auch in diesem Jahr ist wieder ein Vertreter der kubanischen Botschaft eingeladen.

Die Veranstaltung beginnt am Dienstag, dem 14. Juni, um 19 Uhr im Saal des Nordstadt-Zentrums in der Reichenberger Straße.



Unser Foto von 1996 zeigt Oscar Martinez, den damaligen kubanischen Botschafter, in der Diskussion mit interessierten Teilnehmern der Soli-Veranstaltung.

Brillen für Cuba und Vieles mehr



Die Berliner FG-Regionalgruppe beteiligte sich am 8.1.05 nicht nur mit einem großen Stand an der X. Internationalen Rosa-Luxemburg-Konferenz an der FHTW Berlin (www.jungewelt.de) sondern, am 9.1.05 auch mit einem kleinen aber feinen Cuba-Block an der Luxemburg-Liebkecht-(Lenin-)Demonstration (www.ll-demo.de) zur

Gedenkstätte der SozialistInnen in Berlin-Friedrichsfelde.

An dieser jährlichen Ehrung nahmen ca. 300.000 Menschen teil.

Die Regionalgruppe schickte gerade 800 Brillen unter dem von der Brechtschülerin Käthe Reichel verfassten Aufruf-Motto "Glück ist Hilfe" (Berthold Brecht) nach Cuba. Die FG-Regionalgruppe Berlin und Brandenburg hat inzwischen die Stärke von 50 Personen erreicht und damit seit 2002 ihre Mitgliederzahl annähernd verdoppelt.

Am 28.5. wird die Berliner Regionalgruppe dem Netzwerk Cuba-Informationsbüro e.V. (www.netzwerk-cuba.de) offiziell beitreten und hat für den Vorabend, dem 27.5. ab 18 h zusammen mit der FBK e.V. und dem Buchladen Schwarze Risse im Mehringhof (Gneisenaustr. 2a) eine Lesung in Vorbereitung: "Narben der Erinnerung", dt. Ausgabe des Erzählbandes "Cicatrices en la memoria": 18 kubanische AutorInnen verarbeiten



darin literarisch vier Jahrzehnte terroristischer Aktionen gegen Kuba aus der Sicht der Opfer. Der renommierte kubanische Schriftsteller Miguel Mejides ist Autor des Bandes.

FG-Regio-Kontakt:
berlin@fgbrdkuba.de, <http://www.fgbrdkuba.de/berlin>
Tel: 030/29044791, Fax: 030/29044790

»Bolivarianos gegen Uncle Sam«

Unter diesem Titel fand am 27. Januar 2005 im Jugendkeller des Gewerkschaftshauses an der Oststraße in Velbert eine Infoveranstaltung zum Thema Venezuela statt. Veranstalter war die Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba, Regionalgruppe Velbert/Niederberg, der man weniger widrige Wetterverhältnisse gewünscht hätte, denn die venezolanische Botschaft hatte hochrangige Vertreter entsandt: den Generalkonsul César Méndez González und seine Frau sowie den Presseattaché Carlos Vera Vivas. Als Übersetzer stand der Kölner Redakteur Ingo Niebel zur Verfügung, der als Venezuela-Experte bei einem thematisch ähnlichen Treffen an gleicher Stelle im vergangenen Jahr selbst der Vortragende gewesen war.

Unter der Moderation des FG Bundesvorstandsmitglieds Hartmut Meinert schilderten die illustren Referenten anschaulich die heutige Situation in ihrer Heimat und füllten damit eine Menge Wissenslücken, die eine verbohrte Anti-Chavez-Berichterstattung der hiesigen Medien mit voller Absicht hinterlässt.

So erfuhr der interessierte Teilnehmerkreis z.B. von der wirtschaftlichen Konsolidierung des Landes (seit man den generalstabsmäßigen Sabotageakten gegen Venezuelas Industrie rigoros einen

Riegel vorgeschoben hat, gibt es Zuwachsraten, von denen andere Staaten der Region nur träumen können), vor allem aber von den sozialen Anstrengungen der Regierung Chavez: der gewaltigen Alphabetisierungskampagne und dem Gesundheitsprojekt "barrio adentro" - beide mit massiver cubanischer Unterstützung. Aktivposten bei der grundlegenden sozialen Umgestaltung Venezuelas, so führte Presseattaché Vivas aus, sei die Tatsache, dass zahlreiche Regierungsmitglieder selber aus einfachen Verhältnissen stammten.

Dass die Entwicklung von einer breiten Mehrheit im Volk getragen wird, hatte sich ja beim letztjährigen Referendum gezeigt, das Hugo Chavez - unter internationaler Wahlkontrolle - mit großem Vorsprung für sich entschied.

Dieser Informationsabend gab Anlass zu der Zuversicht, dass, wenn man die bolivarianische Revolution arbeiten lässt, ohne ihr alle erdenklichen Knüppel zwischen die Beine zu werfen, sie beste Perspektiven hat.

Eine anschließende Spendensammlung ergab 126 Euro, die einer venezolanischen Schule für Blinde zugute kommen sollen.

UF

Solidaritätskonzert mit Informationen über die Cuban Five

Am Sonnabend, den 19. Februar um 20:00 Uhr veranstaltete die Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba, Lokale Gruppe Köln, ein Konzert mit Daniel Rodríguez und seiner Band zu Ehren der Cuban Five.

Vor geschätzten 80 - 100 BesucherInnen in der Lutherkirche in Köln sprach der Sozialpädagoge, Prof. Otkar Bujard (Mitglied der FG), der während eines Besuches in Kuba im Jahr 2003 zum ersten Mal auf die Cuban Five aufmerksam wurde. Für die Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba sprach Maria Luz Kremp, die auf die bereits dreißigjährige Geschichte dieser Gesellschaft und auf die CD mit von Daniel vertonten Gedichten von Antonio hinwies.

Für das Komitee „Basta Ya!“ sprach Ministerialrat a.D. Günter Belchus. Er beleuchtete den Fall der Cuban Five im Kontext der USA-Kuba-Beziehungen angefangen bei Begehrlichkeiten, die schon unter Thomas Jefferson bestanden, der 1807 den Spaniern

Kuba abkaufen wollte.

Günter betonte, dass die wichtigste Aufgabe der internationalen Komitees das Durchbrechen der Mauer des Schweigens sei. So sei es im März 2003 durch weltumspannende Aktionen gelungen, die Fünf aus ihrer Isolationshaft zu befreien.

Auch sei es durch eine 50.000 US\$ teure Anzeige in der New York Times gelungen, eine erste Bresche in die besagte Mauer zu schlagen. Das deutsche Komitee hatte damals allein über 10.000 US\$ für die Anzeige gesammelt. Als letzten Erfolg wertete Günter, dass es in einer weiteren weltweiten Aktion gelungen sei, die Fünf für ihre Verdienste im Kampf gegen den Terrorismus und für den Frieden in der Karibik "wirksam" für den Friedensnobelpreis zu nominieren.

Das folgende Konzert mit Liedern aus ganz Lateinamerika und natürlich den Liedern von Antonio begeisterte das Publikum so, dass einige tanzten und noch um 23:30 Zugaben forderten.



Köle alaaf!

Dass in Köln die Cubanische Sache auch in der ‚Fünften Jahreszeit‘ - dem Karneval, auch Fasching genannt - vertreten wird, belegen die Fotos unseres FG-Mitglieds Oliver Nix.

Oliver berichtet, er habe zahlreiche durchweg positive Reaktionen erlebt und viele neue Kontakte knüpfen können.

Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V. Regionalgruppe Essen

Stellungnahme der FG BRD-Kuba e.V. Regionalgruppe Essen einstimmig beschlossen bei der öffentlichen Mitgliederversammlung am Mittwoch, 02. 02. 2005

Bei ihrem Vorstellungsgespräch im US-Senat Mitte Januar bezeichnete die (zu diesem Zeitpunkt erst designierte) US-Außenministerin Condoleezza Rice sechs Länder (Iran, Cuba, Birma, Nordkorea, Simbabwe und Weißrußland) als »Vorposten der Tyrannei« und lieferte damit die Vorlage für G.W.Bush zu konkreten Drohungen. Dessen 40 Mio. US-Dollar teure Inauguration am 20. Januar gipfelte in der musikalischen Darbietung von »Hail the Chief« - »Heil dem Führer«, was nicht nur an den Caesarenwahn des antiken Rom erinnert. In seiner Antrittsrede kündigte »Chief« Bush unter Bezugnahme auf Rice die »weltweite Befreiung von Tyrannei« an, was einer Kriegserklärung an die genannten Länder nahe kommt.

★ »Vorposten der Tyrannei«? Die USA üben ein Besatzungsregime des Schreckens im Irak aus und haben bereits ein militärischen Überfall auf den Iran angekündigt!

★ »Vorposten der Tyrannei«? Die USA betreiben in rechtsfreiem Raum auf ihrem illegalen Stützpunkt Guantánamo-Bay ein Foltergefängnis und unterhalten ein weltwei-

tes System von geheimen CIA-Folterlagern!

★ »Vorposten der Tyrannei«? Die ehemalige US-Außenministerin Madeleine Albright nannte 500.000 tote irakische Kinder einen »akzeptablem Preis«! Heute ist diese Dame bezeichnenderweise aktiv in einem millionenschweren »Internationalen Komitee für Demokratie in Cuba«. Es ist kaum davon auszugehen, dass sie die cubanischen Kinder höher schätzt als die irakischen. Bush wiederholte seine Ankündigung, »das Feuer der Freiheit über den Globus« bzw. die »Verbreitung der Freiheit bis in die dunkelsten Winkel der Welt« tragen zu wollen.

★ »Dunkelste Winkel der Welt«? Großvater Bush machte in den 30er Jahren glänzende Geschäfte mit den deutschen Faschisten und Vater Bush beschäftigte flüchtige Nazi-Verbrecher als Wahlkampfhelfer (»NRZ«, 20.02.05)!

★ »Dunkelste Winkel der Welt«? Mitte 2003 gab es nach offiziellen Angaben exakt 2.078.570 Häftlinge in den US-Bundes- und Staatsgefängnissen. Fast jeder 75. Mann befindet sich in den USA im Knast - 715 Häft-

linge pro 100.000 Landesbewohner. In Russland beträgt die Zahl 584, bei den Nachbarn Mexico und Canada 169 bzw. 116. Dabei gehören fast 2/3 der Knastinsassen ethnischen Minderheiten an. Rund 12 % der afroamerikanischen Männer im Alter von 20 - 30 Jahren sitzen im Gefängnis (Max Böhnelt in: »ND«, 09.06.04)!

★ »Dunkelste Winkel der Welt«? Der US-amerikanische »Gefängnis-Industrie-Komplex« ist eine einzige Verhöhnung der Menschlichkeit. Beispielhaft erwähnt seien der afroamerikanische Journalist und Menschenrechtler Mumia Abu-Jamal, der seit 20 Jahren (!) unschuldig in der Todeszelle sitzt und der Indian Movement - Kämpfer Leonard Peltier, der seit über 25 Jahren unschuldig eingekerkert ist. Erwähnt seien die »Miami 5«, die fünf cubanischen Antiterroristen, die bar jeder Rechtsgrundlage zu extremen Gefängnisstrafen (bis mehrmals lebenslanglich) eingeknastet wurden, weil sie mit gewaltfreien Mitteln Anschläge auf ihr Land verhindert haben.

★ »Dunkelste Winkel der Welt«? Look homeward, Bush! Sehen Sie sich um im eigenen Land, in den Straßen der Armenviertel, wo die Menschen von Ihrem System massenhaft zu Arbeitslosigkeit, bitterster Armut, Drogenkonsum, Prostitution und Gewalt verdammt sind!

Demgegenüber konnte im Januar das von Bush ins Visier genommene Cuba vermelden, dass die Kindersterblichkeit auf der Insel trotz 45-jähriger völkerrechtswidriger Blockade im Vorjahr auf ein historisches Tief gedrückt werden konnte: Mit einer Sterberate von 5,8 auf Tausend liegt Cuba damit unter den 36 führenden Nationen der Welt und vor allen »Entwicklungsländern«. In den USA beträgt der Index 7 auf 1.000; bei den karibischen Nachbarn Dominikanische Republik und Haiti liegen die Werte bei 29 bzw. 76 auf Tausend, in Lateinamerika seien genannt Chile und Costa Rica (jeweils 8), Uruguay (12), Argentinien (17), Mexico (23), Peru (26) und Brasilien (33) (UNICEF-Report, nach: »UZ«, 14.01.05).

Aufgrund kostenloser Bildung und Ausbildung haben entsprechende Programme dazu geführt, dass Cuba heute die höchste Zahl an Hochschulstudent/innen seiner Geschichte zählt. Es sind 380.000 Student/innen, 233.011 von ihnen werden in den 938 bestehenden Universitätsfilialen in den 169 Kreisen des Landes ausgebildet. Derzeit werden in Cuba 444 Polikliniken betrieben, 107 davon wurden in der jüngsten Zeit völlig neugestaltet, bei 34 ist dieser Prozess im Gang. Dazu kommen die Modernisierungs- und Renovierungsarbeiten, die in 27 Krankenhäusern durchgeführt werden, als Teil eines Programms, das ebenfalls alle einschließen

wird; weiterhin die Eröffnung von 217 Physiotherapiepraxen in den Polikliniken, wobei bis Ende 2005 alle Polikliniken über dieses Angebot verfügen werden. Außerdem wurden 24 neue Hämodialyseudienste, 88 Optiken und 118 Intensivstationen in den Kreisen eröffnet, in denen es keine chirurgischen Krankenhäuser gibt (Fidel Castro in seiner Rede vor dem XIII. Kongress des Kommunistischen Jugendverbandes [UJC] am 05.12.04).

Diese Liste ließe sich seitenlang fortsetzen mit beeindruckenden Beispielen von Jugendclubs, Altenzentren, Frauenförderung, Behindertenbetreuung, Literaturförderung u.v.a.m.

★ »Vorposten der Tyrannei«? Obwohl niemand behauptet, dass Cuba ein Paradies wäre, so ist es doch den barbarischen Zuständen in vielen Teilen der USA, aber auch den brutalen Sozialmassakern in der BRD und anderen europäischen Ländern weit voraus.

★ »Vorposten der Tyrannei«? G.W. Bush hat als Gouverneur von Texas 152 Vollstreckungsbefehle für Hinrichtungen persönlich unterzeichnet. Unter seiner Präsidentschaft befinden sich derzeit 3.500 Häftlinge in den US-Todestrakten.

★ »Vorposten der Tyrannei«? Sehen Sie in den Spiegel, Mr. Bush!

Cuba hat viele Freundinnen und Freunde - überall auf der Welt. Auch in der EU und der BRD muss und wird die Solidarität mit Cuba gegen die massierten Angriffe und sogar offenen militärischen Drohungen verstärkt werden. Wir müssen nicht nur den Militaristen im Weißen Haus, sondern auch deren Satrapen im eigenen Land in den Arm fallen: »Der Vize-Vorsitzende des Auswärtigen An-

schusses, Hans-Ulrich Klose (SPD), sagte (...) im Deutschlandradio, Bushs Rede von Freiheit und vom Vorgehen gegen Diktaturen sei eine große Ankündigung gewesen. "Ich finde, das ist etwas, was wir nicht kaputt reden, sondern unterstützen sollten."« (»dpa/ND«, 22.01.05)

Die FG BRD-Kuba e.V. Essen protestiert entschieden gegen die offen militärischen Drohungen der US-Regierung gegen das souveräne Cuba. Wir fordern den SPD-Vorstand auf, sich von den aggressiven Äußerungen des Herrn Klose zu distanzieren. Wir fordern die deutsche Bundesregierung auf, sich statt dessen gegen die Kriegstreiber im Weißen Haus zu positionieren und damit einen aktiven Beitrag zur notwendigen Normalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen auf der Basis des Völkerrechts zu leisten.

Die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V. Regionalgruppe Essen erklärt ihre uneingeschränkte Solidarität mit dem cubanischen Volk und seiner revolutionären Regierung sowie dem Recht Cubas auf Souveränität, Selbstbestimmung und auf eine eigenständige Entwicklung.

Die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V. Regionalgruppe Essen unterstützt die regionalen und zentralen Proteste gegen den Bush-Besuch am 22./23. Februar unter dem Motto »Not welcome, Mr. Bush!«.

Schluss mit der Blockade und allen Kriegsdrohungen – Hände weg von Cuba! USA raus aus Irak und Guantánamo!

FG BRD-Kuba e.V. Essen,
Mitgliederversammlung am 02.02.04;
i.A. Heinz-W. Hammer, Vorsitzender

FG GRUPPEN

Aachen: FG BRD-Kuba e.V./Welthaus - An der Schanz 1 - 52064 Aachen

Aschaffenburg: Petra Lehmann - Sonnenstr. 23 - 63743 Aschaffenburg

Augsburg: Franz Egeter - Berliner Allee 22 B - 86153 Augsburg

Berlin: Oliver Stoll - Gubener Str. 3A - 10243 Berlin

Bielefeld: Jürgen Bäumer - Im Bracksiek 26a - 33611 Bielefeld

Bonn: Walter H. Fehr - Rennenbergstr. 14 - 53639 Königswinter

Bremen: Elka Pralle - Friesenstr. 109 - 28203 Bremen

Velbert: Hartmut Meinert - Händelstr. 3 - 42549 Velbert

Dortmund: Jan Tacke - Beurhausstr. 60, App.40 - 44137 Dortmund

Dresden/Radeberg: Steffen Radisch - Mühlstr. 24 - 01454 Radeberg

Duisburg: Renate u. Uli Fausten - Dickelsbachstr. 21 - 47053 Duisburg

Düsseldorf: Andreas Schmid - Ludwigshafener Str.6 - 40229 Düsseldorf

Essen: Heinz W. Hammer - Im Klipp 23 - 45143 Essen

Esslingen: Frieda Hafenrichter - Eugen-Bolz-Str.15 - 73732 Esslingen

Freiburg: Carmen Giesin - Weinbergstr. 6 - 79111 Freiburg

Gelsenkirchen: Christa Grewe - Festweg 12 - 45886 Gelsenkirchen

Giessen: Erika Beltz - Dietzstr. 7 - 35390 Giessen

Göttingen: Gunnar Siebecke - Hartzstr. 13 - 37081 Göttingen

Güglingen: Manfred Sill - Riedfurtstr. 5 - 74363 Güglingen

Hannover: Jenny Teuber - Rampenstr. 15 - 30449 Hannover

Idar-Oberstein: Karin Gottlieb - Frinkenstr. 9 - 55743 Idar-Oberstein

Kaiserslautern: Helga Maier - Heißenbergstr. 9 - 66851 Queidersbach

Karlsruhe: Roland Armbruster - Wilhelmstr. 85 - 76137 Karlsruhe

Koblenz: Robert Peiter - Friedrichstr. 7 - 56333 Winningen

Köln: Maria-Luz Kremp - Kasparstr. 3 - 50670 Köln

Konstanz: Gottfried Heil - Teuringer Str. 42 - 88045 Friedrichshafen

Landshut: Franz Kroiss - Högelberg 32 - 84028 Landshut

Ludwigsburg: Karl Bühn - Postfach 1146 - 71692 Möglingen

Mannheim: Barbara Caroli-Buch - Gneisenaustr. 18 - 68259 Mannheim

München: Werner Ströhlein - Grünecker Str. 16 f - 85375 Neufahrn

Tübingen: Stefan Dreher - Schleifmühlenweg 32 - 72070 Neckar-Alb-Kreis

Nürnberg: Marianne Schweinesbein - Sielstr. 6 - 90429 Nürnberg

Regensburg: Bernhard Ostermeier - Mariaorter Str.9 - 93161 Sinzing

Saarbrücken: Bärbel Wiemer - Ottweiler Str. 4 - 66113 Saarbrücken

Stuttgart: Reiner Hofmann - Rohrdommelweg 6 - 70378 Stuttgart

Triefenstein: Dr. Friedrich Cremer - Friedrich-Kirchhoff-Str. 1 - 97855 Triefenstein

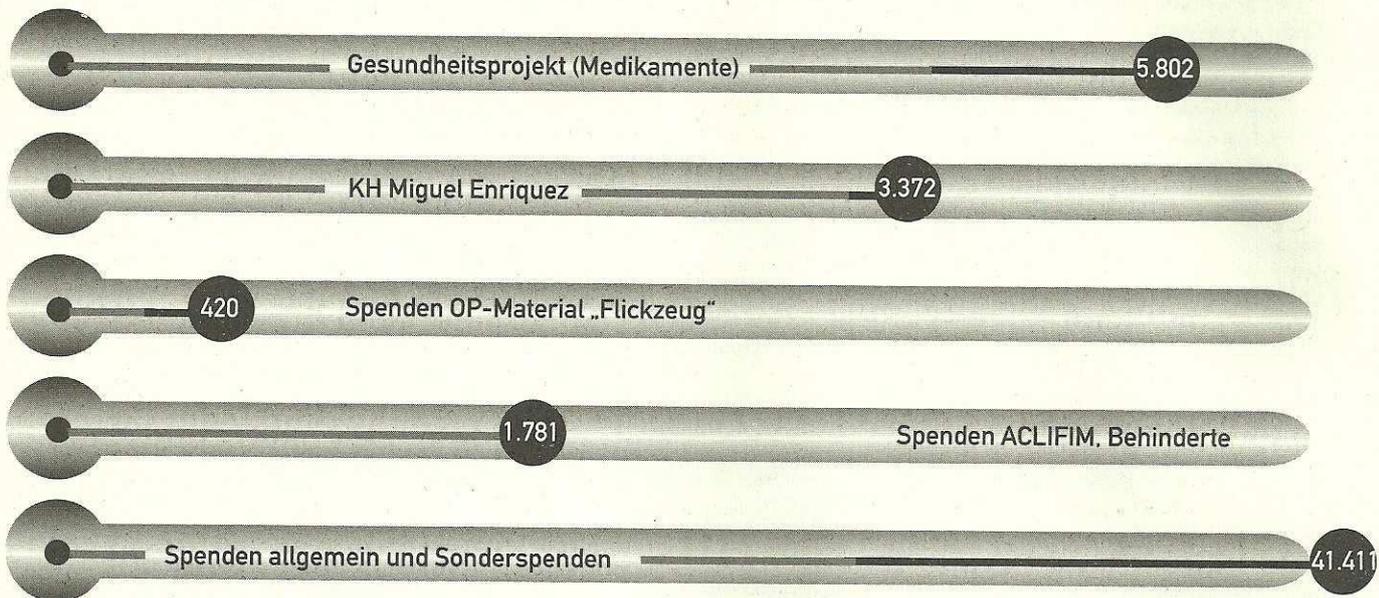
Ulm: Wolfgang Peter - Fichtestr. 2 - 89129 Langenau

Wuppertal: Dirk Eugen Werner - Marienstr. 67 - 42105 Wuppertal

Würzburg: Michael Meyer - Sophienstr. 20a - 97072 Würzburg

Spendenbarometer stand 31.12.2004

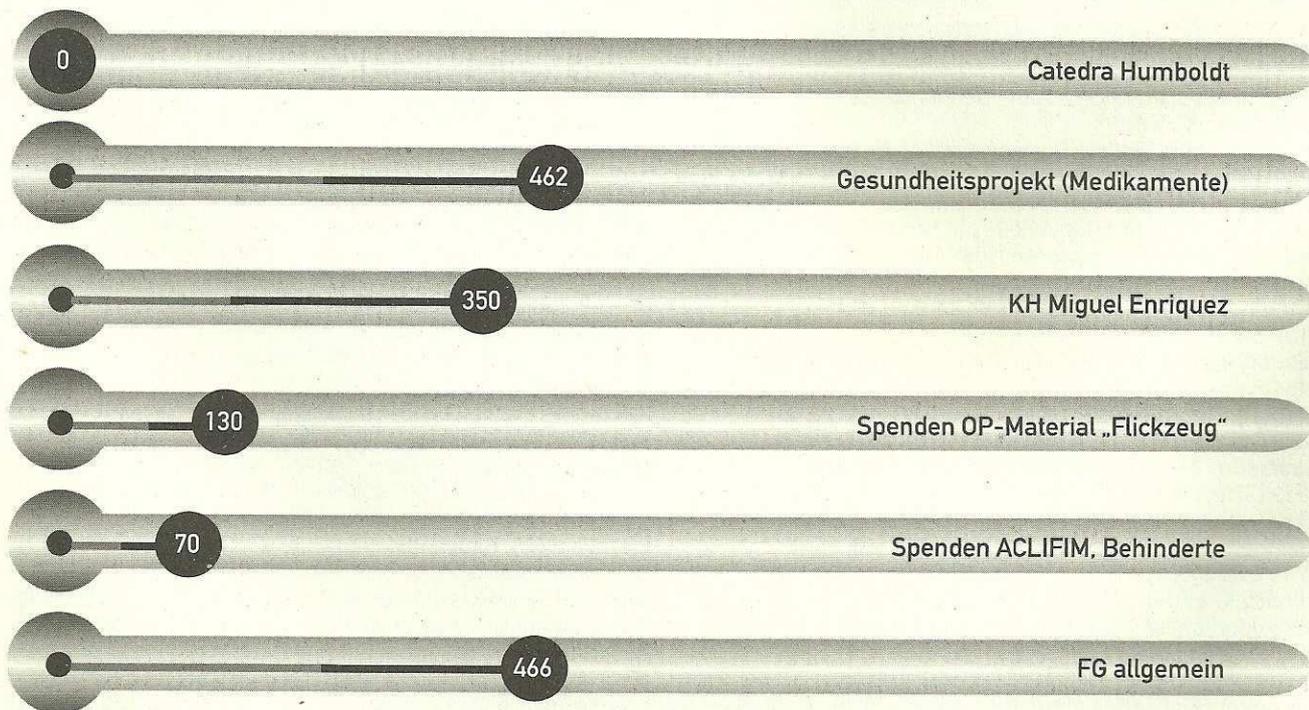
Spendenkonto der Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba e.V.: Postgiroamt Köln, Kto.-Nr. 307 984-507 (BLZ 370 100 50)



alle Beträge in Euro

Spendenbarometer stand 28.02.2005

Spendenkonto der Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba e.V.: Postgiroamt Köln, Kto.-Nr. 307 984-507 (BLZ 370 100 50)



alle Beträge in Euro

Catedra Humboldt in Havanna

Die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba wird auf ihrer Bundesdelegiertenkonferenz 2004 über ein neues zentrales Spendenprojekt beschließen



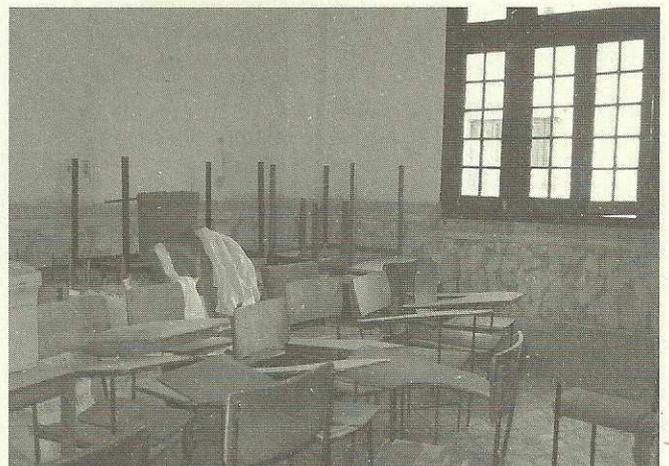
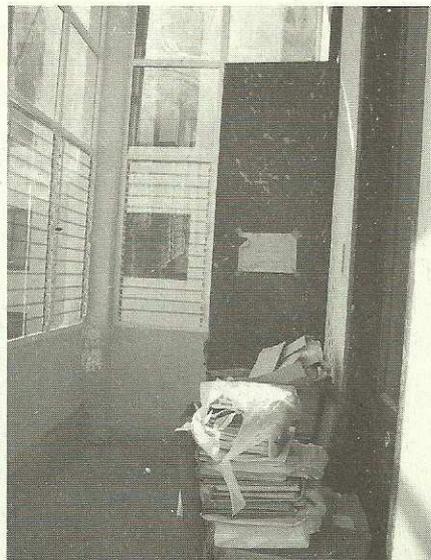
Nachdem von Seiten des Bundesvorstandes der FG unter großer Unterstützung unserer Berliner Regionalgruppe die Vorbereitungen so weit gediehen sind, dass eine Kooperationsvereinbarung zur Unterzeichnung vorliegt, wird die diesjährige BDK in Velbert darüber diskutieren und beschließen können. ★

Die Kooperation mit der Catedra Humboldt, die auch vom Cubanischen Außenministerium begrüßt wird, ist ein sehr politisches Projekt, angesichts der Unsicherheiten, die mit dem geplanten Goethe-Institut verbunden sind.

Vordringlich müssen die Gebäudeschäden behoben werden, damit der Unterrichtsbetrieb wieder voll anlaufen kann und auch nötige Ausstattungsmaterialien heißt es zu besorgen. Auftrag der Catedra ist es, mittels ihrer Bibliothek, Veranstaltungen, Lesungen, Deutschkurse und LehrerInnen-Fortbildungen nicht nur die deutsche Sprache zu vermitteln, sondern auch die Inhalte des Deutschlandbildes in Cuba zu füllen.

In einer ersten Etappe dieses Projektes werden ca. 40.000 Euro gebraucht und dazu sollen auch noch viele andere Freunde und Freundinnen Cubas über die FG hinaus angesprochen werden.

Dr. Ivan Munoz Duthil, Direktor der Catedra Humboldt, die der Universität Havanna angegliedert ist und mit deren Fremdsprachlicher Fakultät kooperiert, ist unser direkter Ansprechpartner für dieses jüngste zentrale FG-Projekt.



30. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz der Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba e. V. am 23. und 24. 04. 2005 in Velbert

Hier noch mal die vorläufige Tagesordnung/Zeitplan sowie nähere Informationen:

Freitag, 22. April

★ Ab 20:00 Anreise

Samstag, 23. April

- 10:00 Eröffnung der BDK
- 10:15 Rechenschaftsbericht des Bundesvorstandes, Finanzbericht, Bericht der Revisionskommission
- 11:00 Diskussion zum Rechenschaftsbericht
- 12:30 Mittagspause
- 13:30 Referat eines cubanischen Gastes zu aktuellen Themen
- 14:30 Einrichtungen von Arbeitsgruppen zum Themenkomplex: Mögliche Aktionen zu den Desinformationskampagnen gegen Cuba
- 15:00 Tagung der Arbeitsgruppen
- 18:00 Abendessen
- 20:00 Abendveranstaltung

Sonntag, 24. April

- Ab 07:30 Frühstück
- 08:30 Fortsetzung der BDK, Vorstellung der Arbeitsergebnisse
- 09:30 Wahl des Bundesvorstandes und der Revisionskommission
- 10:30 Beratung und Beschlussfassung über Anträge/ Resolutionen
- 12:30 Ende der BDK

Meldung der Delegierten bis Freitag, 1. April an die Geschäftsstelle schicken, faxen, mailen ...

Wer keiner Regionalgruppe angehört, kann sich ebenfalls in der Geschäftsstelle anmelden, die BDK kann in diesen Fällen eine Stimmberechtigung beschließen.

Inhaltliche Schwerpunkte

Der Bundesvorstand wird der Konferenz vorschlagen, dass wir uns mit folgenden inhaltlichen Schwerpunkten beschäftigen:

- ★ Mögliche Aktionen zu den Desinformationskampagnen gegen Cuba
- ★ Catedra Humboldt
- ★ Neuwahlen der Mitglieder des Bundesvorstandes

Zum ersten Punkt werden uns unsere cubanischen Gäste sicherlich mit neusten Informationen versorgen.

Beim zweiten Punkt wollen wir über das auf den vorigen Seiten vorgestellte neue Projekt beraten, welches wir zusammen mit Soligruppen aus anderen europäischen Ländern durchführen wollen.

Zum Punkt drei sollte in jeder Regionalgruppe darüber beraten werden, ob es eine/n KandidatIn für den Bundesvorstand bzw. die Revisionskommission gibt. Auch zur Frage der Arbeit in Arbeitsgruppen sind wir auf Eure Vorschläge bzw. Wünsche angewiesen: Meldet Euch per mail oder per Brief oder per Telefon, welche Vorstellungen Ihr dazu habt.

Abendveranstaltung

Am Samstagabend eine öffentliche Fiesta mit life-Musik, cubanischen Spezialitäten und Tanz stattfinden. Hier befinden sich die Compañer@s in Velbert in der Vorbereitung.

Es spielen für uns:
Barbara y VaiVen Cubano

4. Übernachtungen

Wir werden in der Jugendherberge Velbert übernachten, in der auch die Konferenz stattfindet. Hierzu benötigen wir natürlich verbindliche Anmeldungen bis spätestens zum 1. April, damit wir entsprechende Zimmer / Betten reservieren können (s. beiliegenden Anmeldezettel). Die Kosten

für die Übernachtung sind im TeilnehmerInnenbeitrag enthalten. Bei der Anmeldung muss exakt angegeben werden, und ob ihr eine Nacht oder zwei Nächte bleibt und ob ein Einzelzimmer (Mehrpreis: 10 Euro pro Nacht) gewünscht wird. Außerdem ist eine Anzahlung von 10,00€ je Übernachtung auf das Konto der FG bei der SEB-Bank AG Bonn nötig: Konto-Nr.: 1202 999 900, BLZ 380 101 11. (Anders ist eine Zimmerreservierung durch die FG nicht möglich!)

Wer sich selbst eine Übernachtungsmöglichkeit besorgen will/kann, hat mit all dem nichts zu tun.

4. Kosten

Der Delegiertenbeitrag beträgt 30,00 . incl. Konferenzunterlagen, Verpflegung (Fr-Abend bis So-Mittag), Übernachtung und Abendveranstaltung

Die Reisekosten können auf Antrag gegen Vorlage entsprechender Belege bis zu 50 % erstattet werden.

5. Fristen

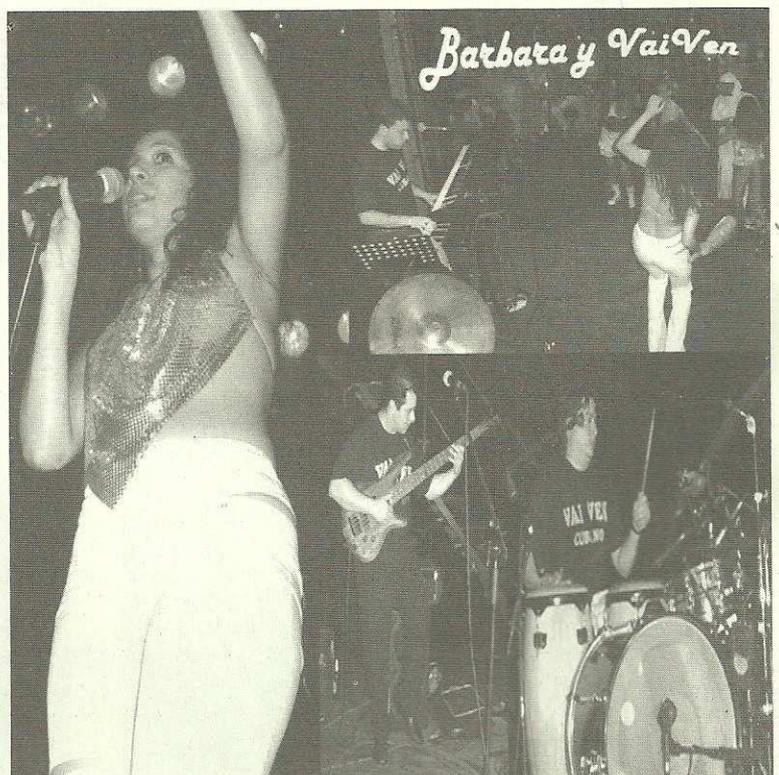
Anträge an die BDK müssen bis zum 1. April in der Geschäftsstelle eingegangen sein

Anmeldung für Übernachtung: Bis zum 1. April in der Geschäftsstelle

Delegiertenmeldungen: Bis zum 1. April in der Geschäftsstelle
Alle Delegierten bzw. angemeldeten FG-Mitglieder erhalten ca. 10 Tage vor der BDK noch einmal die Tagesordnung mit Zeitplan, die Rechenschaftsberichte des Vorstandes und des Kassierers sowie die dann vorliegenden Anträge sowie eine Reisebeschreibung.

6. Anreise

Es empfiehlt sich dringend, bereits am Freitag anzureisen, da Velbert am Samstagfrüh mit dem ÖPNV nur schlecht bis 10.00 Uhr erreichbar ist, wenn man einen längeren Anreiseweg hat. (Außerdem kann es ganz nett sein, am Vorabend der Konferenz zwanglos ein wenig über die politische Lage und unsere Aktivitäten zu plauschen).



Auf nach Cuba!

"Diese Insel ist wohl eine der Schönsten, die Menschengenossen je gesehen..." schrieb Christoph Columbus 1492 in sein Bordbuch.

Und in einem Katalog des Reisebüros "Vacancia" stand: "Vorsicht, Cuba macht süchtig!"

Wir können diese Aussagen nur bestätigen und wollen deshalb vom 29.07. - 15.08.05 eine große Rundreise durch Cuba machen.

Wer Lust hat mitzufliegen, melde sich bei:

Meike.Sperber@gmx.de oder

heidisperber@gmx.de, Tel.: 09661/4943

Die Kosten für die 18 Tage betragen ca. € 1.995,-

Unterkunft in Mittelklassehotels, Halbpension, sämtliche Transfers inclusiv, in Bucanero all incl., deutsch sprachige Reiseleitung, ohne Hin- und Rückfahrt zum Flughafen Frankfurt innerhalb Deutschlands.

FLUG MIT CONDOR Frankfurt-HOLGUIN / HAVANNA-Frankfurt 29.7.- 15.8.05

- 29.7. Transfer von Flughafen HOG -nach SANTIAGO DE CUBA, Htl. SAN JUAN
 30.7. Programm bis mittags: Stadtführung, Moncada-Kaserne, Friedhof mit Besichtigung des Grabes von José Martí. Nachmittag steht zur freien Verfügung. (Karneval)
 31.7. freier Tag - Karneval
 01.8. 9.00 Treffen mit CTC und Gewerkschaft Erziehung gegen Mittag Abfahrt nach BARACOA. Unterkunft im Hotel PORTO SANTO (am Meer)
 02.8. Stadtführung in BARACOA, Indianermuseum (sofern geöffnet) Kirche, Landungsort von Kolumbus.

03.8. Wanderung und Flußfahrt auf dem Rio Toa, der Nachmittag steht zur freien Verfügung. Übernachtung noch in Baracoa. ★

04.8. Fahrt über die schöne Küstenstraße nach Santiago de Cuba, unterwegs Besichtigung von Guantanamo und Granjita Siboney,

04.-6.8. 2 ÜN Strandurlaub, all inclusiv im Hotel Bucanero.

06.8. Fahrt nach BAYAMO, unterwegs Besichtigung El Cobre, Stadtrundgang. Weiter geht's nach Bartholome Maso, Unterkunft im Villa Santo Domingo.

07.8. Fahrt mit dem LKW, Wanderung zur Ex-Comandancia von Fidel. (vorbehaltlich Wetter und Möglichkeit). Ansonsten Wanderung in der Siera Maestra

08.8. Fahrt nach Camagüey, Übernachtung dort.

09.8. Fahrt nach Trinidad, Übernachtung im Hotel Costa Sur am Meer, nahe Trinidad.

10.8. Stadtbesichtigung des kolonialen Teils von Trinidad, nachmittags Fahrt in das Valle de Ingenios.

11.8. Fahrt in die Sierra de Escambray, Wanderung in den Topes de Collantes

12.8. morgens Weiterfahrt nach Santa Clara, Besuch des Che Memorials und des Tren Blindado. Weiterfahrt nach Havanna, Hotel Vedado oder gleichwertiges

13.08.-15.08. Stadtbesichtigung, Platz der Revolution, Memorial Jose Marti, Habana Vieja, San Isidro, Capitol, Christus, Malecon, El Moro mit Spektakel, Treffen mit CDR - Informationen über Aufgaben und Arbeit - Besichtigung Allgemeinartzpraxis und evtl. Kinderheim.

15.08. nachmittags Rückflug

Von der Geschäftsstelle lieferbare Materialien Bestellungen bitte an: FREUNDSCHAFTSGESELLSCHAFT BRD-KUBA e.V.; Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel.: 0221 / 24 05 120, Fax: 0221 / 60 60 080:

Artikel	VK GRUPPEN			
1. Zeitschriften, Bücher und Broschüren:				
Cuba Libre (1/4 jährliche Zeitschrift der FG)	-	3,10	2,00	
Granma Internacional (dtsh. Ausgabe mtl.)		1,50	1,00	
Cuba kompakt, monatl. Infoblatt		0,20	0,20	
Democracy in Cuba, engl.		5,10	4,10	
Democracia en Cuba, span.		5,10	4,10	
Cupull/Gonzáles, Che aus der Menge		9,20	7,70	
Hacker/Messerschmidt/..., José Martí - Werksauswahl		3,80	2,80	
Panitz, Tamara Bunke - Mit Che Guevara in Bolivien		10,10	8,10	
Panitz, CHE		5,10	4,60	
Huhn, Companero Castro		5,10	4,60	
R. Ridenour, Kuba, ein Yankee berichtet		5,10	4,60	
Burghart/Huhn, Das Wunder Kuba		5,10	4,60	
Ospina/Declercq, Originalton Miami		15,20	10,30	
Ospina, Im Zeichen der Fledermaus		12,00	10,00	
Neu: Horst Schäfer, Im Fadenkreuz: Kuba		18,00	15,00	
Franzbach/Canas/Romero, Trinidad auf Kuba		4,10	3,00	
Edition Cuba Libre 1/94 - Interview mit Raul Castro		3,60	2,60	
Edition Cuba Libre 2/94 - Interview mit Fidel Castro		3,60	2,60	
Katalogbroschüre: Bilder vom Menschen		3,60	2,60	
"Richtung Kuba", Reise-Ratgeber		3,10	2,80	
Philipp, Ein Bild von Kuba, Kunstband		30,20	26,60	
Miami 5, Mit Würde, Stolz und Mut		5,00	5,00	
Cuba - eine andere Welt ist möglich		2,00	1,50	
Postkarte Miami 5		1,00	1,00	
in Kopie vorhanden:				
Fidel Castro, Die Revolution zu retten		2,60	2,10	
ders., Sozialismus oder Tod		1,50	1,30	
ders., Kuba bleibt beim Sozialismus		2,00	1,50	
ders., Kuba: Bastion des Sozialismus		2,00	1,50	
ders., Uns zwingt niemand auf die Knie		2,00	1,50	
ders., Berichtigung von Fehlern		2,00	1,50	
Hönsch, Kuba - Geograph. Landeskunde (Kopie)		5,10	4,60	
2. Plakate: Che Guevara DIN A2 s/w				3,60 2,60
3. Aufkleber:				
„Che“ mit Schriftzug, klein				0,80 0,60
Cubafahne, klein				0,80 0,60
4. Textilien:				
Wimpel: Cuba-Fahne/Che-Motiv, ca 15x10 cm				3,60 2,60
Cuba-Fahne, mittelgroß				14,50 13,00
5. Anstecker, Schlüsselanhänger:				
Anstecker:				
Che, schwarz auf rot, rund, ca. 1,5 cm				2,00 1,50
Cuba-Fahne, ca. 1,5 cm				2,60 2,00
Cuba-Fahne, ca. 2,5 cm				3,60 2,60
neu: Che-Foto ca. 7 cm				2,60 2,00
Schlüsselanhänger:				
Che, silber/rot				2,60 2,00
Che/Cubafahne				4,00 3,00
Kordelkette weiß mit Che-Anhänger schwarz				2,50 2,00
6. Originalphotos - verschiedene Größen, Motive				
Che Guevara, Fidel Castro, ca. 10x13 cm				3,60 2,60
7. Musik-CDs und Video-/Kassetten, DVD				
14. Weltjugendfestspiele in Havanna, Video				13,00 10,50
CD Daniel Rodriguez „Regresare“				Solispende 8,00
CD Musica y Revolucion				14,50 13,30
Maya Roy, Buena Vista -				
Die Musik Kubas, Buch und CD billiger!				10,00 9,00
CD Cuba - Lit. Revolution				17,90 15,90

Ein Verzeichnis weiterer lieferbarer Musik-CDs kann über die Geschäftsstelle angefordert werden. **Alle Materialien werden mit Rechnung und unter Berechnung der Versandkosten verschickt!!** Überweisungen für bestellte und gelieferte Materialien bitte nur auf das Konto der Bank für Gemeinwirtschaft Bonn, BLZ 380 101 11, Kontonr.: 1 202 999 900

Warum sagen wir »Hände weg von Cuba«

Seit dem 11. September haben die Vereinigten Staaten damit begonnen, alle zu eliminieren, die sie als Bedrohung für ihre Sicherheit ansehen.

★ Bis jetzt haben der Einmarsch in Afghanistan und im Irak gezeigt, welche Verachtung die USA internationalem Recht und den Vereinten Nationen entgegen bringen.

Ohne irgendeinen Anlass wurde Cuba von George W. Bush auf die Liste der Terroristen begünstigten Länder gesetzt. Jeb Bush, der Bruder des Präsidenten und Gouverneur von Florida, hat die USA aufgerufen in Cuba einzumarschieren. Ein von den USA lancierter Propagandafeldzug soll Cuba als "Schurkenstaat" isolieren und Millionen von Dollar an anti-cubanische Gruppen einen sogenannten "Regime Change" herbeiführen.

Seit 46 Jahren leidet Cuba unter Invasionsversuchen, terroristischen Angriffen und einer bösartigen Wirtschaftsblockade. Trotz allem konnte es seine Errungenschaften, zu denen ein weltweit anerkanntes Gesundheits- und Erziehungssystem gehören, am Leben erhalten.

Unabhängig davon, was man vom cubanischen System hält, steht es außer Frage, dass das cubanische Volk von einer solchen Aggression verschont werden muss.

Die UNO hat immer wieder mit überwältigender Mehrheit gegen die Blockade gestimmt, trotzdem halten die Vereinigten Staaten weiter daran fest und verstärken sie noch.

Die deutsche Regierung unterstützt und ergänzt mit ihrer Cuba Politik die Aggressionspolitik der Vereinigten Staaten anstatt eine Politik des Dialogs und respektvollen Umgangs miteinander zu verfolgen.

Ein für alle mal - Hände weg von Cuba

Was Sie tun können:

Lassen Sie sich von der Geschäftsstelle der FG BRD-Cuba einen vorbereiteten Brief schicken und senden Sie ihn an den Abgeordneten Ihres Wahlkreises. Eine Postkarte mit Rückmeldung dann an die FG schicken.

Wir danken Ihnen für Ihre Unterstützung!

FG-Termine unter:

www.fgbrdkuba.de/termine.html

nach Cuba, der Freundschaft wegen

Brigade José Martí



Drei Wochen internationalistische, konkrete Solidarität mit Cuba: Zusammen mit 250 Menschen aus ganz Europa: Zwei Wochen lang vormittags in Plantagen arbeiten, nachmittags cubanische Einrichtungen kennenlernen oder Diskussionsveranstaltungen, abends Fiesta, zum Abschluss einige Tage Fahrten in die Provinz.

27. Juni bis 17. Juli 05 1.300,--- Euro

Infos anfordern bei:

Freundschaftsgesellschaft
BRD-KUBA e.V.,
Tel.: 0221-24051 20 / Fax: 0221-6060080,
mail: info@fgbrdkuba.de

oder: Renate Fausten,
Tel. + Fax: 0203-666333,
mail: cubita@gmx.de

neues von den miami five

Omar Cabezas, Nicaraguas höchster Anwalt für Menschenrechte gab bekannt, dass er die Entlassung der fünf cubanischen, in den USA inhaftierten Cubaner in der nächsten Sitzung der UN-Menschenrechtskommission vertreten wird.

Cabezas hatte sich mit den Ehefrauen von Gerardo, Adriana Pérez, von Ramón, Elizabeth Palmeiro und der Mutter von Fernando, Magali Llorca, getroffen.

Er sagte, er empfinde die "Verletzungen und Vergewaltigungen der Menschenrechte der Gefangenen als wirklich schockierend", und drückte seine Solidarität mit den Frauen aus.

Bei anderer Gelegenheit wurden die Familienmitglieder der Fünf von Daniel Ortega, dem

Leiter der Sandinistischen Befreiungsfront (FSLN) mit dem Orden "Carlos Fonseca Amador" ausgezeichnet. Die Ehre wurde Adriana, Elizabeth und Magali während einer Massenveranstaltung in der Stadt Niquinohomo 50 km südlich von Managua zuteil.

Während seiner Rede vor 5000 Zuhörern bekräftigte der Generalsekretär der FSLN, Daniel Ortega, dass sie fünf Helden ehrten, wie sie nur in einem sozialen und menschlichen Model wie Kuba geformt werden könnten.

(Quelle: Granma-International vom 22. Februar 2005)



Adriana Perez (UZ-Pressfest 2003)

Angela Davis – Freilassung der Fünf!

"Für die Freilassung dieser rechtschaffenen Kubaner zu kämpfen ist die Pflicht aller Kräfte, die gegen den Terrorismus in jedem Teil der Welt sind. Es bedeutet zugleich, für die Sache vieler anderer Gefangener zu kämpfen, die wie sie widerrechtliche Strafen in USA-Gefängnissen absitzen. Sie dürfen nicht in Vergessenheit geraten...", erklärte Angela Davis. Antonio Guerrero sandte eine Botschaft an die X. Rosa-Luxemburg-Konferenz, die anlässlich des 86. Jahrestages der Ermordung dieser deutschen kommunistischen Kämpferin in Berlin stattfand.

Zum Gedenken an den 86. Jahrestag der Ermordung der deutschen kommunistischen Kämpferin Rosa Luxemburg fand an diesem Sonnabend in Berlin die ihr zu Ehren veranstaltete X. Konferenz statt, auf der die afrikanische Kämpferin Angela Davis

anwesend war.

Einer der bedeutsamsten Momente war die Verleihung des Menschenrechtspreises 2004 an Dr. Angela Davis durch die Gesellschaft zum Schutz der Bürgerrechte und der Menschenwürde mit Sitz in Berlin aus den Händen ihres Präsidenten Wolfgang Richter. Dieser würdigte unter anderem ihren Widerstand für die gerechte Sache seit ihrer Freilassung aus dem Gefängnis mit Hilfe der weltweiten Solidarität.

Der Kampf des cubanischen Volkes für seine Unabhängigkeit, seine Souveränität und zugunsten neuer Erfolge auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet sowie im Bereich der Bildung wurde auf der Konferenz ebenfalls hervorgehoben. Auf ihr widerspiegelte sich ebenfalls mit besonderem Nachdruck der beispiellose Widerstand, den

die fünf cubanischen Patrioten und antiterroristischen Kämpfer gegen die Ungerechtigkeit leisten, der sie seitens der USA-Behörden und insbesondere durch die nordamerikanisch-kubanische Maffia in Miami ausgesetzt sind.

Stürmischen Beifall unter den mehr als tausend TeilnehmerInnen der Konferenz lösten die Worte von Angela Davis zur Verteidigung der Fünf aus, als sie erklärte: "Für die Freilassung dieser rechtschaffenen Cubaner zu kämpfen ist die Pflicht aller Kräfte, die gegen den Terrorismus in jedem Teil der Welt sind. Es bedeutet zugleich, für die Sache vieler anderer Gefangener zu kämpfen, die wie sie widerrechtliche Strafen in USA-Gefängnissen absitzen. Sie dürfen nicht in Vergessenheit geraten ...".

Film "Mission gegen den Terror"

Autor und Autorin des Films sind die irische Journalistin Bernie Dwyer, die für Radio Havanna arbeitet und der Programmdirektor des cubanischen Bildungskanals "Canal Educativo" Roberto Ruiz Rebo.

Der Dokumentarfilm ist eine Koproduktion zwischen dem "Canal Educativo" und der irischen Filmgesellschaft "Two Islands".

Er erzählt in einer knappen Stunde die Geschichte der Terroranschläge in Cuba vom Brand des Kaufhauses "Encanto" bis zum Tod des jungen Italiens Fabio di Celmo, der bei einem Bombenattentat im Hotel Copacabana ums Leben kam.

Den beiden Filmschaffenden ist es mit ihrer Arbeit gelungen in einer dichten und künstlerisch beeindruckenden Synthese die Freude der CubanerInnen ebenso einzufangen wie das Entsetzen, die Zerstörung und den Tod, hervorgerufen durch unzählige, von Miami ausgehende Terroranschläge, die das Leben der Menschen in Cuba in den 45 Jahren der Revolution begleitet haben.

Fünf Männern, die Zerstörung, Terror und Tod von ihrer Insel fernhalten wollten und deswegen in den USA im Gefängnis sitzen, ist dieser Film gewidmet.

Interviews mit den Familienangehörigen der Fünf und Persönlichkeiten aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen, die deren Verhaftung und die sich daran anschließende juristische Farce kommentieren, erreichen zusammen mit dem vielfältigen und beeindruckenden Archivmaterial, dass dem Zuschauer die Augen darüber geöffnet werden, wie das normale Alltagsleben auf Cuba vom Terror bedroht ist. Ihm wird deutlich gemacht, wie wichtig die selbstlose Arbeit von Menschen wie den fünf Männern ist, weil nur so eine Möglichkeit besteht, Terror und Zerstörung von den Menschen in Cuba fernzuhalten.

aktuell: cuba – usa

Pastors for Peace – Karawane 2005

Liebe Freunde und Freundinnen,

Im Namen unserer Organisation, der Mitarbeitenden und dem gesamten Netzwerk von IFCO/Pastors for Peace in den Vereinigten Staaten möchte ich euch unsere wärmsten solidarischen Grüße senden. Ich schreibe, um einen besonderen Aufruf heraus zu geben: Um eure Teilnahme an unserer 16. USA - Cuba Freundschaftskarawane zu bitten, die im Juli 2005 nach Cuba ziehen wird.

Die Beziehungen zwischen den USA und Cuba sind in einem schwierigen und potentiell gefährlichen Stadium. Wir können davon ausgehen, dass ein vor kurzem wiedergewählter Bush sich darin bestärkt sieht, Aktionen zu unternehmen um sein erklärtes Ziel der "Befreiung" Cubas während seiner Präsidentschaft zu erreichen. Im Jahr 2004 hat er die Blockade noch verstärkt, indem er stren-

ge Maßnahmen eingeführt hat, um Reisen von US BürgerInnen nach Cuba zu verhindern und die Möglichkeit von Cubano-Amerikanern, ihre Familien zu besuchen, drastisch reduziert hat. Dabei ist die Mehrheit der US-Bevölkerung - sogar in Miami - dafür, die ökonomischen und Reise-Sanktionen gegenüber Cuba zu lockern oder auf zu heben.

Unsere Karawane kann in diesem Sommer eine aktive Rolle spielen, indem sie die Inhumanität und Unmoral der US-Politik öffentlich darstellt und herausfordert. So kann sie lebendige Informationen vermitteln und die anwachsende Opposition gegen Bushs Bestrebungen 'aus dem Bauch der Bestie heraus' ermutigen.

Wie in früheren Jahren wird die Karawane ►

dringend gebrauchte humanitäre Hilfsgüter nach Cuba mitnehmen - wie Medikamente, Computer und Schulmaterialien - ohne bei der US-Regierung eine Genehmigung zu beantragen. Diese Jahr werden wir jedoch eine besondere Gewichtung legen auf die Reiseproblematik für

★ US-BürgerInnen nach Cuba. In Verbindung mit anderen US-Organisationen, einschließlich der Brigade 'Venceremos', werden wir unser Recht nach Cuba zu reisen geltend machen, ohne um die Erlaubnis des US-Finanzdepartments zu bitten. Wir werden auch eine 'Umgekehrte Herausforderung' unternehmen - indem wir zurück in die USA eine Ladung mit symbolischer Hilfe aus Cuba bringen.

Wir wissen, dass ihr, unsere Companeros und Companeras, nach direkt nach Cuba reisen und Solidaritätsgüter senden könnt, ohne die Gesetze unseres Landes zu brechen. Wir wissen, wie sehr unsere Freunde und Freundinnen in Cuba eure Unterstützung schätzen und eure beständige gute Arbeit. Wir wissen auch, dass eure Ansichten, eure Perspektiven zu Cuba hier in den USA einen besonderen Eindruck machen. Unsere Menschen können von euch lernen, wie viele Freunde und Freundinnen Cuba in der Welt hat und wie sehr die Politik von Bush international isoliert ist. Durch Presskonferenzen anlässlich der Karawane, Rallies, Informationsveranstaltungen und Treffen mit VertreterInnen des Kongresses und lokaler Gremien werden uns eure Aussagen und Unterstützung helfen, die Desinformation über Cuba zu durchbrechen, die sich in den USA so hartnäckig hält und dazu beigetragen hat, die Blockade so lange aufrecht zu erhalten.

Vergangene Karawanen sind durch die Teilnahme von Mitgliedern von Solidaritätskampagnen in Ländern wie den Bahamas,



Berkley - Programm mit Musik

England, Dänemark, Deutschland, Ghana, Irland, den Niederlanden, Spanien und Schweden - zusätzlich zu unseren fortbestehenden Beziehungen mit Organisationen in Canada und Mexico - sehr positiv beeinflusst worden. In diesem Jahr hoffen wir die größte und vielfältigste internationale Präsenz die wir je hatten zu sehen. Wir wissen bereits, dass es eine Teilnahme aus den Solidaritätsbewegungen in England, Dänemark, Deutschland, Canada und Mexico geben wird und hoffen, dass es dieses Jahr ebenfalls zu einer Beteiligung aus Africa kommen wird.

Wir hoffen, dass ihr plant, in diesem Sommer an unserer Seite zu sein, indem ihr Delegierte aus eurer Organisation zu uns sendet. Wir bitten euch auch, die Sendung symbolträchtiger Hilfsgüter mit unserer Karawane

in Erwägung zu ziehen oder sogar ein Karawanen-Fahrzeug zu finanzieren, z.B. ein Ambulanz-Fahrzeug oder einen Schulbus, der auf einer der US-Routen der Karawane als lebendiges Symbol der Internationalen Solidarität mitfahren und dann in Cuba gespendet werden würde. Die Dänische Solidaritätsbewegung hat sich schon bereit erklärt in diesem Jahr einen Schulbus zu finanzieren.

Hier die Terminplanung der 16. Freundschaftskarawane:

5. - 16. Juli: Informationsveranstaltungen und Spendensammlungen innerhalb der USA und Canada.

17. - 22. Juli: Vorbereitung der TeilnehmerInnen in Texas. Grenzübertritt nach Mexico, Reise nach Tampico, Mexico.

23. - 30. Juli: Flug nach Havanna zum Informationsprogramm für die Karawane in Cuba.

31. Juli: Rückfahrt nach Tampico, Mexico und Fahrt zur Grenze Mexico/USA.

1. August: Umgekehrte Herausforderung - Überquerung der Mexicanisch-US-amerikanischen Grenze unter Mitführung von Hilfsgütern der cubanischen Bevölkerung and die Bevölkerung der USA.

Internationale Teilnehmer und TeilnehmerInnen können an einem beliebigen Punkt zu einer der Karawanen Routen stoßen bis spätestens zur Vorbereitung der Teilnehmenden am 17. Juli. Wir möchten euch aber ermutigen zu einer größtmöglichen Beteiligung an der Aufklärungsarbeit innerhalb der USA. Wir schätzen auch, dass einige von euch vielleicht lieber direkt aus Cuba in ihre Länder zurück fliegen wollen.

Um Fragen zu klären, Vorschläge zu machen oder weitere Informationen anzufordern, könnt ihr John Waller kontaktieren: ucaravan@igc.org oder Tel. 001 212-926-5757



Caravanistas vor Bus

Mutige Revolutionärin, große Internationalistin

Das kämpferische Leben von Gladys Marín ist zu Ende



Die Folgen der Pinochet-Diktatur haben die deutschen und die chilenischen Kommunisten auf besondere Weise verbunden: Tausende bekamen Aufenthaltsrecht in der DDR und auch in der BRD. Wir dokumentieren Auszüge aus dem Leben von Gladys Marín:

Gladys Marín wurde am 16. Juli 1941 in Curepto als eine von vier Töchtern einer Lehrerin und eines Bauern geboren. In ihrer Kindheit war sie in katholischen Jugendbewegungen aktiv; schon mit 11 Jahren lebte sie allein in Santiago, wo sie auch eine Ausbildung als Lehrerin machte, die sie 1957 abschloss. Mit 17 wurde sie Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes, kurz darauf Vorsitzende eines Junglehrerverbandes. Gladys wirkte dann in der Frauenkommission der Kommunistischen Jugend, in deren ZK sie 1960 gewählt wurde. 1963 wurde sie zur Vorsitzenden des Verbandes. In dieser Zeit entwickelte die Kommunistische Jugend eine aktive Studierendenpolitik, in sie fiel aber auch der Triumph der Unidad Popular am 4. September 1970.

Seit 1965 war sie Abgeordnete für den zweiten Hauptstadtdistrikt, bis der faschistische Putsch des 11. September 1973 Gladys Marín in die Illegalität trieb. Im Dezember 1973 kam sie auf Druck der Partei für acht Monate in die niederländische Botschaft, obwohl sie selbst weiterhin in der Illegalität wirken wollte. Während einer Solidaritätsreise in Costa Rica erfuhr sie 1976 von der Verhaftung ihres Ehemanns und Genossen Jorge Muñoz, den sie 1963 geheiratet hatte und mit dem sie zwei Söhne hatte. Jorge Muñoz ist bis heute verschwunden.

1978 kehrt Gladys illegal nach Chile zurück und leitet die illegale Inlandstätigkeit der Partei. 1984 zur Zweiten Sekretärin gewählt, wird Gladys 1994 Generalsekretärin der KP Chiles. Drei Jahre später erreicht sie bei den Senatswahlen die achtmeisten Stimmen, kann aber wegen des antidemokratischen Binominalsystems nicht Senatorin werden.

Günter Pohl,
uz - Zeitung der DKP, 11. März 05

Gladys Marín, die Generalsekretärin der Kommunistischen Partei Chiles, ist in der Nacht zum 6. März in Santiago de Chile an den Folgen eines Gehirntumors gestorben. Zwischen Oktober 2003 und Dezember 2004 wurde sie drei Mal in Havanna behandelt, wo ihr auch vor knapp einem Jahr der Orden "José Martí" verliehen wurde.

Immer mit den Armen dieser Erde

Rede von Gladys Marín anlässlich der Verleihung des "José Martí-Ordens" im März 2004 in Havanna

(...) Unser Blick geht zurück zu José Martí, einem Menschen der Jahrhunderte. Jahrhunderte von Licht und Schatten. Und eines der kräftigsten dieser Lichter, das immer leuchten wird, ist das von José Martí. (...) José Martí ist der Vorkämpfer unseres Amerikas. Führer der Träume und der Kämpfe von Millionen, die früher und heute seinem Beispiel folgen um die großartigen Herausforderungen der Gegenwart anzugehen. Gabriela Mistral, Pablo Neruda und Benjamín Vicuña Mackenna waren Chilenen, die in ihrer Poesie und Prosa José Martí hochhielten, einen Kubaner, der allen Amerikanern gehört.

Es gibt viele Ausdrücke dieser Identität auf allen Gebieten. In diesen Zeiten, wo wir derartige beschämende Unterordnung und soviel menschliches Elend sehen, ruft uns Martí auf rebellischer und aufständischer zu sein! Ich erhalte den José-Martí-Orden hier in Kuba, dem Herzen unserer Widerständigkeit und unserer Würde, Fundament aller Männer und Frauen Chiles, die wir weiterkämpfen, unter allen Bedingungen und in jeder Situation.

Ich bekomme den José Martí-Orden und möchte erinnern an die immer Anwesenden, die Festgenommenen und Verschwundenen, die Hingerichteten, die Enthaupteten, die ins Meer Geworfenen.

Es ist dies eine Zeit der Revolutionen. Wir müssen in eine permanente Revolution eintreten, mit allen Kräften und dem nötigen Humanismus. Die erste darunter ist die Schlacht der Ideen, wie der Comandante und Genosse Fidel sagt. Und wie Martí sagt: "Der Triumph ist den am besten Vorbereiteten gewiss."

Meine entschiedene Verpflichtung stammt von jeher, als ich die hassenswerten sozialen Unterschiede fühlte und erlebte. Aber immer war ich glücklich auf dem Land, den Weizenfeldern, in der Sonne, an der Luft. Dann fragte ich mich: Warum kann es nicht Glück für alle geben?

Ich bin im Inneren überzeugt, dass eine andere Welt möglich und nötig ist. (...)

Man muss das kritische und alternative Gedankengut weiterentwickeln, weil es eine tiefe Krise der neoliberalen Ideologie gibt, und wir müssen dem Aufkommen einer neuen Gedankenwelt helfen. Die ideologische Schlacht ist das Wesentliche. Mit seiner bahnbrechenden Überzeugung und seiner vorwärtsweisenden Aktion zeigte Martí die Wichtigkeit dieses Kampfes, die heute eine erstrangige Relevanz hat.

In diesem Moment fühle ich mich begleitet von Salvador Allende, dem Genossen Präsident, der die Kubanische Revolution so sehr geliebt hat. Allende, der heute wie nie in Chile und Lateinamerika gegenwärtig ist. Ein Mann, der die Geschichte mit einem martianischen, revolutionären Geist in Ehren zu halten wusste. (...)

Ich nehme diesen Orden nach Chile mit, als einen Stern der uns täglich im Kampf um den Sozialismus Hoffnung einflößt, im Kampf um das Leben, im Kampf um die Freiheit.

Ein Dank der kubanischen Revolution, ein Dank an Comandante Fidel, dafür, dass Ihr immer, so wie Martí, mit den Armen der Erde seid!

Mit Martí und Allende gewinnen wir tausend Mal!

DEUTSCHSPRACHIG

Granma

INTERNACIONAL

- ... die Zeitung aus Cuba ✓
- ... Cuba aus erster Hand ✓
- ... gegen die anti-cubanische Meinungsmache ✓
- ... Infos aus Lateinamerika ✓
- ... jeden Monat neu ✓

Ein Muss für jede Cuba-Freundin und jeden Cuba-Freund!

Ja! Ich will die Granma abonnieren und zwar:

- für 1 Jahr (12 Ausgaben) 15 €
- für 1/2 Jahr (6 Ausgaben) 8 €
- als Gruppenkontingent*

*(Rabattstaffel bitte beim Vertrieb erfragen)

Einsenden an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Spendenkonto: NETZWERK CUBA e.V. Sparkasse Essen 2103 901, BLZ 360 501 05

Ein außerordentlicher materieller Verlust für Asien

Von Jacques Nikonoff, Präsident von Attac-Frankreich

★ "Zunächst einmal behandeln, dann verstehen", sagte Albert Camus in "La Peste". Dies ist tatsächlich das wichtigste Ziel, das es angesichts der durch die Riesenswellen verursachten Tragödie, den Hunderttausenden von Toten und Verletzten in Asien, den Millionen von Obdachlosen und der Zerstörung ganzer Länder, zu erreichen gilt. In wenigen Tagen hat das französische rote Kreuz allein 10 Millionen Euro gesammelt (die Hälfte der zu der Zeit von der amerikanischen Regierung angesagten Hilfe).

Viele Ortsgemeinden haben sich aufgefragt. Ja, wir müssen geben! Auf eine derart unerhörte Katastrophe muss ein Elan ohne gleichen der allgemeinen Hilfsbereitschaft antworten. Sie wird den Hilfsbedürftigen helfen und die Schande abwaschen, die die Haltung des Großteils der Regierungen dieses Planeten inspiriert. Aber wir müssen schnell machen, denn wenn dieser Medientsunami sich erst einmal gebrochen hat, werden die Opfer vergessen sein und ihrem Schicksal überlassen werden. Wie im Falle des Irak, wo die internationalen Hilfversprechen für die Opfer des Erdbebens sich auf eine Milliarde Euro beliefen, von denen nur 1% überwiesen wurden, ohne dass sich auch nur irgendjemand (oder sagen wir, die Allerwenigsten) darum kümmerte.

In unseren Sesseln zurückgelehnt, sehen wir uns live im Fernsehen, fast als wären wir da, die Bilder des Dramas an. Aus Solidarität und wahren Mitgefühl haben viele Personen einen Scheck an die humanitären Organisationen geschickt oder werden dies noch tun. Sie haben Recht gehabt, und es sollte alles getan haben, um die Anstrengung zu verstärken. Aber ist das genug? Können wir dabei verbleiben? Was sollten wir noch tun? Wir sollten ernsthaft über die Scheinheiligkeiten unserer Zeit nachdenken. Und dann zur Tat schreiten!

Irgendetwas scheint in der Haltung der Medien und den von der Großteil der politischen Verantwortlichen gemachten Kommentare nicht zu stimmen. Diese Katastrophe außerhalb jedes Maßstabes wird nicht reflektiert. Sie wird auf eine Buchhaltungsfrage und makabre Bilder reduziert, sie wird wie ein Schicksalsschlag dargestellt, der jede gegenwärtige, vergangene und zukünftige Machtlosigkeit der nationalen und internationalen Obrigkeiten rechtfertigt. Angesichts dieser medialen Gehirnwäsche, ist es gut, sich einige Wahrheiten in Erinnerung zu rufen.

Akzeptieren wir zunächst einmal die Tatsache, dass die Toten eines Tages die Toten aller Tage aufwiegen. Sicherlich konnte die außerordentliche Ausmaß des Erdbebens, seine Plötzlichkeit, seine geographische Lage, die biblische Symbolhaftigkeit der

Sintflut, die diese zur Zeit der Weihnachtsfeiertage hatte, nichts als Schock und Emotion auslösen. Aber vergessen wir auch nicht, dass jeden Tag, laut der Food and Agricultural Organization (FAO), der Hunger 25.000 Leben kostet, hauptsächlich Kinder. Diese Wahrheit in Erinnerung zu rufen zielt keineswegs darauf ab, die Tragödie in Asien zu verniedlichen. Man kann nicht jeden Tag, einen emotionalen Schock der gleichen Intensität für diffuse Dramen erleiden, die auf dem ganzen Planeten vereinzelt stattfinden, die aus einer langsamen Agonie entstehen, die schwierig in eine Fülle von medialen Bildern zu verwandeln sind. Vielleicht sollten sich diese Hungernden damit einverstanden erklären, zu ihrem eigenen Besten, eine zusätzliche Anstrengung zu machen und sich verabreden, alle am gleichen Tag zu verschwinden? Die Summe wäre 9 Millionen, das wäre der Rekord aller Kategorien. Dann würden sicherlich die nötigen 40 Milliarden \$ veranschlagt, die, dem Programm der Vereinten Nationen für Entwicklung (UNPD) zufolge, jedes Jahr nötig wären, um den universellen Zugang zur Grunderziehung, zu Trinkwasser und sanitären Infrastrukturen und für Frauen, den zur Gynäkologie und Geburtshilfe zu ermöglichen.

Erkennen wir des Weiteren an, dass die von den Regierungen und den internationalen Instanzen genehmigte Hilfe lächerlich wenig ist. Am Freitag Nachmittag des 31. Dezember, waren 500 Millionen \$ zusammengekommen, obwohl die Vereinten Nationen den Bedarf auf mehrere Milliarden einschätzte. Die Vereinigten Staaten hatten 15 Millionen Dollar Hilfe angekündigt, dann wurden, angesichts der Proteste, die dieser groteske Beitrag auslöste, 20 Millionen zusätzliche Dollar hinzugefügt (25 Millionen Euro im Ganzen). Zum Vergleich: M. Bush hat gerade den Kongress der Vereinigten Staaten um eine Haushaltsspritze von 80 Milliarden \$ gebeten, um den Krieg im Irak zu finanzieren, der pro Tag 150 Millionen Euro kostet. Um noch einen Vergleich zu ziehen, die 400 größten Steuerzahler der Vereinigten Staaten hatten schon im Jahr 2000 ein Bruttoeinkommen, vor den Steuern, von 70 Milliarden, von denen 50 Milliarden \$ aus Kapitalerträgen herrührten: Dividenden, Zinszahlungen, Wertzuwächse. Diese Zahl spiegelt dennoch nicht das wirkliche Einkommen dieser Personen wider: weder ihr Bruttoeinkommen, noch ihr zu versteuerndes Einkommen. Ihr augenscheinliches Bruttoeinkommen ist niedriger als in Wirklichkeit, weil es nicht die Milliarden von Dollars berücksichtigt, die in Fiskalparadiese verschwunden sind. Ihr zu versteuerndes Einkommen ist auch niedriger, als es in Wirklichkeit sein sollte, da eine Vielzahl von

Einkünften von finanziellen Erleichterungen profitieren: Zinsen auf staatliche Obligationen, Lebensversicherungsprämien, Beiträge zu Rentenfonds. Aber es kommt noch ärger. Diese sehr reichen Steuerzahler scheinen nie genug zu haben. Obwohl ihr Steuersatz sich 1995 auf nur 29.23% belief, waren sie, mit Hilfe der ihnen wohl gesonnenen Regierung, in der Lage ihn im Jahr 2000 auf 22.29% sinken zu lassen.

Frankreich, mit 40 Millionen gezahlten Euro, ist der größte Spender. Wir können uns nur freuen, dass unser Land damit der Summe gleichkommt, die der verdammte Herr Sarkozy an der Spitze der UMP verschlungen hat. Allerdings kann man, und dies, ohne den Fußballfans wehtun zu wollen, anmerken, dass der Kauf der Exklusivrechte für die Ausstrahlung des französischen Fußballs durch "Canal +" diesen Sender 600 Millionen € gekostet hat.

Darüber hinaus ist die politische Instrumentalisierung der Tragödie von nun an lanciert. Der Wettbewerb, dieses Grundprinzip der neoliberalen Ideologie, sich nun sogar auf die humanitäre Hilfe ausgedehnt hat. Wir nehmen an einer Art Versteigerung statt, in der jedes Land, innerhalb bestimmter, natürlich "vernünftiger" Grenzen, den Eindruck vermitteln will, nicht zu wenig zu geben und jeden Tag ein neues Angebot macht. Sicherlich werden diese Hilfen, von denen wir nicht bezweifeln, dass sie von Herzen kommen, noch anschwellen, und das ist um so besser. Aber ohne Mobilisierung der Völker, bleiben sie sehr weit hinter den Bedürfnissen zurück. Die Initiative von Herrn Bush, eine "internationale Koalition der humanitären Hilfe" mit Indien, Japan und Australien einzugehen, die aber mit lächerlichen Summen und Mitteln ausgestattet ist, hat nur zum Zweck, die UNO, d.h. die einzige Quelle, zu umgehen und zu erniedrigen. Die internationale Zusammenarbeit, zur effizienten Koordinierung der Anstrengungen, ist zu keinem Zeitpunkt der Reflex der internationalen Globalisierungseliten gewesen.

Und Europa? Wo bleibt Europa? Ein obskurer Beamter hat zunächst einmal eine Hilfe von 3 Millionen € angesagt. Nachdem sich herauskristallisiert hatte, dass die Summe bedeutend zu klein war - immerhin zeigt diese Bewusstseinsbildung, dass man nicht ganz an Europa verzweifeln sollte -, wurden 30 Millionen € zusätzlich veranschlagt. Nichts ist symbolischer, als diese unglaubliche Haltung der Europäischen Union.

► Fortsetzung im nächsten Heft!

Cuba anders erleben

REISEN MIT DER FREUNDSCHAFTSGESELLSCHAFT BRD-CUBA

Begegnungsreise durch Zentralcuba

Eine Rundreise die Begegnungen mit CubanerInnen, Einblicke in gesellschaftliche Realitäten, historische Informationen und Strandurlaub miteinander verbindet. 8 Tage Rundreise, 6 Tage Baden.

Havanna - Playa Giron - Cienfuegos - Trinidad - Topes de Collantes - Santa Clara - Playa del Este.

Termine auf Anfrage

Reisepreis **1795,- €**

Der Westen und Zentralcuba zum 1. Mai

Mit dieser etwas anderen Rundreise bieten wir interessierten Cubareisenden einen besondern Informationscocktail und eine Chance, sich aus allererster Quelle zu informieren.

Havanna - Pinar del Rio - Playa Giron - Trinidad - Santa Clara - Playa del este

Termin: 29.04-13.05.05

Reisepreis ab **1795,- €**

Badereisen - auch mit Familie?

Kein Problem - Wir buchen für Sie JEDES HOTEL IN CUBA!

Cuba entdecken Ganzjährig: günstige Flüge nach Cuba!

Flug mit IBERIA täglich nach Havanna ab **€ 598,- + Tax**

LAST MINUTE FLÜGE ab **€ 299,- + Tax**

Übernachtungen in Cuba ab **€ 18,-**

Mietwagen, economic pro Tag ab **€ 35,-**

VACANCIA Reiseveranstalter der Freundschaftsgesellschaft BRD - CUBA

Reisekatalog 2005: Telefon 0241/406435+49369 ■ mail: vacancia@t-online.de/www.cubawelt.de

100 fragen + antworten

Wer von einer Cuba-Reise zurückkehrt und auch wer sich schon länger mit dem Land beschäftigt, hat viele Fragen. Zahlreiche Informationen und Fakten bietet ein kleines Büchlein aus Cuba von Carmen R. Alfonso Hernández, das auf 100 oft gestellte Fragen eine Sammlung von aufschlussreichen Antworten präsentiert. Die Cuba Libre wird nach und nach Teile daraus veröffentlichen, weil wir meinen, dass es auch für unsere LeserInnen viel Interessantes beinhaltet.

(A.d: Span. M.Schw.)

Was Sie schon immer über Cuba wissen wollten ...



Orangen

Foto: infoagra

Welches sind die Hauptexportprodukte Cubas?

Es sind Zucker, Zitrusfrüchte, Nickel, Fisch und Krustentiere, Rum, Kaffee, Tabak, Marmorsteine ... Während der letzten Jahre sind, als Resultat der fruchtbaren Arbeit von WissenschaftlerInnen und TechnikerInnen auf den internationalen Markt verschiedene Medikamente und medizinische Ausrüstung gekommen. Es handelt sich um Impfstoffe gegen Meningokokken und Hepatitis B sowie Interferon, um ein Ultramikroanalyssystem, die Medicin- und Cardiocid- und weitere Systeme, die durch ihre Effizienz im Dienste der Gesundheit des Menschen wettbewerbsfähig sind.

Welches ist der wichtigste Industriezweig des Landes?

Ehemals sagte man, dass es "das Land ohne Zucker nicht gibt". Sicher ist, dass unsere Böden die notwendigen Bedingungen für den Anbau von Zuckerrohr - in großem Umfang und mit guten Erträgen - aufweisen. Wir können diese von der Natur dargebotene Möglichkeit auch nicht gering schätzen, die wir CubanerInnen zu nutzen wussten.

Die Zuckerindustrie hat daher in der cubanischen Wirtschaft ein bedeutendes Gewicht. Sie wird auch weiterhin für einige Zeit an erster Stelle im Export stehen. Mit ihren Nebenprodukten unterstützt sie auch die Entwicklung anderer grundlegender Aktivitäten, unter anderem im Bereich der Viehfüttererzeugung, der Biotechnologie

und der chemischen Industrie.

Zu Beginn des revolutionären Prozesses hat die Zuckerindustrie zwei schwere Schläge erhalten: die traditionellen Märkte wurden durch die nordamerikanische Regierung für Cuba unerreichbar, die Einkäufe von technischem Gerät machten sie unmöglich und zahlreiche qualifizierte Kräfte verließen das Land. Im Jahr 1963 produzierte Cuba nur 3,8 Millionen Tonnen Rohzucker.

Jahr für Jahr verschlimmerte sich der Mangel an Arbeitskräften. Denn um die Arbeitslosigkeit zu eliminieren, verringerte man die Anzahl der als Zuckerrohrschneider Beschäftigten, die zur Verwirklichung anderer Aufgaben übergangen. Dem Land mangelte es an mechanischer und technologischer Industrie für eine Modernisierung der Ernteeinbringung.

Kontingente von ArbeiterInnen aus der Industrie und anderen Bereichen wurden in Kampagnen als Freiwillige für das Schneiden mobilisiert, gemeinsam mit den Soldaten des Heeres und StudentInnen. Che Guevara war einer derjenigen, die diese Anstrengung am meisten inspiriert haben.

In den fünf Jahren von 1966 - 1970 wurde der erste Plan der Entwicklung der Zuckerindustrie realisiert: es gab umfangreiche Investitionen die Bodenfläche für den Zuckeraufbau wurde vergrößert und Düngemittel verwendet. 1970 wurde die größte Zafra (Zuckerrohrernte) aller Zeiten erzielt.

Später gab es eine Reduzierung bei den Ernten aber ab 1973 steigerte sich die Produktivität beständig. 1985 wurde die Steigerung allein durch Mechanisierung erreicht und 1990 betrug die Mechanisierungsrate beim Schneiden des Zuckerrohrs 71%. Alle zentralen Zuckerrohranbauer gingen daran, sich in agroindustrielle Komplexe umzuwandeln. Tausende von IngenieurInnen und TechnikerInnen mit mittlerem und gehobener Ausbildungsniveau arbeiteten in diesem Bereich.

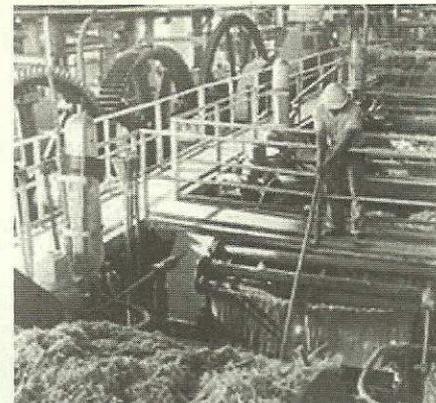
Die Einschränkungen an Treibstoffen und Ressourcen, die mit der Período Especial auftraten, bewirkten, dass ein Teil der Maschinen zur Aussaat, zum Schneiden und Transport ersetzt wurden durch die Arbeitskraft von Menschen und Nutztieren. Mehr als 200.000 Ochsen wurden abgerichtet um schwere Arbeiten zu verrichten und für das Zuckerrohrschneiden wurde eine größere Anzahl von Menschen eingesetzt. Im Anbau-

jahr 1994-1995 fiel die Produktionsmenge auf 3,3 Millionen Tonnen.

Das Land unternahm die Schritte, die angezeigt waren, diese Situation zu verändern. Es erhielt auch ca. 300 Millionen Dollar an Krediten für die Zafra (Zuckerrohrernte) 1995-96. Aber es waren durch die restriktiven Zahlungsbedingungen hohe Produktionsergebnisse erforderlich. Es war eine gigantische Anstrengung, angesichts der ausgiebigen und häufigen Regenfälle, die die Anbaugelände überschwemmten, aber schließlich konnte das Ziel erreicht werden. Es wurden 4,4 Millionen Tonnen Zucker gewonnen: 1,1 Millionen mehr als in vorherigen Kampagnen.

Es lohnt sich, das zu kommentieren. Seit Beginn der 90er Jahre um höhere Produktionszahlen des Rohzuckers zu erzielen, gab es Erschöpfungsanzeichen im Mai, der Período in der die Erträge zu sinken beginnen. Es wurden Pflanzungen geschnitten, die besser zu einer späteren Zeit geerntet worden wären, weil sie noch nicht genügend ausgereift waren. Aufgrund des Mangels an Schädlingsbekämpfungsmitteln und anderer Faktoren kam das Zuckerrohr auch nicht ausreichend sauber in die zentrale Verarbeitung.

Die Ernte 1997-1998 fiel auf den tiefsten Punkt der ganzen revolutionären Período: 3,2 Millionen Tonnen Zucker. So war es unabdingbar, eine Strategie zur Erholung der Zuckerwirtschaft zu entwickeln, die besonderes Gewicht legen musste auf die Kostenreduzierung, auf die Effizienz, darauf, dass die folgenden Zafra nicht beeinträchtigt würden, sowie - neben weiteren Aspekten - auf die Anwendung von Zahlungsmodalitäten.



Zuckerfabrik

Foto: Mario Ferrer

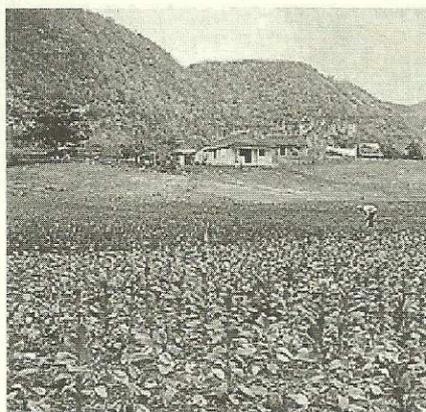
ten, die einen Anreiz für die Zuckerrohrproduzenten geben würden.

Und man begann die ersten Resultate der notwendigen organisatorischen Maßnahmen zu sehen. Fundamental war die Erfüllung des bescheidenen aber realistischen Plans von 3,6 Millionen Tonnen Zucker für das Jahr 1998-1999, zu rechten Zeit, mit Effizienz und organisatorischen Maßnahmen, die gleichzeitig den Erfolg der folgenden Kampagnen sicherten.

Die frühere Situation war überwunden, die den Raubbau des Zuckerrohrs gefördert, und die Ausbildung der Zuckerrohrstämme destabilisiert hatte. Die Maschinen wurden abgestellt, wenn keine vernünftigen Bedingungen mehr gegeben waren, Zucker zu gewinnen, weil kein Zuckerrohr mit akzeptablem Zuckergehalt zur Verfügung stand, kein rentabler Betrieb möglich war oder die folgende Ernte hätte beeinträchtigt werden können. Schließlich wurde der Abwärtstrend im Zuckersektor gebremst, was für die Erholung der Volkswirtschaft so sehr ersehnt wurde.

Welches ist die Produktionsstrategie für Havanna-Zigarren?

Ende des Jahres 1997 gab Cuba bekannt, dass es 100 Millionen von Havanna-Zigarren für den Export hergestellt hatte. Das bedeutete einen sprunghaften Anstieg um 42,8% gegenüber der Vorjahresproduktion. Für die Ernte 1998 wurden 160 Millionen zum Ziel gesetzt. Und noch vor dem Jahr 2000 sollten es 200 Millionen sein, gefolgt von 400 Millionen Puros Habanos von bester Qualität im Jahr 2003, wenn die Nachfrage entsprechend ist. 1998 wurde in einer außerordentlichen Anstrengung der gesamten Produktionskette, das vorhergesagte Ziel erreicht. Der Tabak wurde wieder zu einem der besten Exportgüter des Landes.



Tabakanbau im Vinales-Tal Foto: Islagrande

Diese Erholung ist von großer Bedeutung für die Wirtschaft durch den Beitrag von 170 Millionen Dollar den sie erbrachte. Sie war das Resultat einer großen Anstrengung, von Hinwendung und durchdachter Organisation. Dies hatte sich als notwendig erwiesen, um aus dem kritischen Stadium heraus zu kommen, in das die Produktion 1993-1994 gefallen war. Damals wurden nur etwa 360.000 Zentner geerntet, es wurden ca. 50 Millionen der Tabakwaren exportiert und 9.000 Tonnen Rohmaterial mussten importiert werden, um die Herstellung von Zigarren für den nationalen Verbrauch aufrecht zu erhalten.

Der sprunghafte Anstieg der Produktion hatte seinen Ursprung in der Schaffung von Basiseinheiten von Produktionskooperativen (Unidades Básicas de Producción Cooperativa - UBPC) in diesem Sektor, in der Übertragung von Land an Familien zur Kultivierung und Nutzung, in der Verfügbarkeit eines Mindestbestandes an Materialressourcen, in der Einführung neuer Sorten von ausgezeichnete Qualität und Widerstandsfähigkeit gegen Krankheiten, in der Einführung

neuer Technologien, einer besseren Organisation des Produktionsprozesses und in dem Bau und der Reparatur von Wohnungen, deren Anzahl von etwa 40.000 auf mehr als 65.000 anstieg.

Weitere Maßnahmen bewirkten die Mitwirkung von mehr als 2.000 neuen Tabak-ArbeiterInnen und weiterer 2.000 Jugendlicher, die sich ausbilden ließen. 14 neue Tabak-Fabriken wurden für den Export in angepasster neuer Form erstellt und die 17 bereits bestehenden repariert. Außerdem wurden mehr als 4 Millionen Verpackungen verschiedenen Typs hergestellt und zigtausend Formwerkzeuge und andere Produktionsmittel.

Man darf nicht vergessen, dass die Herstellung einer Havanna-Zigarre eine fünf-hundertjährige Tradition hat und dass Millionen von Menschen auf der Welt keine Mühen scheuen, die cubanischen Banderolen zu suchen, seien es die der Cohiba, Montecristo oder andere. Von den 300 Marken, von denen die meisten in die Antillen exportiert werden, werden die 42 in aller Welt bekanntesten von Hand hergestellt. Dabei werden fünf Blattsorten verwendet, die nach ihrer Textur (Faserstruktur), Farbe und Größe ausgewählt werden.

Obwohl der Tabakanbau überall stattfindet, gibt es verschiedene Schwerpunktregionen: Im Osten des Landes, in der zentralen Provinz Villa Clara, in der Provinz La Habana und in der Provinz Pinar del Rio. Es ist in der letztgenannten, in Vueltaabajo, mit seinem einzigartigen Klima und dem besonderen Boden, wo alle die Blätter produziert werden für die Herstellung der Puros. Vor allem in den Gebieten von San Luis, San Juan und Martínez verwandelt sich menschliche Kunstfertigkeit in ein begehrtes Juwel von zartem Aroma und unvergleichlichem Geschmack.

Cuba-kurz

Resozialisierung: Erste Knast-Olympiade in Cuba

In Cubas Hauptstadt Havanna endet vor Kurzem die erste nationale Olympiade für Gefängnis-Insassen. Sie ist Teil eines Regierungsprogramms und soll zur Resozialisierung von Inhaftierten beitragen. Dabei stehen Sportarten wie Fußball, Baseball, Volleyball, Basketball, Schach, Tischtennis und Leichtathletik auf dem Programm.

Während ihres Gefängnis-Aufenthaltes können Inhaftierte in Cuba Sport studieren und ein Bachelors Degree erwerben.

Dürre gefährdet Reisproduktion Ernterückgang um mehr als zwei Drittel?

In Cuba hat fortwährende Dürre zu massiven Einbrüchen in der Reisproduktion geführt: Ehemals 320000 Tonnen - 2004 nur noch 260000 t - Schätzung für 2005 nur noch 70000 t. Somit muss Cuba die Importe des wichtigen Grundnahrungsmittels deutlich steigern. Immerhin liegt der Reisverzehr bei rund 54 Kilogramm pro Kopf

und Jahr. Cubanische WissenschaftlerInnen sprechen bereits von der schlimmsten Trockenperiode der letzten 70 Jahre.

Cuba ist in Sachen Reis kein Selbstversorger, sondern kauft um die 550000 t Reis aus China, Vietnam und inzwischen auch aus den USA.

Seit Anfang der 90er Jahre gibt es in Cuba eine Volksbewegung für den Reisanbau, der rund 190.000 kleine Reisanbauende angehören. Sie bearbeiten Parzellen von einem halben bis einem Hektar, insgesamt eine Reisanbaufläche von 165.000 Hektar. Die ProduzentInnen werden mit dem nötigen Know-how einer nachhaltigen Anbauweise, erneuerbaren Energien und biologischen Düngemitteln vertraut gemacht. Kleine handliche Landmaschinen werden aus Japan und Vietnam bezogen.

Fachkräfte des Reiserforschungsinstituts, stellen Saatgut bereit und vermitteln ertragssteigernde Anbautechniken.





Cuba-kurz

Jetzt gefährdet die Dürre alle diese Anstrengungen. Die Kleinbauern und -bäuerinnen müssen wahre Wunder vollbringen, um die Reiskulturen feucht zu halten. *Quelle: Junge Welt 18. Jan. 2005*

Neue Erdölvorkommen entdeckt

(Lima, 12. Januar 2005, na).- Staatschef Fidel Castro hat Ende Dezember die Entdeckung neuer Erdölvorkommen verkündet. Bei seismischen Meeresuntersuchungen des kanadischen Konsortiums Sherrit-Perberco seien vier Fördergebiete gefunden worden, sagte Castro. Sie befinden sich an der nordwestlichen Küste cubas in den Gebieten Guanabo, Tarará, Jibacoa und Santa Cruz del Norte. Die Untersuchungen wurden von der cubanischen Regierung in Auftrag gegeben.

Castro erklärte, dass es sich um leichteres Öl handle als jenes, das bei Varadero und Yumurí gefördert werde. Es sei mit wenig Wasser durchsetzt und habe einen geringen Schwefelgehalt von fünf Prozent. Außerdem brauche man zur Förderung keine Pumpen, da das Öl aus eigener Kraft aus dem Boden dringe. Nach einer ersten vorläufigen Berechnung des Bestandes der neuen Lager gehe man von einem Vorkommen von mindestens 100 Millionen Barrel aus, erklärte der Regierungschef. Dank seiner guten Qualität könne man das Material mit anderem Erdöl mischen.

Das ist bereits der zweite Erdölfund auf der Insel. In der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres informierte der spanische Multi Repsol-YPF über die Existenz eines Erdöllagers in einer Zone im Golf von Mexiko, die ausschließlich der cubanischen Nutzung vorbehalten ist.

"5,8 auf 1000" historisch niedrigste Rate der Kindersterblichkeit in Cuba

Nach einem Index von zuletzt 6,3 auf 1000 Lebendgeborene verzeichnete die UNICEF für Cuba im vergangenen Jahr 5,8 Kinder, die durchschnittlich vor dem zweiten Geburtstag sterben. Damit liegt Cuba unter den 36 führenden Nationen in der Welt und vor allen anderen in Unterentwicklung gehaltenen Ländern.

Das auch vor dem Hintergrund, dass die ungünstige Lage in den Tropen hinzukommt, die viele Krankheiten begünstigt, die z. B. in Europa oder Nordamerika nicht vorkommen.

Die USA hingegen haben einen Index von 7 auf 1000. Der UNICEF-Bericht über den "Zustand der Kinder in der Welt 2005" sieht vier skandinavische Länder, Japan und Singapur bei einer Zahl von unter 4.

In der Karibik: Dominikanische Republik 29, Haiti 76. In Lateinamerika Chile und Costa Rica jeweils 8, Uruguay 12, Argentinien 17. Mexiko 23, Peru 26 und Brasilien 33.

Nach dem Sieg der Revolution hatte der Index zunächst bis 1971 zwischen 46,7 (1969) und 36,1 gelegen. In den Siebzigerjahren sank er erstmals in den Zwanziger-Bereich, und von 1981 bis 1992 von 18,5 auf 10,2. Seitdem, und trotz der Spezialperiode mit gleichzeitiger Blockadeverschärfung durch die USA und später die EU, sank der Index fast kontinuierlich bis 2001 auf das historische Tief von 6,2. *Quelle: Günter Pohl, UZ - Zeitung der DKP*

Scharfe Töne gegen Bush? - Fidel Castro warnt vor Angriff

Fidel Castro hat im Januar dieses Jahres erneut scharfe Töne gegen die USA angeschlagen und erklärt, nur ein Atomangriff der

Ver-einigten Staaten könne das System seines Landes stürzen.

"Ich hoffe, dass ich falsch liege, aber sollten sie (die USA) den Fehler machen, uns anzugreifen oder einzumarschieren, empfehle ich Herrn (US-Präsident George W.) Bush, 50 Atombomben abzuwerfen und uns alle auszulöschen", sagte Castro in einer Rede. "Wir ziehen es vor, im Himmel zu sterben als in der Hölle zu überleben", fügte der 78-Jährige hinzu. Castro betonte, sein Land würde sich im Fall einer US-Invasion so zu wehren wissen wie Vietnam.

Castro hat Bush in der Vergangenheit wiederholt vorgeworfen, in Cuba einmarschieren zu wollen, um ihn zu stürzen. Die Regierung in Washington hat dies als Unsinn bezeichnet. Die USA hatten nach der Revolution auf Cuba 1959 die diplomatischen Beziehungen zu dem Inselstaat abgebrochen. Seit dem Amtsantritt Bushs hat sich das ohnehin traditionell angespannte Verhältnis der beiden Staaten weiter verschlechtert. Die US-Regierung hatte Cuba als "Außenposten der Tyrannei" bezeichnet.

Castro sagte in seiner Rede, er habe Bushs Rede zur Einführung seiner zweiten Amtszeit im Januar angeschaut. Cuba sei in Gefahr. "Ich habe das Gesicht eines verrückten Mannes gesehen", fügte Castro hinzu.

CubanerInnen in der DDR Rosa-Luxemburg-Stiftung sucht AutorInnen für ein Buchprojekt

Auf der XIV. Internationalen Buchmesse Havanna veranstaltete die Rosa-Luxemburg-Stiftung ein Treffen mit Cubanerinnen und Cubanern, die in der DDR gelernt, studiert und gearbeitet hatten. Die Resonanz war groß: Obwohl die Zusammenkunft kurzfristig organisiert worden war, kamen etwa 50 Gäste. Einige von ihnen berichteten tief bewegt über die Stationen ihres Aufenthaltes in der DDR. Die ersten Studenten und Arbeiter kamen bereits kurz nach der cubanischen Revolution in das europäische sozialistische Land, erzählten, wie sie z. B. in Dresden halfen, die Trümmer des Zweiten Weltkrieges zu beseitigen. Andere lernten die DDR erst in den 80er Jahren kennen, hatten dort auch problematische Erfahrungen. Oft aber fiel der Satz "Die DDR war meine zweite Heimat".

Alle unterstützten ein von Wolfram Adolpho vorgestelltes Projekt, ein Buch mit Erinnerungen an dieses Kapitel der DDR-Geschichte zu schreiben. Eingehende Texte sollen zunächst im Internet veröffentlicht werden. Auch frühere Studien- und Arbeitskollegen aus der DDR sind aufgerufen, sich zu beteiligen. *Quelle: jW*

Hat Cuba eine besondere Beziehung zur Indianerbewegung?

Am 12. Februar veröffentlichte die "junge Welt" ein Interview mit dem Patensohn des inhaftierten Indianerführers Leonard Peltier, Daniel C. Yang. Auf die Frage: "Auch Cubas Parlamentspräsident Ricardo Alarcón sprach sich zum Jahrestag der Peltier-Inhaftierung am 6. Februar gegen dieses Unrecht und die Verfolgung in den USA aus. Hat Cuba eine besondere Beziehung zur Indianerbewegung?"

Antwortete er: "Alarcón ist ein sehr guter Freund, so etwas wie ein Vater. Im Jahr 2003 haben wir Leonard Peltiers Buch Fidel Castro und Ricardo Alarcón zukommen lassen und umgehend die Antwort erhalten, dass wir es unbedingt veröffentlichen sollten. Der

Cuba-kurz

Kampf von Leonard Peltier ist derselbe, der von den Fünf (in den USA wegen Spionage inhaftierte Cubaner, d. Red.) gefochten wird, der indianischen Communities in den USA und der Cubaner hier. Wir kämpfen gemeinsam gegen Kolonialismus und Imperialismus zur Verteidigung der Würde der Menschen."

Das ganze Interview ist zu finden unter:
<http://www.jungewelt.de/2005/02-12/018.php>

Hardliner Tschechien besteht auf Cuba-Blockade

Zwei Jahre nachdem die rechtskonservative Aznar-Regierung die EU von Madrid aus auf einen streng anticubanischen Kurs eingeschworen hat, haben sich die Beziehungen zwischen Brüssel und Havanna wieder entspannt. Ende Januar beschlossen die EU-Außenminister in Brüssel, wieder »ranghohe Kontakte« zur Regierung in Havanna zu pflegen. Die bilateralen Beziehungen waren im Juni 2003 abgebrochen worden. In der damaligen Erklärung der EU wurden - bis dahin ein durchaus außergewöhnlicher Schritt - auch die kulturellen Beziehungen ausgesetzt.

Auf politischer Ebene wurde die Annäherung vor allem in den USA und in Tschechien kritisch beäugt. Die Regierung in Prag votierte auf dem Treffen der Außenminister am Montag gegen die Rücknahme der Blockade. Nach Angaben von Außenminister Cyril Svoboda will die tschechische Regierung weiter enge Kontakte zu Gegnern der sozialistischen Regierung in Havanna halten, »die in cuba bedingungslos für Demokratie und Menschenrechte kämpfen«.

Außerdem setzte Svoboda sich dafür ein, dass die neue EU-Position zu Cuba halbjährlich überprüft wird. Schon am Montag versuchte Tschechien, die Annäherungsversuche mit Drohungen zu unterlaufen, die Beziehungen wieder abzubrechen, wenn Cuba den politischen Forderungen der EU nicht nachkomme. Ähnlich hatte sich US-Außenamtssprecher Richard Boucher geäußert. Washington sehe keinen Anlaß, seine Politik zu ändern, solange sich die politische Lage in Cuba nicht ändere.

Quelle: jW

Supercomputer wird cubanische Forschung erleichtern

(Fortaleza, 26. Jan. 05, adital-poonal).- Ein Supercomputer der Universität von Minas Gerais in Brasilien wurde für cubanische ForscherInnen freigeschaltet, um wissenschaftliche Projekte und Programme cubas zu unterstützen. Der Computer wurde beim ersten Treffen der Rektoren der staatlichen Universitäten von Brasilien und cuba hoch gelobt. Er gilt als der Beste seiner Art in Lateinamerika.

Ana Lucía Gazzola, Präsidentin der Vereinigung staatlicher Universitäten und Institute Brasiliens, rief nach der Unterzeichnung des Protokolls des Treffens dazu auf, gemeinsam für eine bessere Zukunft zu arbeiten und lud zum nächsten Treffen im Jahr 2006 in Brasilien ein.

Von cubanischer Seite wurde von Eduardo Cruz, Stellvertreter des Ministeriums für höhere Bildung, die besondere Rolle der lateinamerikanischen Universitäten für die Integration der Region angesichts der sich weltweit durchsetzenden neoliberalen Strömungen hervorgehoben.

Die TeilnehmerInnen des Treffens kamen überein, wissenschaftliche Netzwerke zwischen den Forschungszentren beider Länder zu knüpfen und in den



marginalisiertesten Regionen Brasiliens zu Themen von wechselseitigem Interesse zu arbeiten. Außerdem soll eine große Delegation zum 2006 auf Cuba stattfindenden Kongress für höhere Bildung geschickt werden.

Kein Visum für Ivette González und ihre Mutter Olga

Die Regierung von Präsident George W. Bush hat entschieden, Adriana, der Ehefrau von Gerardo Hernández und Olga und Ivette, der Ehefrau bzw. Tochter, von René González kein Visum zu erteilen.

Bekannt gegeben wurde die Nachricht von Graciela Ramírez, der Präsidentin des internationalen Befreiungskomitees, die zwei Botschaften verlas - eine vom Komitee der Vereinigten Staaten und eine von einer ähnlichen Organisation in Guatemala - in denen die Organisationen ihrer Entschlossenheit zum weiteren Kampf für die Freilassung der fünf Anti-Terroristen Ausdruck verleihen.

"Olga und Adriana können in diesem Jahr weder ihre Ehemänner besuchen noch einen neuen Antrag stellen, da keine weiteren Anträge vor 2006 bearbeitet werden," sagte Graciela.

Die Bekanntgabe der Entscheidung der Bush-Regierung erfolgte auf einem Treffen der Mütter und Ehefrauen der Fünf mit Vertretern von OSPAAAL, einer Organisation, die die Völker von Asien, Afrika und Lateinamerika und der Avantgarde des Kampfes für eine bessere Welt vereint. Das Treffen fand aus Anlass des Weltfrauentages statt.

(Quelle: Granma Internacional, 9. März 2005)

Sherritt und Cuba weiten Zusammenarbeit aus

Die cubanische Regierung hat mit dem kanadischen Bergbauunternehmen Sherritt International Corp einen Vertrag über den Ausbau von Geschäftsbeziehungen auf der Insel unterzeichnet. Wie die Tageszeitung "Granma" berichtete, soll die Nickel- und Kobaltproduktion in dem Bergbaubetrieb Moa in der östlichen Provinz Holguin ausgeweitet werden. Moa ist ein Joint Venture zwischen Sherritt und der staatlichen Minengesellschaft Cubaniquel.

Durch das 450 Millionen Dollar umfassende Erweiterungsprojekt kann die cubanische Produktion von Nickel und Kobalt um 16.000 t erhöht werden, im vergangenen Jahr hatte sie fast 35.000 t betragen. Der Vertrag wurde in Anwesenheit von Staatspräsident Fidel Castro und Ian Delaney, Präsident von Sherritt International unterzeichnet.

Quelle: Netzwerk Cuba

Absender/Absenderin

Straße und Hausnummer oder Postfach

Postleitzahl Ort

Bitte freimachen

Postkarte

Freundschaftsgesellschaft BRD-CUBA

Zülpicher Str. 7

50674 Köln



16º Festival Mundial de
la Juventud y los Estudiantes

V E N E Z U E L A
2 0 0 5

nach Cuba, der Freundschaft wegen

Brigade José Martí



Drei Wochen internationalistische, konkrete Solidarität mit Cuba: Zusammen mit 250 Menschen aus ganz Europa: Zwei Wochen lang vormittags in Plantagen arbeiten, nachmittags cubanische Einrichtungen kennenlernen oder Diskussionsveranstaltungen, abends Fiesta, zum Abschluss einige Tage Fahrten in die Provinz.

27. Juni bis 17. Juli 05 1.300,--- Euro

Infos anfordern bei:

Freundschaftsgesellschaft
BRD-KUBA e.V.,

Tel.: 0221-24051 20 / Fax: 0221-6060080,
mail: info@fgbrdkuba.de

oder: **Renate Fausten,**
Tel.+Fax: 0203-666333,
mail:cubita@gmx.de

Ich möchte:



- Informationsmaterial über die Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba e.V.
- Mitglied der Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba e.V. werden
- Das neue Buch von Horst Schäfer: „Im Fadenkreuz: Kuba“ bestellen; 18,- €
- T-Shirt zu 30 Jahre FG BRD-Cuba bestellen L/XL/XXL 15,- €
- Solidaritäts-CD »regresaré» bestellen gegen eine Spende von 8,- €
- die Zeitschrift CUBA LIBRE abonnieren
- Informationen über die Spendenprojekte
- Informationen über das Reiseprogramm nach Cuba

Name :

Straße:

PLZ/Ort:

Telefon: E-Mail:

Datum: Unterschrift:

**CUBA
LIBRE**